



Vierteljahreszeitschrift  
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,  
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

40. Jahrgang  
3|2013

Aus dem Inhalt:

Dirk Schubert  
Die Herausbildung der  
Regional- und Landes-  
planung im Raum Hamburg

Anja Nelle  
Alles nur Abriss?  
Zehn Jahre Stadtumbau Ost

Renate Fritz-Haendeler  
20 Jahre Arbeitsgemeinschaft  
»Städte mit historischen  
Stadtkernen« in Brandenburg

Frank Eckhardt/  
René Seyfarth  
»Save Alex«: Wer rettet das  
kosmopolitische Erbe von  
Alexandria?

Harald Bodenschatz  
Standardstädte in der  
Sowjetunion

Otto-Borst-Preis 2013  
Vergabe: Wissenschaftspreis

Otto-Borst-Preis 2014  
Auslobung: Preis für  
Stadterneuerung

Forum Stadt  
Verlag



## Vierteljahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Herausgegeben vom »Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V. in  
Verbindung mit Gerd Albers, Harald Bodenschatz, Tilman Harlander,  
Friedrich Mielke, Jürgen Reulecke, Erika Spiegel und Jürgen Zieger

### **Redaktionskollegium:**

*Hans Schultheiß* (Chefredakteur) –

*Prof. Dr. Dietrich Denecke*, Universität Göttingen,  
Geographisches Institut

*Prof. Dr. Andreas Gestrich*, London,  
Deutsches Historisches Institut

*Dr. Theresia Gürtler Berger*, Luzern

*Prof. Dr. Johann Jessen*, Universität Stuttgart,  
Städtebau-Institut

*Dr. Robert Kaltenbrunner*, Bonn und Berlin,  
Bundesinst. für Bau-, Stadt- und Raumforschung

*Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier*, Bauhaus-Universität  
Weimar, Denkmalpflege und Baugeschichte

*Prof. Dr. Ursula von Petz*, Universität Dortmund

*Prof. Dr. Klaus Jan Philipp*, Universität Stuttgart,  
Institut für Architekturgeschichte

*Volker Roscher*, Architektur Centrum Hamburg

*Prof. Dr. Dieter Schott*, TU Darmstadt,  
Institut für Geschichte,

*Prof. Dr. Holger Sonnabend*, Universität Stuttgart,  
Historisches Institut

### **Redaktionelle Zuschriften**

und Besprechungsexemplare werden an die  
Redaktionsadresse erbeten:

Forum Stadt  
Postfach 100355  
73728 Esslingen  
E-mail: [hans.schultheiss@esslingen.de](mailto:hans.schultheiss@esslingen.de)

Tel. +49(0)711 3512-3242; Fax +49(0)711 3512-2418  
Internet: [www.forum-stadt.eu](http://www.forum-stadt.eu)

Die Zeitschrift Forum Stadt ist zugleich Mitglie-  
derschrift des ca. 110 Städte umfassenden  
»Forum Stadt – Netzwerk historische Städte« e.V.

### **Erscheinungsweise:**

jährlich 4 Hefte zu je mind. 88 Seiten.

### **Bezugsbedingungen:**

Jahresabonnement EUR 89,- Einzelheft EUR 24,-  
Vorzugspreis für Studierende EUR 64,-  
jeweils zzgl. Versandkosten.

Ein Abonnement gilt, falls nicht befristet bestellt,  
zur Fortsetzung bis auf Widerruf. Kündigungen  
des Abonnements können nur zum Ablauf eines  
Jahres erfolgen und müssen bis zum 15. November  
des laufenden Jahres beim Vertrieb, Verlag oder  
der Redaktion eingegangen sein.

### **Vertrieb:**

Südost Verlags Service GmbH  
Am Steinfeld 4, D - 94065 Waldkirchen  
Fax +49 (0) 8581-9605-0  
E-mail: [info@suedost-verlags-service.de](mailto:info@suedost-verlags-service.de)

### **Verlag:**

Forum Stadt Verlag (FStV)  
Ecklenstraße 32, 70184 Stuttgart  
E-mail: [forumstadtverlag@email.de](mailto:forumstadtverlag@email.de)

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbeding-  
t die Meinung der Redaktion wieder. Redaktion und  
Verlag haften nicht für unverlangt eingesandte Manu-  
skripte. Die der Redaktion angebotenen Originalbeiträge  
dürfen nicht gleichzeitig in anderen Publikationen veröf-  
fentlicht werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung  
überträgt der Autor dem »Forum Stadt – Netzwerk histo-  
rischer Städte« e.V. und dem Verlag das ausschließliche  
Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheber-  
rechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht  
zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Ein-  
speicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren  
Vervielfältigung online und offline. Alle in dieser Zeit-  
schrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich ge-  
schützt. Kein Teil der Zeitschrift darf außerhalb der engen  
Grenzen des Urheberrechts ohne schriftliche Genehmi-  
gung in irgendeiner Form reproduziert oder in eine von  
Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanla-  
gen verwendbare Sprache übertragen werden.

Druck: Griebisch & Rochol Druck, Hamm

© 2013 Forum Stadt e.V., Esslingen  
Printed in Germany / ISSN 2192 - 8924



Bis zum 37. Jahrgang 2010 erschien die »Viertel-  
jahresschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziolo-  
gie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung« unter  
dem Obertitel »Die alte Stadt« (ISSN 0170-9364).

## Inhalt 3/2013

**ABHANDLUNGEN***Dirk Schubert*

- Die Herausbildung der Regional- und Landesplanung im Raum  
Hamburg: Fritz Schumachers Modell der »natürlichen Entwicklung« ..... 211

*Anja Nelle*

- Alles nur Abriss? Zehn Jahre Stadtumbau Ost:  
Erfahrungen und Perspektiven ..... 235

*Frank Eckhardt / René Seyfarth*

- »Save Alex«: Wer rettet das kosmopolitische Erbe von Alexandria? ..... 251

*Renate Fritz-Haendeler*

- Basislager Baukultur – 20 Jahre Arbeitsgemeinschaft der Städte mit  
»historischen Stadtkernen« in Brandenburg ..... 265

**AUTORINNEN / AUTOREN** ..... 281**FORUM***Harald Bodenschatz*

- Standardstädte in der Sowjetunion. Ein wichtiger Beitrag von  
Thomas Flierl zur europäischen Städtebaugeschichte ..... 282

*Johann Jessen*

- Otto-Borst-Preis 2013. Fünfte Vergabe des Wissenschaftspreises ..... 288

*Forum Stadt e. V.*

- Auslobung des Preises für Stadterneuerung 2014 ..... 292

**BESPRECHUNGEN**

- EBERHARD ISENMANN, Die deutsche Stadt im Mittelalter 1150-1550.  
Stadtgestalt, Recht, Verfassung, Stadtrecht, Kirche, Gesellschaft  
Wirtschaft (*Immo Eberl*) ..... 294

- MARINA MORITZ/KAI BRODERSEN (Hrsg.), Amplonius. Die Zeit. Der Mensch.  
Die Stiftung. 600 Jahre Bibliotheca Amploniana in Erfurt (*Ulman Weiß*) ..... 295

KARL-HEINZ MEISSNER, Die Reglerkirche in Erfurt und ihr Altar ( <i>Ulman Weiß</i> ) .....	296
YVES HOFFMANN / UWE RICHTER, Entstehung und Blüte der Stadt Freiberg. Die bauliche Entwicklung der Bergstadt vom 12. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts ( <i>Rainer Bruha</i> ) .....	297
FRITZ-SCHUMACHER-INSTITUT (Hrsg.), Die Reform der Großstadtkultur. Das Lebenswerk Fritz Schumachers (1869-1947) ( <i>János Brenner</i> ) .....	299
ALEXANDER G. EICHENLAUB / THOMAS PRISTL (Hrsg.), Umbau mit Bestand. Nachhaltige Anpassungsstrategien für Bauten, Räume und Strukturen ( <i>Folckert Lüken-Isberner</i> ) .....	302

## DIE HERAUSBILDUNG DER REGIONAL- UND LANDESPANUNG IM RAUM HAMBURG:

### FRITZ SCHUMACHERS MODELL DER »NATÜRLICHEN ENTWICKLUNG«

#### 1. EINLEITUNG

Fragen der stadtreionalen Planung waren vor allem in den Zentren der deutschen Wirtschaft bereits vor dem Ersten Weltkrieg virulent geworden. Unterschiedliche Modelle wie der Eingemeindung, des Zweckverbands, der Planungsgemeinschaft oder gebietskörperschaftlicher Regelungen waren nach dem Ersten Weltkrieg umgesetzt worden. Vor dem Kontext der jeweiligen lokalen ökonomischen und regionalen Spezifika galt es, praktikable Lösungen zu befördern, also überörtliche, integrierte und überfachliche Planungen zu entwickeln und schließlich auch umzusetzen sowie einen verbindlichen institutionellen Rahmen für eine administrativ zersplitterte Stadtlandschaft zu schaffen.

Es waren die Wachstumsregionen Berlin, Mitteldeutschland, das Ruhrgebiet und Hamburg, wo von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Planern gemeindeübergreifende Konzepte eingefordert wurden. Eine Generation starker Planerpersönlichkeiten wie Fritz Schumacher (1869-1947) in Hamburg, Stephan Prager (1875-1969) in Mitteldeutschland, Robert Schmidt (1869-1934) im Ruhrgebiet und Herman Jansen (1869-1945), Otto March (1845-1913) und Martin Wagner (1885-1957) in Berlin beförderten die Konstituierung einer neuen Disziplin, die nicht nur die räumliche Ausdehnung von Städtebau und Stadtplanung, sondern komplexere Analysemethoden und Umsetzungsstrategien beinhaltete.

Der nach dem Wettbewerb Gross-Berlin 1910 konstituierte Zweckverband Groß-Berlin (1912) übernahm dabei eine Pionierfunktion als stadtreionales Ordnungsmodell, dem die 1920 gegründete Einheitsgemeinde folgte.<sup>1</sup> Die heterogene Wirtschafts- und Siedlungsstruktur in Mitteldeutschland sah dagegen einen Generalsiedlungsplan vor, der Investitionen der Privatwirtschaft und der kommunalen Infrastrukturen zu steuern suchte. 1925 wurden bestehende Siedlungsausschüsse zum Planungsverband für den engeren mitteldeutschen Industriebezirk und die Flächenaufteilungspläne zu einem Generalsied-

1 Vgl. A. Prieb, Bericht: 100 Jahre Gründung des Verbandes Groß Berlin, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 2/2012, S. 163-167; Chr. Bernhard/H. Bodenschatz, Berlin 1910 – Kulminationspunkt einer internationalen Städtebau-Bewegung, in: Informationen zur modernen Stadtgeschichte 1/2010, S. 5-13.

lungsplan zusammengeführt.<sup>2</sup> Der 1920 begründete Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk SVR (heute: Regionalverband Ruhr, KVR) war als Zusammenschluss von Kreisen und Gemeinden entstanden, um die Reparationsforderungen des Versailler Vertrages zu erfüllen. 150.000 Bergarbeiter und ihre Familien sollten demnach zusätzlich im Ruhrgebiet angesiedelt werden. Basierend auf einer Denkschrift von Robert Schmidt<sup>3</sup> war 1912 ein Entwurf für einen Generalsiedlungsplan entstanden, der die Grundlage für den späteren Zusammenschluss bilden sollte. Ziel war es vor allem, die weitere Zersiedlung der Region zu verhindern und regionale Grünzüge zu sichern.<sup>4</sup>

In diesem Beitrag geht es um die spezifischen Herausforderungen der Landesplanung, die sich in der Region Hamburg stellten, um die ökonomischen und politischen Konstellationen, die Akteure, ihre planerischen Leitbilder, planungsmethodische Innovationen, ihre Implementierung sowie um Kontinuitäten und Brüche.

## 2. RAUM FÜR HAFEN UND SIEDLUNG

In Hamburg stand die Landes- und Regionalplanung unter dem Primat der Hafenerweiterungsplanung. Fritz Schumachers Bedeutung als Vorkämpfer für eine stadtreionale Planung um Hamburg und in Deutschland ist dabei aus planerischer Perspektive bereits vielfach erörtert worden. Viele der Ausarbeitungen zu dem Thema sind aus der Sicht der planenden Verwaltungen mit der ausbreitenden Darstellung von Sachzwängen verfasst, mit vielfach konkreten (Planungs-)Absichten und Interessen verbunden oder weitgehend ausschnittsweise Wiedergaben von Originaltexten.<sup>5</sup> Häufig dominierten auch Verwaltungsjuristen das Thema mit Fokus auf Eingemeindungen und räumlicher Reorganisation. Eine Skizze der nach dem Ersten Weltkrieg geleisteten Vorarbeiten und Bestandsaufnahmen unter Federführung von Fritz Schumacher erschließt aber nicht nur den Umfang und die Komplexität der geleisteten Arbeiten, sondern zugleich die ver-

- 2 Vgl. *M. Pfannschmidt*, Landesplanung im engeren mitteldeutschen Industriebezirk, in: *Raumordnung und Raumplanung im 20. Jahrhundert*, Hannover 1971, S.17-28 und *C. Marx*, Der Landesplanungsverband für den engeren Mitteldeutschen Industriebezirk – Gründung vor 80 Jahren, in: *Die neue Stadt. Europäische Zeitschrift für Städtebau*, Ausgabe II/VI, 2013, verfügbar unter: [www.die-neue-stadt.de](http://www.die-neue-stadt.de). [15.07.2013].
- 3 *U. von Petz*, Kongeniale Wirkungen: Stadt- und Raumplanung im Ruhrgebiet um 1910, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* 1/2010, S. 68-78, *R. Schmidt*, Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedlungsplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtrheinisch), Diss. Aachen, Reprint Essen 2009.
- 4 Vgl. *Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk* (Hrsg.), *Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk 1920-1970*, Essen 1970 und *H. W. Hoffacker*, *Entstehung der Raumplanung, konservative Gesellschaftsreform und das Ruhrgebiet 1918-1933*, Essen 1989.
- 5 Vgl. *W. Kallmorgen*, *Schumacher und Hamburg*, Eine fachliche Dokumentation zu seinem 100. Geburtstag, Hamburg 1969; *E. Ockert* (Hrsg.), *Fritz Schumacher. Sein Schaffen als Städtebauer und Landesplaner*, Tübingen 1950.

wandten innovativen Methoden, die ein Kompendium für die Etablierung der Regional- und Landesplanung bilden sollten.<sup>6</sup>

Für Schumacher ging es bereits vor dem Ersten Weltkrieg vordringlich um die „Reform der Großstadt“, um die „Wohnungsfrage“. Ausschlaggebend dabei sei die „Siedlung der Masse“, die Ausgestaltung der Kleinwohnungsfrage für mittlere und untere Einkommensgruppen. Die Gartenstadtpropagandisten würden die „Folgen der Massenansammlung in der Großstadt dadurch bekämpfen, dass sie den Riesenkörper der Großstadt zerteilten. [...] Leute wie Howard und Fritsch wollten das Problem der Großstadt lösen, indem sie es gleichsam umgingen.“<sup>7</sup> Schumacher dagegen ging es nicht um die Auflösung der Großstadt, sondern darum, ihr „ihr reformierend zu Leibe zu rücken“ und ihr zugleich adäquate Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten bereit zu stellen. Dabei wiederum würden die lokalen Grenzen und Eigentümlichkeiten Hamburgs erschwerend wirken.

Fritz Schumacher, spiritus rector der Hamburger Stadtplanung und Meister der taktisch-strategischen Argumentation nutzte diese biologistische Metapher, um nach dem Ersten Weltkrieg die zwingende Notwendigkeit einer weitschauenden und abgestimmten Landesplanung zu begründen. „Das Problem eines ‚Großhamburg‘ hat wie alle Dinge in dieser Stadt in *Hafenfragen* seinen Ursprung, aber es wächst weit über wirtschaftlich-technische Gesichtspunkte hinaus und wird letzten Endes eine soziale Frage von tiefgreifender allgemeiner Bedeutung. In gegebenen historischen Verhältnissen vergisst man leicht, dass auch der Organismus eines menschlichen Wesens sich nur gesund zu entwickeln vermag, wenn diese Verhältnisse ein *natürliches* Wachstum gestatten. Was ein ‚natürliches Wachstum‘ bedeuten würde, kann man sich mit seltener Deutlichkeit vergegenwärtigen, wenn eine Stadt ein so klar und deutlich ausgeprägtes Kraftzentrum besitzt wie Hamburg in seinem Hafen.“<sup>8</sup> Was später 1937 zum Groß-Hamburg Gesetz führen sollte, war bereits vor dem Ersten Weltkrieg unter gänzlich anderen Vorzeichen, Motiven und Bedingungen erörtert worden. Schon 1907 begann der Kampf um die „Groß-Hamburg-Frage“, der zunächst in verschiedenen lokalen Zeitungen ausgetragen wurde.

6 Vgl. E. Pahl-Weber, Fritz Schumacher und die Anfänge der Regional- und Landesplanung, in: Schriftenreihe der Arbeitsgruppe Fritz-Schumacher-Kolloquium, Hamburg 1992, S. 105-124; S. Necker/M. Woyke, Vom Achsenkonzept zur Metropolregion. Stadt- und Regionalplanung für den Großraum Hamburg seit dem Ersten Weltkrieg, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 95, Hamburg 2009, S. 143-166; S. Harth, Stadt und Region. Fritz Schumachers Konzepte zu Wohnungsbau und Stadtgestalt in Hamburg, in: H. Frank (Hrsg.), Fritz Schumacher – Reformkultur und Moderne, Stuttgart 1994, S. 157-182 und Fritz-Schumacher-Institut (Hrsg.), Reform der Grossstadtkultur. Das Lebenswerk Fritz Schumachers (1869-1947), Hamburg 2013.

7 Vgl. F. Schumacher, Die Kleinwohnung. Studien zur Wohnungsfrage, Leipzig 1917, S. 17 und H.-Chr. Rublack, Städtebau und Sozialreform: Fritz Schumacher, in: Die alte Stadt 6 (1/1979), S. 136-155.

8 Vgl. E. Ockert (s. A 5), S. 96 f. Für Bremen, Bremerhaven, Vegesack und Geestemünde gab es durchaus ähnliche Grotesken der Zuständigkeiten zwischen Bremen, Preußen und Oldenburg. Vgl. W. Delius, Die Neugliederung des Reiches, Hannover 1927.

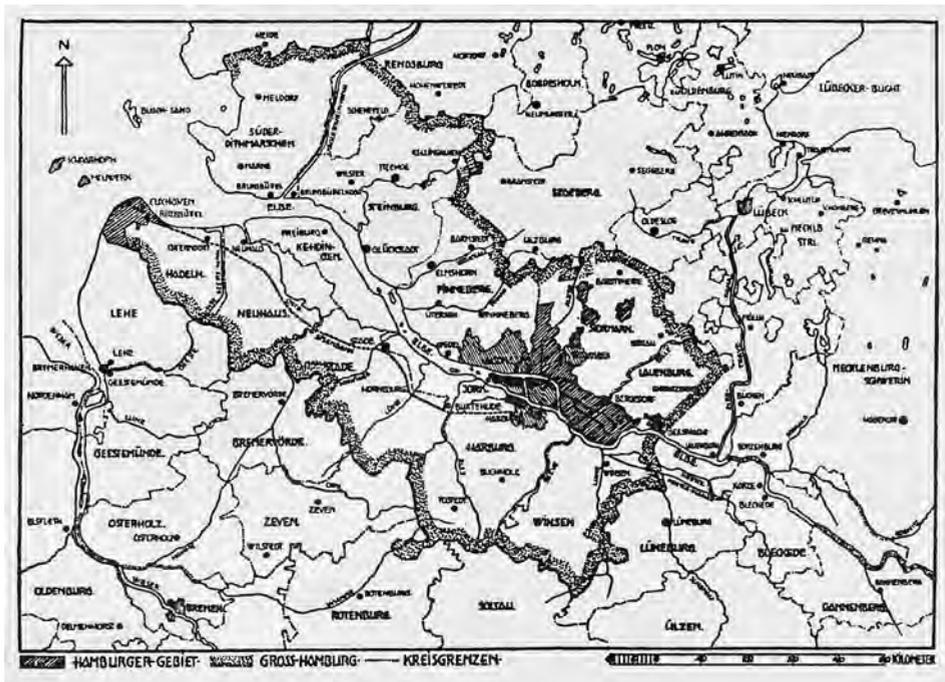


Abb. 1: »Groß-Hamburg-Gedanke« (nicht weiter verfolgt) aus dem Jahre 1919, aus: F. Schumacher (s. A 54), S. 33.

Vor dem Ersten Weltkrieg war auch in anderen deutschen Wirtschaftszentren die Frage der stadt-regionalen Planung dringlich geworden. Schumacher kritisierte später, dass z.B. die Überlegungen einer territorialen Neuordnung Niedersachsens gänzlich ohne Berücksichtigung Hamburgs erörtert würden. „Die territoriale Zerrissenheit Niedersachsens“ wies durchaus ähnliche Absurditäten wie die Hamburgs auf. „Welche Hemmungen aus diesen Zuständen erwachsen, ist den Wenigsten eigentlich in der Gesamtheit klar geworden. Der Einzelne stößt wohl gelegentlich auf Grotesken, die er belächelt.“<sup>9</sup> Diese Zerschneidungen und Zersplitterungen trafen u.a. auch auf das hamburgische Amt Ritzebüttel und Cuxhaven, umgeben von preußischen Landkreisen, zu. „Die heutige politische Zerrissenheit Niedersachsens [ist, der Verf.] nicht durch die natürlich-geographischen Verhältnisse, nicht durch das Bedürfnis der Wirtschaft und des Verkehrs, nicht durch die Gruppierung der Bevölkerung oder durch die heutige soziale Struktur und nicht durch Volkstum und Kultur oder Stammeszusammenhänge bedingt, sondern sie

9 *Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches*, Bd. 2, Beispiele über Auswirkungen der Ländergrenzen auf Verwaltung und Wirtschaft, Denkschrift, bearb. von K. Brüning, Hannover 1931, S. 2.

ist nur als Überbleibsel einer durch viele Zufälligkeiten beeinflussten dynastisch-territorialen Entwicklungsgeschichte“ zu sehen.<sup>10</sup>

Hatte man das wuchernde Wachstum der Großstädte bis Ende des 19. Jahrhunderts vornehmlich durch Eingemeindungen der schwächeren und kleineren Umlandgemeinden gelöst, drängten nun auch Unternehmer und Wirtschaftsverbände auf übergeordnete Planung, um gemeindliche Egoismen und Kirchturmpolitik durch eine vorausschauende Verkehrs-, Infrastruktur- und Siedlungspolitik zu ersetzen. Stadtplanung innerhalb der administrativen Grenzen war nicht mehr hinreichend, um die rasche Ausdehnung der Bebauung der Städte über die Stadtgrenzen hinaus zu steuern. Überörtliche, integrierte und überfachliche Planung auf regionaler Ebene wurde eingefordert. Schumacher suchte das „Zeitproblem, das wir ‚Landesplanung‘ nennen“<sup>11</sup> dabei nicht mit einem „hemmungslosen Ausdehnungsbestreben“ und „Großstadtimperialismus“ oder einer „Kolonialpolitik“ zu begründen,<sup>12</sup> sondern mittels Fakten und Argumenten sowie durch Kontroversen der Akteure „auf Augenhöhe“, um die Sinnfälligkeit einer Planung „ohne Grenzen“ zu fundieren.

### 3. »GROSS-HAMBURG – EINE DEUTSCHE AUFGABE«<sup>13</sup>

Die Tonnage der den Hamburger Hafen anlaufenden Seeschiffe hatte sich zwischen 1886 und 1913 mehr als verdreifacht, die Anzahl der eingelaufenen (immer größeren) Schiffe mehr als verdoppelt.<sup>14</sup> Werften und Seehafenindustrien boomten. Gewerbe, Versicherungen, Reederei und Dienstleistungen nahmen einen raschen Aufschwung. Die Bevölkerung Hamburgs hatte sich im gleichen Zeitraum verdoppelt und vor dem Ersten Weltkrieg die Millionengrenze erreicht. Es war daher durchaus naheliegend, dieses Vierteljahrhundert des Wachstums in allen Bereichen für die Entwicklung Hamburgs nach 1918 zugrunde zu legen und gleichzeitig von ähnlichen Szenarien für die Zukunft auszugehen.

Es ging dabei zentral um die Frage, ob das wirtschaftliche Überleben Hamburgs so eng mit der Erweiterung des Stadtgebietes verknüpft war, wie behauptet wurde, oder ob es nicht doch um eine territoriale Machtausdehnung ging.<sup>15</sup> Hamburg hatte seine Han-

10 Ebd., S. 323; vgl. auch: Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches, Denkschrift bearb. von K. Brüning, Hannover 1929.

11 F. Schumacher, Wesen und Organisation der Landesplanung im Hamburgisch-Preußischen Planungsgebiet, Hamburg 1932, S. 6.

12 H. Matzerath, Städtewachstum und Eingemeindungen im 19. Jahrhundert, in: J. Reulecke (Hrsg.), Die deutsche Stadt im Industriezeitalter. Beiträge zur modernen deutschen Stadtgeschichte, Wuppertal 1980, S. 67-90, hier S. 67.

13 So titelte das Hamburger Fremdenblatt am 1. Juli 1921 eine Sonderausgabe.

14 L. Wendemuth/W. Böttcher, Der Hafen von Hamburg, Hamburg 1928, S. 226.

15 W. Johe, Territorialer Expansionsdrang oder wirtschaftliche Notwendigkeit? Die Gross-Hamburg-Frage, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Vom Vier-Städte-Gebiet zur Einheitsgemeinde. Altona – Harburg – Wilhelmsburg – Wandsbek gehen in Groß-Hamburg auf, Hamburg 1988, S. 9-40.

dels- und Hafeninteressen durch umfangreiche und schwierige Wasserbauten seit dem 15. Jahrhundert gesichert und war bemüht, das Unterelbegebiet mit Rechten (z.B. in Cuxhaven) für Handel und Schifffahrt bis zum hamburgischen Stadtgebiet zu kontrollieren. „Diese engeren Beziehungen lokaler Art, die das Wesen seiner Eigenschaft als Hafen bestimmen, hat Hamburg nicht als müheloses Geschenk erhalten; es hat die von der Natur gegebenen Anknüpfungspunkte an der Stelle, wo es einen Siedlungskörper angesetzt hat, in ständiger Weiterarbeit umgestaltet.“<sup>16</sup> Aber die Stadt Hamburg war von den Nachbarstädten Altona, Wandsbek und Harburg sowie 300 Landgemeinden, die zu den preußischen Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover gehörten, umgeben. Hier galten acht verschiedene Bauordnungen, und eifersüchtig wurden jeweils unterschiedliche Eigeninteressen verfolgt. Arbeiter pendelten nach Hamburg und umgekehrt in die Nachbargemeinden, während die Planung an den Gemeindegrenzen halt machen musste. Bezogen auf die Gesamttagglomeration bildete sich zunehmend eine Art funktionaler und stadträumlicher Arbeitsteilung heraus. Während in Hamburg vor allem Handel, Kaufmannschaft und Dienstleistungsbereiche konzentriert waren, siedelten sich in den preußischen Gemeinden Altona-Ottensen, in Harburg und in Wandsbek vor allem Gewerbe und Industrien an. Damit verbunden war die Konzentration großer Arbeitermassen in diesen sonst eher vorstadtähnlichen Bereichen, die bis 1937 selbständige Städte bzw. Großstädte bleiben sollten.

Der Altonaer Lokalpolitiker B. Bleicken wies auf die starke Bevölkerungszunahme der Hamburg umgebenden Ortschaften hin: „In den zehn Jahren von 1871-81 hat die Bevölkerung in Altona um ca. 23%, in Wandsbek um 47 1/2%, in Ottensen um 70% und in Bahrenfeld um 75% zugenommen. Daß diese Zunahme der Bevölkerung durch den binnen wenigen Jahren bevorstehenden Anschluß Hamburg-Altonas an den Zollverband des Deutschen Reiches noch eine weit größere werden wird, ist mit Sicherheit anzunehmen.“<sup>17</sup> Die Nachbarstädte befürchteten, dass sich mit dem Zollanschluss Hamburgs (bis 1888, der Verf.) das Ungleichgewicht zwischen dem reichen Hamburg und den umgebenden, von Industrie, Gewerbe und Arbeiterwohnstätten dominierten Städten und Ortschaften weiter verschärfen würde. „In Hamburg lokalisiert sich der capitalistische Großhandel und die capitalistische Seite der Großindustrie; Altona Ottensen dagegen sind Arbeiterstädte und werden es in Zukunft in immer größeren Umfange und in immer ausgesprochener Weise werden.“<sup>18</sup> Mit der Einrichtung des Freihafens und dem Bau der Speicherstadt setzte zeitgleich die Umstrukturierung der Hamburger Innenstadt zur geschäftigen City ein.<sup>19</sup> Die neu errichteten Arbeiterwohnquartiere rückten immer stär-

16 F. Schumacher, Zukunftsfragen an der Unterelbe, Gedanken zum „Gross-Hamburg“-Thema, Jena 1927, S. 3.

17 B. Bleicken, Die Vereinigung der Städte Altona und Ottensen und der umliegenden ländlichen Ortschaften zu einer Gesamtgemeinde in social-politischer Beziehung, Altona 1883, S. 6.

18 Ebda., S. 10.

19 ICOMOS, Hefte des Deutschen Nationalkomitees, Stadtentwicklung zur Moderne; F. Hesse (Hrsg.), Die Entstehung großstädtischer Hafen- und Bürohausquartiere, Bericht der Internationalen Fachtagung in

ker an die (Hamburger) Peripherie und wurden – basierend auf hamburgischen Interessen – mit der elektrischen S-Bahn (1906) und der Hoch- und U-Bahn (1912) mit den Arbeitsstätten im Hafen und im Stadtzentrum verbunden.

Bis an die Hamburger Stadtgrenze waren teilweise sechsgeschossige Mietskasernen gebaut worden. Fritz Schumachers Wirken mittels seiner „Kampfschriften“ war zunächst „nur“ auf die „Reform der Großstadt nach Innen“ und damit auf das hamburgische Stadtgebiet beschränkt geblieben. 1908 kam es mit Preußen zum „Köhlbrandvertrag“, der die Schifffahrtsmöglichkeiten nach Harburg, Altona und Hamburg verbessern sollte, und 1915 wurde eine Denkschrift zur grundsätzlichen Lösung der territorialen Probleme Hamburgs beim Reichskanzler eingereicht.<sup>20</sup> Der Aufschwung des Handels und der Schifffahrt würde mit der Bevölkerungsvermehrung korrespondieren, eine Gebiets-erweiterung erfordern und eine vorausschauende Hafen- und Siedlungsplanung dringlich machen. 1915 fand das Problem mangelnder Planungen im Unterelbegebiet gar Eingang in die Kriegszieldebatte. Während der Wirren der Nachkriegszeit forderte auch der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 eine „Territorialhoheit über das ganze Ufergebiet der Elbe von Geesthacht bis zu seiner Mündung“.<sup>21</sup> Vor dem Hintergrund der kriegs- und inflationsbedingten Versorgungskrisen erhielten territoriale Neugliederungsüberlegungen wie auch die Auflösung der Großstädte und die Rücksiedlung der Großstadtbewohner aufs Land neue Schubkraft.

Das am 20. Dezember 1918 vorgelegte „Techniker-Projekt“ oder „Projekt der Oberbeamten“ (J.F. Bubendey, F. Sperber und F. Schumacher) der Neuordnung beim Arbeiter- und Soldatenrat und vor dem Senat beinhaltete aber auch eine kleinere und realistischere Alternative. In der Öffentlichkeit wahrgenommen, verbreitet und erörtert wurde zunächst – möglicherweise aus politisch-strategischen Gründen – nur die „große“ Lösung. Damit konnten Hamburg „imperialistische“ Eingemeindungs- und Vergrößerungsabsichten unterstellt werden.<sup>22</sup> Im Sitzungsprotokoll heißt es, erörtert wurde die Frage, „ob über dieses so skizzierte nähere Gebiet hinaus elbabwärts eine Gebietserweiterung erforderlich ist. Die Frage wurde von den Technikern einstimmig bejaht. Es ist die Tiefhaltung des Elbstromes, die eine solche Ausdehnung erheischt“.<sup>23</sup> Die Gefahr einer Abschnürung Schleswig-Holsteins würde nicht bestehen, und weiter heißt es in der Zusammen-

Hamburg 13./14. Oktober 2011, Berlin 2012.

20 Verglichen mit anderen Häfen galt die Infrastruktur des Hamburger Hafens auswärtigen und ausländischen Experten durchaus als modern und hinreichend; vgl. *E. C. Clapp*, *The Port of Hamburg*, New Haven, London/Oxford 1911, 9: „Hamburg has a perfect technical equipment [...]“ und: „Hamburg ist einer der allerbedeutendsten Seehäfen der Welt. Es ist auf allen mit der Seeschifffahrt irgendwie im Zusammenhang stehenden Gebieten führend.“ *H. Flügel*, *Die deutschen Welthäfen Hamburg und Bremen*, Jena 1914, S. 365.

21 *W. Johe* (s. A 15), S. 19.

22 *F. Schumacher* (s. A 11), S. 8.

23 *F. S. Baumann*, *Groß-Hamburg*, Hamburg 1919, Anlage 1. Referat über den Vortrag der Hamburger Baudirektoren vom 20. Dezember 1918, S. 33.

fassung: „Die Grenzen eines Groß-Hamburgs müssen alle für die Lösung der zukünftigen Aufgaben der Schifffahrt, Industrie und Siedlung erforderlichen Gelände umfassen. Insbesondere ist es notwendig, das gesamte Gebiet der Stromspaltung einschließlich des Randgebietes zu einer Betriebs- und Verwaltungseinheit zusammenzufassen, um eine organische Funktionsteilung im Hafenbetrieb nach den Grundsätzen höchster Zweckmäßigkeit zu ermöglichen. [...] Für die Aufgaben der Siedlungspolitik ist ein Gebiet erforderlich, dass die Unterbringung einer wachsenden Großstadtbevölkerung in gelockerter Bauweise unter Berücksichtigung der Lage des Hauptarbeitsgebietes ermöglicht.“<sup>24</sup>

In der von F.S. Baumann herausgegebenen Reihe „Gross-Hamburgische Streitfragen“ wurden die Gründe der eingeforderten Gebietsrestrukturierung aus verschiedenen Perspektiven wiederholt. So schrieb dieser, dass bei der Bearbeitung des statistischen Materials einem „eindringlich zum Bewusstsein (kommt), ein wie unnatürlicher Zustand durch die gegenwärtigen Grenzen geschaffen ist“.<sup>25</sup> In einem anderen Band der Reihe heißt es: „Die nachfolgenden Untersuchungen zeigen, dass Hamburg aus eigener Kraft innerhalb seiner Landesgrenzen eine weltstädtische Verkehrs- und Siedlungspolitik nicht verfolgen kann.“<sup>26</sup>

Befürwortet wurde ein Zusammenschluss mit Hamburg auch von der Seite Altonas und Wandsbeks. Die Steuern wurden zwar am Wohnort abgeführt, aber Altona und Wandsbek hatten zudem Steuerabgaben an die zuständigen Behörden in Schleswig (Regierungspräsident) und in Kiel (Oberregierungspräsident und Landesfinanzamt) zu leisten, während in Hamburg Staats- und Kommunalsteuern fast identisch waren, bzw. Hamburg als Freie und Hansestadt über diese Steuereinnahmen disponieren konnte. „Es ist für Altona [...] gewiß kein leichter Entschluß, seine Selbständigkeit aufzugeben, andererseits kann ihm unmöglich zugemutet werden, dauernd einen aussichtslosen Kampf um seine Existenz zu führen, ohne damit doch einen, von höherer Warte aus gesehen, aussichtslosen Kampf um seine Existenz zu führen.“<sup>27</sup> Auch im Magistrat von Wandsbek wurde an den Regierungspräsidenten in Schleswig das Ersuchen gerichtet, die „erforderlichen Schritte zur Eingemeindung Wandsbeks in ein Groß-Hamburg zu tun“.<sup>28</sup>

In Harburg dagegen sah man durch die hamburgischen Bemühungen „die Interessen der Provinz Hannover aufs schwerste beeinträchtigt“.<sup>29</sup> Hamburg würde wertvollstes hannoversches Gebiet, mit größten industriellen Entwicklungsmöglichkeiten fordern.

24 Ebda., S. 29-30.

25 F. S. Baumann, Die Bevölkerung Hamburgs, Hamburg 1919, S. 5.

26 A. Sürth, Die Verkehrs- und Siedlungspolitik der Freien und Hansestadt Hamburg (Gross-Hamburgische Streitfragen Heft 2/3), Hamburg 1919, S. 7.

27 *Großhamburg. Denkschrift des Hamburger Senats*, Hamburg, September 1921 (65 Seiten mit zusätzlicher Bebilderung), mit Anhangsband (115 S.), Anhang S. 35.

28 Ebda., S. 36.

29 D. Brosius, Hannover und das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 87, 2001, S. 96.

Mit nationalistischen Untertönen wurde neben Hamburg ein Hafen gefordert, „bei dem das englische und amerikanische Kapital nicht vorherrsche, sondern wo der Deutsche unumschränkter Herr im Hause sei“.<sup>30</sup> Die preußischen Vorstellungen sahen vor, Hamburg mit einem Ring von drei preußischen Großstädten zu umgeben, um den hamburgischen Expansionsbestrebungen einen Riegel vorzuschieben.

Das verschuldete Wilhelmsburgs suchte dagegen eine Eingemeindung nach Hamburg voran zu treiben. „Das wichtigste Gebiet für Hamburg ist in der Streitfrage ‚Großhamburg‘ unzweifelhaft die Elbinsel Wilhelmsburg. [...] Wir sehen also, dass Wilhelmsburg Hamburg notwendig hat, dass aber auch umgekehrt Hamburg auf der Elbinsel Wilhelmsburg alles vorfindet, was es gebraucht zur Ausgestaltung seiner Wirtschaft.“<sup>31</sup> Die mit großen Erwartungen 1919 eingeleiteten Bestrebungen zur Neugliederung des Reiches zeitigten aber für Hamburg keine konkreten Ergebnisse.

Der Charakter dieser Vorüberlegungen der Regional- und Landesplanung war zunächst ähnlich einer gebietlich ausgeweiteten Stadtplanung. Umgehend aber blieb es nicht bei gemeindeübergreifenden Planungen, sondern die integrative und überfachliche Perspektive dominierte, wie Schumacher schreibt: „Es ist wohl eine der wichtigsten Neuerungen der Nachkriegszeit, dass das Gefühl für das Stück heimischer Welt, dem man sich unmittelbar verantwortlich fühlte, sich ausweitete: statt auf das Zukunftsgebilde eines politischen umgrenzten Raumes begann es sich auf das seinem inneren Wesen nach organische Gebilde eines einheitlichen Lebensraumes zu beziehen.“<sup>32</sup>

#### 4. „DIE NATÜRLICHE ENTWICKLUNG DES ORGANISMUS HAMBURG“

Vor dem Ersten Weltkrieg waren über 50% des deutschen Seehandels über Hamburg abgewickelt worden. Diesen jahrzehntelangen Boom hatte der Krieg jäh unterbrochen: „So sieht sich Hamburg vor die gewaltigste und zugleich schwerste Aufgabe gestellt, die ihm je geworden: nach dem Kriege seinen Handel und seine Schifffahrt zu neuem Leben zu erwecken [...] und die Bedeutung seines Hafens als Hauptein- und Ausgangstor des deutschen Welthandels stetig zu steigern.“<sup>33</sup>

Bereits im April 1919 hatte der Senat der preußischen Regierung eine Denkschrift vorgelegt, die allerdings zu keinen konkreten Verhandlungen führte. 1921 legte der Senat eine erweiterte umfangreiche Denkschrift vor, die durch einen Anlagenband ergänzt wurde. Wie bereits zuvor wurde neben der „selbstverständlichen Wahrung“ der hamburgischen Interessen auf die „deutschen Lebensinteressen“ verwiesen: „Nicht um hamburgischen Profit, sondern um Deutschlands Leben und Erstarkung handelt es sich. [...] Großhamburg als friedliche Mehrung des Reichs.“<sup>34</sup> Wieder basierte die Argumentation vor al-

30 Ebda, S. 98.

31 *Großhamburg* (s. A 27), S. 101.

32 F. Schumacher, *Rundblicke*. Ein Buch von Reisen und Erfahrungen, Stuttgart 1936, S. 215.

33 H. Engels, *Der deutsche Seehafen Hamburg und seine Zukunft*, Leipzig 1918, S. 7.

34 *Großhamburg* (s. A 27), S. 3.

lem auf dem „Mangel an Raum für Hafenanlagen“. Weiter wurde auf fehlendes Industriegelände im Hafen und die Notwendigkeit von Siedlungen um den Hafen verwiesen. Es wurde resümiert: „Gemehrt wird und soll werden aber vor allem das Reich, und diese Gewissheit muß alle Schwierigkeiten auf dem Wege zu Großhamburg überwinden; sie muß vor allem den Willen zu Großhamburg wecken und stärken. [...] Durchsetzen wird Großhamburg sich früher oder später mit der Kraft eines Naturgesetzes.“<sup>35</sup> Vor allem die Hafentarbeiterwohnungsfrage war wiederum eng mit der lokalen Ökonomie verknüpft, die Anwesenheit und flexible Arbeitsorganisation vor Ort im Hafen erforderte.

Während die Werftarbeiter geregelte Arbeitszeiten hatten, mussten die Arbeiter im Umschlag zeitnah zum Be- und Entladen der Schiffe verfügbar sein. „Die 26.000 in den entfernter gelegenen Stadtteilen wohnenden Hafentarbeiter müssen durchschnittlich morgens und abends je eine deutsche Meile zurücklegen, um ihre Arbeitsstelle bzw. ihre Wohnung zu erreichen. Die hierdurch nutzlos vergeudete Leistung ist mindestens auf tägliche 13.000 Stunden vergeudete Zeit [...] zu schätzen. Schwerer noch wiegt die Einbuße an Lebens- und Arbeitsfreude.“<sup>36</sup> Es wurde darauf verwiesen, dass in anderen (konkurrierenden) Seehäfen wie Antwerpen und Rotterdam reichliche Wohngelegenheit in nächster Nähe der Häfen zur Verfügung stehen würde. Es wurde vorgeschlagen, drei getrennte Arbeiterstädte in Wilhelmsburg, Altenwälder und Finkenwälder zu errichten, in denen über 70.000 Hafen- und Industrierbeiter untergebracht werden könnten. Der Gedanke wurde verknüpft mit der Ausschaltung der Bodenspekulation, dem Kriegerheimstättengedanken und der Errichtung einer „Friedensstadt“.<sup>37</sup>

Bestandteil der Denkschrift des Senats von 1921 war eine Veröffentlichung von Fritz Schumacher „Großhamburg als wohnungspolitische Frage“, in der er resümierte: „Man kann deshalb mit vollem Rechte sagen, dass es nicht nur die Nöte der Hamburger Hafentarbeiterfrage, sondern in gleichem Maße die Nöte der Hamburger Wohnfrage sind, was gebieterrisch zu einer Neugestaltung der Hamburger Grenzen drängt.“<sup>38</sup> Nach Schumachers Vorstellungen sollten vom Hafen als „Kraftzentrum der Stadt“ Entwicklungsimpulse in alle Richtungen ausgehen und (gesunde) Wohnquartiere dabei den Arbeitsstätten zugeordnet werden. Schumacher munitionierte die Hamburger Pläne der Erweiterung des hamburgischen Staatsgebiets durch diverse Bestandsaufnahmen von Hamburg und seinem Umland. Sie fanden Eingang in sein wirkungsmächtiges Schema der „wirklichen“ und der „natürlichen“ Entwicklung Hamburgs 1919 in der neuen Denkschrift.

Schumacher ging davon aus, dass das Stromspaltungsgebiet der Elbe mit dem Marschboden das „natürliche Arbeitsgebiet“ für Hamburg sei. Das Wohnen in der Marsch sei

35 Ebda., S. 64.

36 Ebda., S. 29.

37 W. Sieveking/C. Jung, Neu-Hamburg. Die fehlende Arbeiterstadt des Hamburger Hafens, Hamburg 1920, S. 8-9.

38 *Großhamburg* (s. A 27), S. 43; Schumachers Text war zuvor bereits 1919 (in Schmollers Jahrbuch 4/1919, S. 107-119) ohne Pläne und die Schemata erschienen.

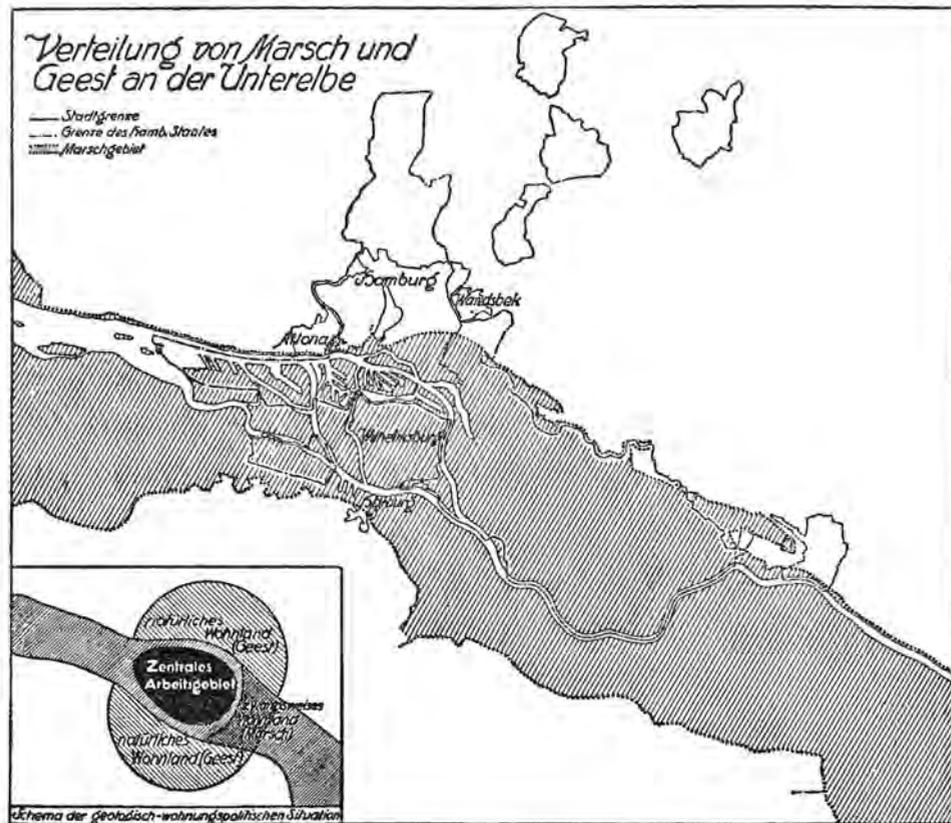


Abb. 2: Verteilung von Marsch und Geest in und um Hamburg;  
aus: F. Schumacher, Das Werden einer Wohnstadt, Hamburg 1932, S. 16.

ungesund und die Nähe zur Elbe und zu Wasserläufen und Kanälen würde sich dagegen für Güterumschlag, Werften und Seehafenindustrien anbieten. Die sandigen Geestböden würden das geeignete Wohnland bilden. Hier allerdings sei Hamburg eine planmäßige Entwicklung verstellt, da nur in nordöstliche Richtung – nicht aber in der Nähe der Arbeitsstätten – neue, gesunde Wohnquartiere entstehen könnten. „Wir sehen aus dieser Diagnose der Hamburger Nöte, dass ein hauptsächlichlicher Krankheitsgrund auf dem unnatürlichen Zufallsverhältnis von Marsch zu Geest innerhalb der Hamburger Grenzen beruht. [...] Das wünschenswerte Bild wäre stattdessen, dass das Arbeitsgebiet der Marsch als mittlerer Kern rings umgeben wäre mit einem rahmenden Streifen des Wohngebietes der Geest. Alle Wohn- und Verkehrsprobleme würden damit leicht und natürlich zu lösen sein: von allen Seiten könnte sich der kürzeste und ungehemmteste Verkehrsweg zum Arbeitsgebiete bahnen. Diese Probleme werden gegenwärtig dadurch

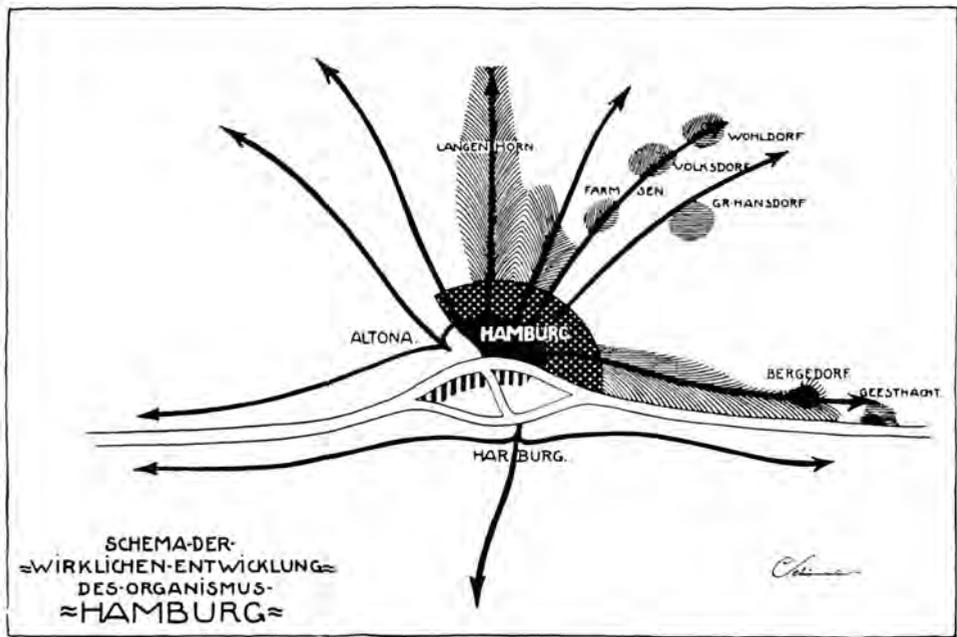


Abb. 3: Schema der unnatürlichen Entwicklung Hamburgs (1919); aus: E. Ockert (s. A 5), S. 98.

so unlösbar, dass im Hamburger Besitz Geest- und Marschland ganz voneinander getrennt liegen.<sup>39</sup>

Die Gegenüberstellung dieser beiden Schemata ist mit diversen, häufig biologistischen Begrifflichkeiten unterfüttert worden. So ist von der realen, unnatürlichen, eingeschränkten, unorganischen, verkrüppelten, gehemmten, kranken gegenüber der gesunden, natürlichen, organischen, wünschenswerten Entwicklung die Rede.<sup>40</sup> Das eindrucksvolle Schema wurde rasch zum „Fächerplan“, „Federplan“ oder „Achsenplan“ überhöht.

Schumacher nahm Hamburg als das „natürliche Zentrum“ der Region an: „Die städtebauliche Entwicklung muß den schematischen Hauptstrahlen entsprechend der Elbe auf den Geesträndern nahe dem Arbeitsgebiet der Marsch gefördert werden“. Die Entwicklungsachsen folgen den Verkehrsverbindungen in die umliegenden Städte. Bei einer geordneten Entwicklung sollten die Achsenzwischenräume tunlichst von Bebauungen frei gehalten und als Grünzüge genutzt werden. Die Frei- und Grünräume waren integrale Bestandteile der Konzeption. Das Zuwachsen der Freiräume an den Achsenwurzeln wurde schon von Schumacher mit großer Sorge betrachtet. Er kämpfte dabei nicht

39 *Großhamburg* (s. A 27), S. 39.

40 Vgl. F. Schumacher, Das gesunde und das kranke „Hamburg“, in: *Bau-Rundschau* Nr. 5/1921, S. 63-65.

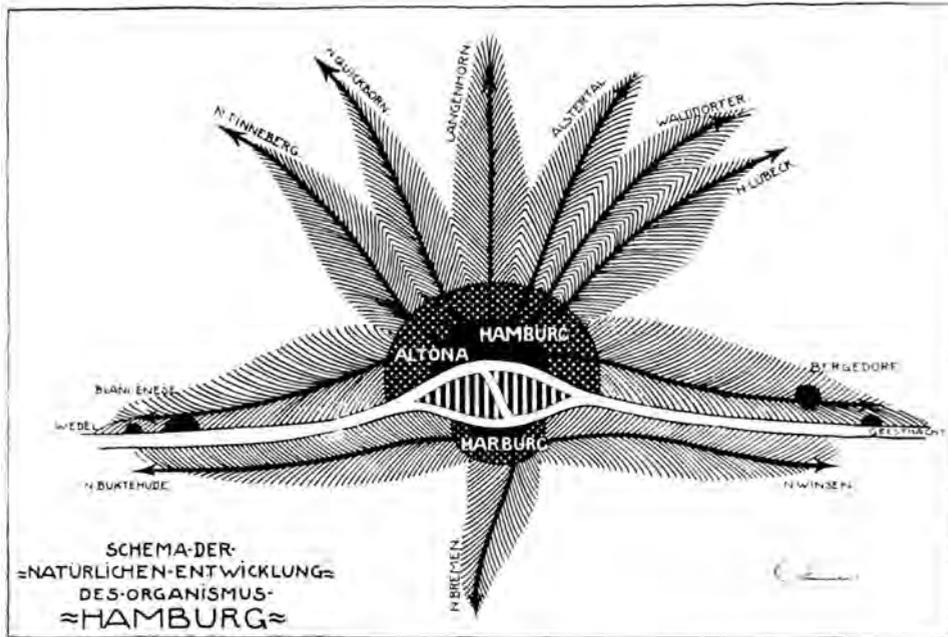


Abb. 4: Schema der natürlichen Entwicklung Hamburgs (1919); aus: E. Ockert (s. A 5), S. 98.

nur mit der Feder, sondern auch – wie die Schemata belegen – wirkungsvoll mit Zeichenstift.<sup>41</sup>

Schumachers Schema zielte nicht auf eine polyzentrische, sondern auf eine achsiale Entwicklung der Region. Es sollte für die nächsten Jahre das maßgebliche räumliche Leitbild bleiben. Das Schema war mit seiner Botschaft und minimalistischen Darstellung nicht nur für Fachleute, sondern auch für Laien verständlich und überzeugend. Schumacher führte als weitere Begründung aus: „Denn diese Kraft natürlichen Wachstums wirkt auf dem Gebiet menschlicher Siedlung nicht etwa dadurch, dass man die Dinge sich selbst überlässt. Was daraus entsteht, ist ein Wuchern; das Ergebnis ist nicht Wachstum, sondern Chaos. Und so müssen wir uns eben behelfen mit einem Ersatzmittel für das Nichtvorhandensein einer natürlichen Wachstumskraft in den Dingen, die von Menschengest und Vernunft geboren werden. Ein Hilfsmittel für diesen Ersatz natürlichen Wachstums ist die Landesplanung.“<sup>42</sup>

Damit aber waren längst nicht alle Gegner von einer Gebietsreorganisation und einer übergeordneten Planung mit dem Zentrum Hamburg überzeugt. Der Nestor des Städte-

41 Vgl. E. Ockert (s. A 5), S. 6.

42 F. Schumacher (s. A 11), S. 45.

baus Joseph Stübben unterstützte mittelbar die preußische Position. „Der Senat ist in geschickter Weise bestrebt, seine weitgehenden Wünsche nicht als auf den Vorteil Hamburgs, sondern auf die Förderung der Wohlfahrt des Reiches gerichtet darzustellen, denn es handele sich um die Aufrechterhaltung von Hamburgs Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Auslands-Welthäfen als eines Werkzeuges deutschen Wiederaufbaus. [...] Die Pläne Hamburgs würden unmittelbar zum Handelsmonopol und zur Verkümmern anderer deutschen Seehäfen führen.“<sup>43</sup> Stübben hatte schon 1893/94 einen Erweiterungsplan für Altona erstellt. Schumacher suchte dagegen – ohne anti-preußische Polemik – mittels Plänen und Argumenten zu überzeugen und schuf ein einprägsames Schema, dass die Gebietsreform zur notwendigen Voraussetzung für die Großstadtreform erklärte.

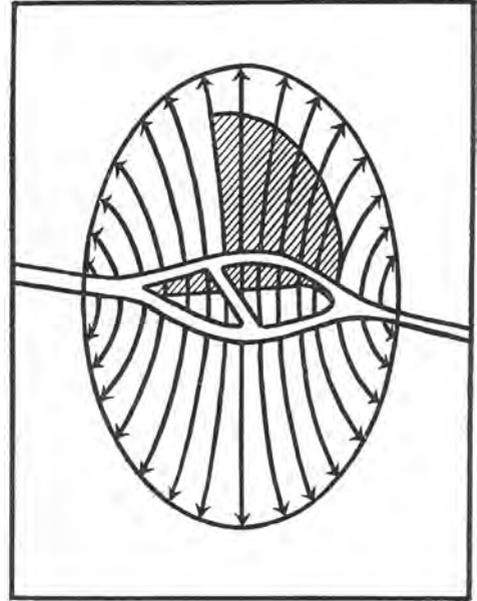


Abb. 5: Schumachers Schema der Entwicklung des hamburgischen Siedlungskörpers; aus: *Fritz-Schumacher-Institut* (s. A 6); S. 36).

## 5. PLANERISCHE VORARBEITEN FÜR DIE REGIONALPLANUNG

Die Umschlagszahlen im Güterverkehr der Vorkriegszeit wurden im Hafen erst Mitte der 1920er Jahre wieder erreicht, die Einwohnerzahl hatte gegenüber der Vorkriegszeit bis 1933 in zwei Dekaden „nur“ noch um ca. 80.000 Personen zugenommen. Die dynamische Wachstumsphase der Vorkriegsjahrzehnte war damit von einer Periode der Konsolidierung, Restrukturierung und Diversifizierung der lokalen Wirtschaft abgelöst worden. Der Handlungsdruck für stadtregionale Planung bestand zwar unverändert fort, aber die Dringlichkeit war abgeschwächt und der Argumentation Hamburgs gegenüber Preußen war der Wind aus den Segeln genommen, zumal die Zuständigkeiten für die Wasserstraße Elbe 1921 an das Reich übergingen.

Immerhin hatte es mit den Köhlbrandverträgen 1868, 1896 und 1908 Verbesserungen und Flussbegradigungen gegeben, von denen alle drei Häfen profitierten. Noch 1925 gab es für den Harburger Hafen großzügige Erweiterungspläne Richtung Wilhelmsburg. „Das Zusammenwirken der Preußischen Staatsregierung mit der Stadt, dem Großhandel

43 J. Stübben, Groß-Hamburg, in: *Deutsche Bauzeitung* Nr. 23/1922, S. 137-140.

und der Großindustrie hat den preußischen Seehafen Harburg zu seiner jetzigen Größe emporblühen lassen und wird ihn auch durch den Aufschluß dieser neuen Gebiete zu weiterer Entwicklung führen“.<sup>44</sup> Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg waren damit durch scharfe und heftige Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen preußischen und hamburgischen Stellen geprägt. Auch blieben die hamburgischen Nachbarstädte nicht untätig. 1923 war im Auftrag des preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt von Prof. Josef Brix und Gustav Oelsner ein „Generalsiedlungsplan für die preußischen Städte und deren Umland rings um Hamburg“ vorgelegt worden, der weder mit anderen Ministerien noch mit Hamburg koordiniert war.<sup>45</sup> Auch dieser Plan ging vom Ausbau des Hafens südlich der Elbe im Marschgelände aus,<sup>46</sup> aber anders als Schumachers monozentrisches Achsenmodell gingen die Vorschläge von Brix und Oelsner in Richtung eines polyzentrischen Modells. Durch dezentrale Wohngebiete sollte das Zentrum entlastet und die Nutzungsfunktionen räumlich „gesondert“ werden. 1927 hatte sich schließlich durch die Eingemeindungen von Groß- und Klein-Flottbek, Nienstedten, Blankenese, Rissen, Osdorf, Iserbrook, Sülldorf, Lurup, Eidelstedt und Stellingen-Langenfelde die Stadtfläche Altonas verdoppelt.<sup>47</sup>

Auch für Harburg erstellten J. Brix und G. Oelsner eine Expertise: „Gutachten über die städtebauliche Eigenart und Entwicklung Harburgs“.<sup>48</sup> Darin wurde eine weitere Orientierung auf die Hafentwicklung vorgeschlagen, zugleich aber die Abhängigkeit von Hamburg betont. Als schließlich 1927 Wilhelmsburg mit Harburg vereinigt wurde, war mit über 115.000 Einwohnern eine neue Großstadt im Süden Hamburgs erwachsen. In Hamburg war man über den Zusammenschluss alles andere als erfreut. „Wahnsinn an der Unterelbe“ berichtete eine Zeitung, und das Städtegebiet wurde als „mächtigster Brennpunkt ungeheuren Unsinn“ gekennzeichnet.<sup>49</sup> Preußen würde damit eine langfristige Hafen- und Siedlungsplanung systematisch verbauen. Der Stadtoberbaurat in Harburg-Wilhelmsburg K. Köster, nach 1933 Schumachers Nachfolger in Hamburg,

44 *Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe*, Preussische Staatshäfen, Berlin 1925, S. 32-40, hier S. 40.

45 *Chr. Timm*, Der Preussische Generalsiedlungsplan für Gross-Hamburg von 1923, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 71, Hamburg 1985, S. 75-123; Josef Brix war von 1895-1898 Stadtbaurat in Altona gewesen.

46 Vgl. *P. Michelis*, Städtebau, in: *P. Michelis* (Hrsg.), Der Architekt Gustav Oelsner. Licht, Luft und Farbe für Altona an der Elbe, Hamburg 2008, S. 50 ff.

47 *H.-D. Loose*, Altona und die Gross-Hamburg Frage, in: *Landeszentrale für politische Bildung* (s. A 15); vgl. auch *J. Frantz*, Lokstedt – Niendorf – Schnelsen. Drei preußische Landgemeinden werden Hamburger Stadtteile, Hamburg 2012.

48 *D. Machule*, 100 Jahre Städtebau in Harburg – Stadtplanung und Wohnungsbau zwischen 1845 und 1945, in: *J. Ellermeyer/K. Richter/D. Stegmann* (Hrsg.), Harburg. Von der Burg zur Industriestadt. Beiträge zur Geschichte Harburgs 1288-1938, Hamburg 1988, S. 280; Vgl. auch: *H. Hohlbein*, Harburg-Wilhelmsburg: Von der Doppelstadt zum Hamburger Verwaltungsbezirk, in: *Landeszentrale für politische Bildung* (s. A 15), S. 69-74.

49 Zit. nach *D. Brosius* (s. A 29), S. 103.

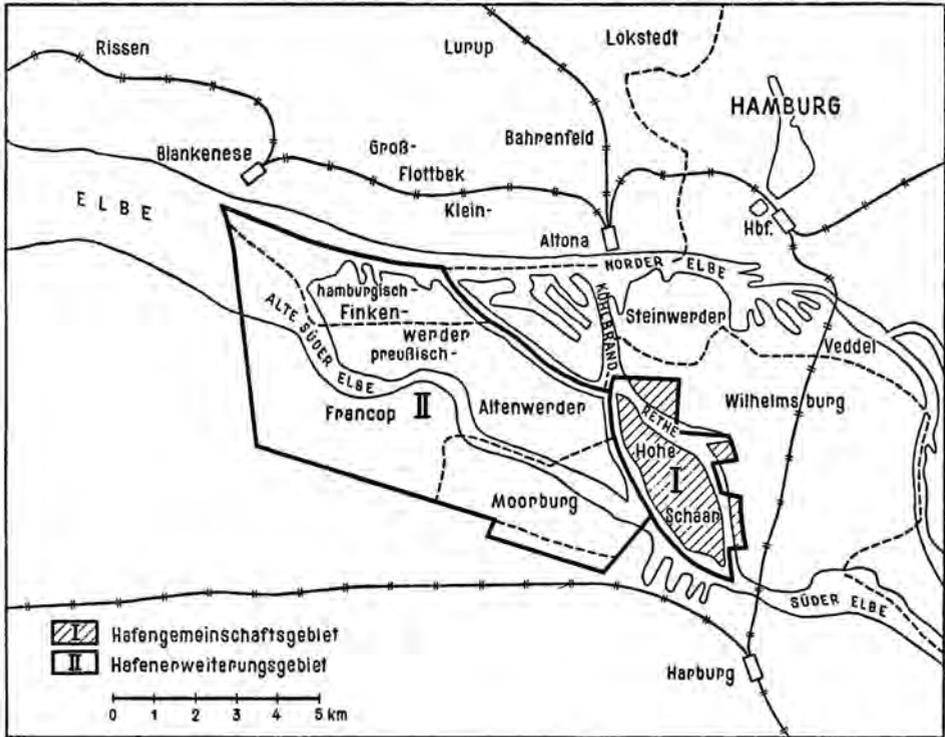


Abb. 6: Plan des Hamburgisch-Preußischen Hafenabkommens 1928;  
aus: F. Schumacher (s. A 11), Abb. 3.

folgte aber immerhin Schumachers Paradigma, dass dem Hafen und der Industrie das Marschland in Wilhelmsburg zuzuordnen sei, während das Geestland im Süden (Harburg) für Wohnen und Erholung auszuweisen sei.<sup>50</sup>

Aus Sicht des nord-östlichen Kreises Stormarn mit Sitz der Kreisverwaltung in Wandsbek wurde darauf hingewiesen, dass Hamburg bevorzugt Areale für die Ansiedlung steuerkräftiger wohlhabender Personen anstrebe. Landrat Friedrich Knutzen beschrieb die fatalen Auswirkungen, welche die Umsetzung der Denkschrift für Stormarn hätten. Der Kreis würde ein Drittel seiner Fläche, mehr als die Hälfte seiner Einwohner und 65% seiner Steuerkraft verlieren.<sup>51</sup> Knutzen wandte sich gegen eine Abtretung des Alstertals, auf das Hamburg schielte, nicht weil hier Arbeiter, sondern wohlhabende Bevölke-

50 K. Köster, Aufgaben der Stadt Harburg-Wilhelmsburg, in: *Architekten- und Ingenieurverein zu Hamburg* (Hrsg.), *Hamburg und seine Bauten mit Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg 1918-1929*, Hamburg 1929, S. 116.-119.

51 H.-J. Perrey, *Stormarns preußische Jahre. Die Geschichte des Kreises von 1867 bis 1946/47*, Stormarn 1993, S. 223.

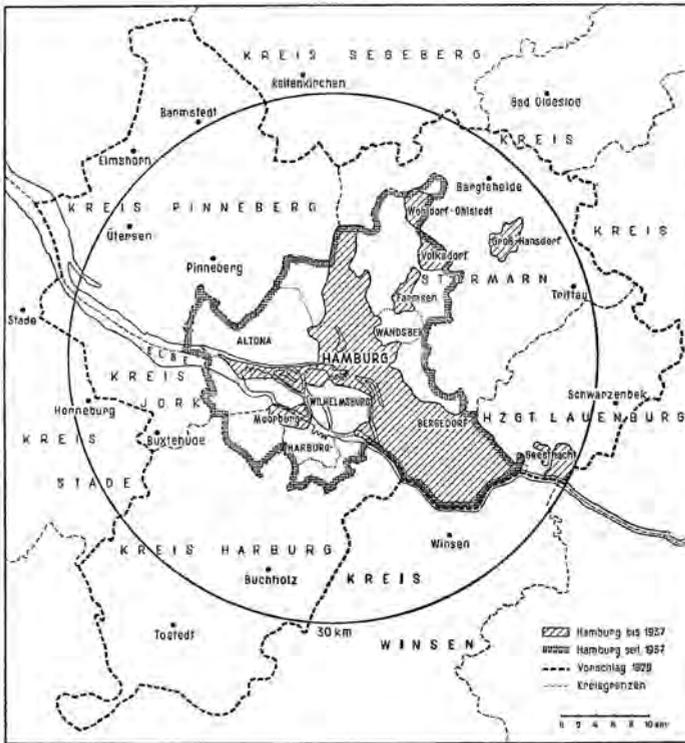


Abb. 7: Areal der Hamburgisch-Preußischen Landesplanung (30 km um Hamburgs Zentrum); F. Schumacher (s. A 54), S. 33.

rungskreise siedeln wollten. 1922 scheiterten die Verhandlungen zwischen Preußen und Hamburg und eine mehrjährige Eiszeit brach aus.<sup>52</sup> Aus preußischer Sicht, so die Gegner Hamburgs, sei das Problem Gross-Hamburg am einfachsten dadurch zu lösen, dass Hamburg preußisch würde.

Schließlich kam es 1928 zur Gründung des Hamburgisch-Preußischen Landesplanungsausschusses und komplementär 1929 zur Gründung der Hamburgisch-Preußischen Hafengemeinschaft. Für den Landesplanungsausschuss wurde ein Areal 30 km um das Hamburger Rathaus festgelegt, das „ohne Grenzen“ analysiert wurde. Fritz Schumacher wurde Leiter des technischen Unterausschusses, der die vielfältigen Voruntersuchungen und Bestandsaufnahmen initiierte:

52 Die Antwort des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun auf Hamburgs Forderungen der Abtretung von Flächen zwischen Norder- und Süderelbe für Hafennutzungen, des Geestrückens zwischen Schiffbek und Bergedorf und der Tausch des Alstertals gegen Groß-Hansdorf-Schmalenbek wurden wie folgt beantwortet: „Ad 1: Nein, sondern nur soweit es nachweislich von Hamburg zum notwendigen Ausbau des Hafens gebraucht wird. A 2: Nein. Ad 3: Nein.“ Zit. nach H.-J. Perrey (s. A 51), S. 228.

„Das bedeutet: die soziologischen Verhältnisse müssen durch wissenschaftliche Methoden erfasst sein. Die Grundlage dafür gibt die Statistik. [...] Alle solche Vorarbeiten der „Bestandsaufnahme“, aus denen eine verantwortungsbewusste Planung hervorgeht, bedürfen bei der Landesplanung eines weit größeren Aufwandes an Kraft als beim städtischen Generalbebauungsplan – nicht etwa nur, weil es sich um größere Räume handelt –, sondern weil weit weniger Unterlagen dafür vorhanden sind [...]. Das darf aber nicht dazu führen, diese mehr wissenschaftlich eingestellte Seite des Tuns zu überschätzen, sie ist und bleibt nichts anderes als eine Hilfeleistung für das Eigentliche: das Gestalten“.<sup>53</sup>

In den Arbeiten der Fachausschüsse wurde eine Vielzahl von grundlegenden Daten und wissenschaftlicher Gegebenheiten erhoben. Die Wirkungsmöglichkeiten der Landesplanung waren allerdings eingeschränkt, da Finanzmittel und Exekutivbefugnisse fehlten. Vor allem wurden Vorhaben der Gemeinden im Planungsbereich erörtert. Schumacher ordnete die vorbereitenden Planungsarbeiten in folgende Struktur: Übersichten über den topographischen Zustand, den soziologischen Zustand, den geschichtlichen Zustand und den naturkundlichen Zustand

Dieser Bestandsaufnahme folgten „gestaltende Planungsarbeiten“, wie *A.* Freiflächen (Grünanlagen, Straßen, Bahnen etc.) und *B.* Bauflächen (Plan der Hafengebiete, Industrieverteilung und Siedlungsentwicklung).<sup>54</sup> „Für das Planen mag ein Zustand, ‚als ob keine Grenzen vorhanden sind‘ genügen, sobald beim Ausführen finanzielle Fragen in Betracht kommen, bleibt jede Grenze das, was sie immer war – eine Macht, die in wirklich schwierigen Fällen das Vorzeichen des Interesses umkehrt. Dagegen hilft kein guter Wille und keine Erkenntnis.“<sup>55</sup> Beeindruckend sind dabei nicht nur die Breite der Bestandsaufnahme, sondern die innovativen kartographischen Darstellungsmethoden komplexer sozialräumlicher Zusammenhänge, z.B. mittels Isochronen. Schumacher berichtet, wie sich bei Rundflügen eine „Verkleinerung des Raumes“ ergeben würde und welche Missgestaltungen erst aus der Luft erkennbar würden.<sup>56</sup> So wurden nicht nur die diversen Vorschläge zur territorialen Neugliederung gegenübergestellt, sondern Zuständigkeiten und kulturelle Eigenarten bis hin zu den Mundarten erfasst.<sup>57</sup> Die mehr oder minder wissenschaftlich legitimierten Ideen zur Neuordnung der Region klassifiziert Schumacher in fünf Kategorien:

53 F. Schumacher, Vom Städtebau zur Landesplanung und Fragen städtebaulicher Gestaltung, Tübingen 1951, S. 24 und S. 25.

54 F. Schumacher (s. A 11), S. 17 ff.

55 F. Schumacher, Das Gebiet Unterelbe-Hamburg im Rahmen einer Neugliederung des Reiches, Hamburg 1932, S. 15.

56 So wurden aus einem Flugzeug topographische Aufnahmen gemacht, die „für eine ernsthafte Landesplanung unerlässlich sind.“ Vgl. F. Schumacher (s. A 32), S. 233.

57 F. Schumacher (s. A 56), Plananhang, S. 27 ff.

- ▷ volkskundliche,
- ▷ politische (Gleichgewicht föderativer Einheiten),
- ▷ verkehrliche,
- ▷ wirtschaftsgeographische und
- ▷ historische Stammeszusammenhänge

Auf die kritische Frage: „Was nützt sie? [die Landesplanung, der Verf.], sie macht schöne Pläne und führt nicht aus. [...] Was die Landesplanung will, das ist: für einen Lebensraum das Wachstumsgesetz aufzustellen.“<sup>58</sup> Die planerischen Vorarbeiten waren damit breit angelegt und gründlich erfolgt, die Interessen der Akteure waren gutachterlich begründet worden, und es war nun an der Politik eine Entscheidung zu treffen.

## 6. REGIONALPLANUNG FÜR SCHRUMPFENDE STÄDTE

Aber nach der Weltwirtschaftskrise 1929 und der folgenden Massenarbeitslosigkeit setzte eine unvorhersehbare Welle chaotischer Siedlungsentwicklung ein. „In dieser ganzen Stadtflichtbewegung spielt vor allem die „Wohnlaube“ eine unheilvolle Rolle.“<sup>59</sup> Familien gaben zu Tausenden ihre Stadtwohnung auf, und es begann eine Wanderungsbewegung in die ländliche Umgebung. Diese (ungeplante) Schrebergartenbewegung nahm einen ungeahnten Aufschwung.<sup>60</sup> Eine „flutartige Bewegung“ und Grundstücksaufteilungen würden zu problematischen sozial-hygienischen Zuständen in der Großstadtumgebung führen: „allerlei wilde Siedlungen, die menschlich höchst sympathischer Willenskraft entspringen sind“,<sup>61</sup> die aber mittels fehlender Gesetze von der Landesplanung nicht gesteuert werden könnten. Hamburg war zur schrumpfenden Stadt geworden; von 1927 bis 1936 gab es stagnierende bzw. geringfügig rückläufige Einwohnerzahlen, während die preußischen Umlandkreise ein Bevölkerungswachstum verzeichneten.<sup>62</sup>

Die Umlandgemeinden stellten „die stark absinkende Leistungsfähigkeit“ der Zuwanderer fest. War bis 1929 in Vororten wie Sasel und Wellingsbüttel eine Steigerung des Durchschnittseinkommens der Zugezogenen festzustellen, so war dies mit der Weltwirtschaftskrise eingebrochen. „Es ist die Not, die einen Teil der Großstädter aus der Stadt her austreibt, die unerträgliche wirtschaftliche und auch die seelische Not, in die derjenige

58 F. Schumacher (s. A 32), S. 223.

59 Ebd., S. 231; Schumacher verweist hier auch auf das erst 1933 erlassene unzureichende „Wohnsiedlungsgesetz“.

60 E. H. Ockert, Der Hamburgisch-Preußische Landesplanungsausschuß, in: *Architekten- und Ingenieurverein Hamburg e.V.*, Hamburg und seine Bauten 1929-1953, Hamburg 1953, S. 22.

61 F. Schumacher, Siedlungs-Sorgen, in: *Deutsche Bauzeitung*, Mai 1932, S. 382.

62 Vgl. F. Schumacher, Das Werden einer Wohnstadt. Bilder vom neuen Hamburg, Hamburg 1932, S. 10: Wenn dagegen das Wachstum „ein bedächtigeres Tempo annimmt, so kann das vom städtebaulichen Standpunkt nur als Segen bezeichnet werden.“

gerät, der erwerbslos ist oder fürchten muß, es zu werden. Diese Not ist es, die den Erwerbslosen veranlaßt, seine Stadtwohnung aufzugeben und sich mit der Laube, sei sie noch so ungenügend, zu begnügen.“<sup>63</sup> So wurde Agrarland als „Schreberland“ verkauft, und die Erwerber setzten die Errichtung von Behelfswohnungen und Wohnlauben durch. Die Umlandgemeinden befürchteten daher, dass in erheblichem Ausmaß Anforderungen der öffentlichen Fürsorge auf sie zukommen würden. „Man läuft Gefahr, um einer augenblicklichen verhältnismäßig kleinen Erleichterung der Lage willen, die ganze Zukunft des Gebietes um die Großstädte herum aufs Spiel zu setzen, ohne dabei in Wirklichkeit den Siedlungen zu nützen, denn die schädlichen Auswirkungen werden sie aufs empfindlichste treffen.“<sup>64</sup>

Umsiedlung bedeutete für Hamburg Aussiedlung durch Bevölkerungsabgabe, für die Umlandgemeinden Ansiedlung durch Bevölkerungsaufnahme. Neben der Großstadtmüdigkeit war es die Furcht vor Geldentwertung, die Notlage der Landwirtschaft und die großstädtische Arbeitslosigkeit, die eine Massenwanderung aus Hamburg beförderte. Der Wildwuchs der Streusiedlungen in Form von primitiven Hütten und Behelfsbauten waren aus hygienischer, ästhetischer, planungsrechtlicher und baupolizeirechtlicher Beziehung unhaltbar.<sup>65</sup> Aus temporären Wohnlauben wurden dauerhafte Unterkünfte. Für die Stadtrand- und Umlandgemeinden bedeutete dies erhebliche Mehrbelastungen für Wege, Schulen und Fürsorge.

## 7. AUSBLICK

Die intensive Arbeitszeit des Hamburgisch-Preußischen Landesplanungsausschusses dauerte nur fünf Jahre von 1928 bis 1933. „Als ich 1933 mein Amt niederlegte, war es gerade gelungen, sowohl die grundlegende wissenschaftliche als auch die gestaltende Arbeit für das ganze Gebiet im Umkreis von dreißig Kilometer um Hamburg in zahlreichen gewaltigen Plänen festzulegen.“<sup>66</sup> Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten stand die Groß-Hamburg-Frage zunächst nicht prioritär auf der Agenda. Nach Schumachers Versetzung in den Ruhestand übernahm Karl Köster (bis dahin Stadtoberbaurat in Harburg) die Dienstgeschäfte des Oberbaudirektors in Hamburg. Er betonte: „Niemand kann an dem großen Ergebnis dieser Arbeit (des Landesplanungsausschusses, der Verf.) vorübergehen.“<sup>67</sup> Aber die Nationalsozialisten suchten einen zentralistischen Ein-

63 D. Knutzen, Denkschrift. Wanderungs- und Siedlungsvorgänge im Unterelbegebiet. Umfang, Bedeutung, Folgen, Aufgaben, Notwendigkeiten, Wandsbek 1933, S. 8.

64 F. Schumacher (s. A 61), S. 383.

65 W. Gensel, Siedlungsprobleme im Großstadtrand dargestellt an dem Beispiel des Vorortkreises Stormarn im Hamburgisch-Preußischen Landesplanungsgebiet, Würzburg 1933.

66 F. Schumacher, Stufen des Lebens. Erinnerungen eines Baumeisters, Stuttgart 1949 (zuerst 1935), S. 477.

67 K. Köster, Aus dem Programm Karl Kösters, in: Bau-Rundschau 24/1933, S. 55. Der Schriftleiter der Bau-Rundschau R. Spöhrhase würdigte hier Schumachers Arbeit mit unverfänglichen Goethezitaten.

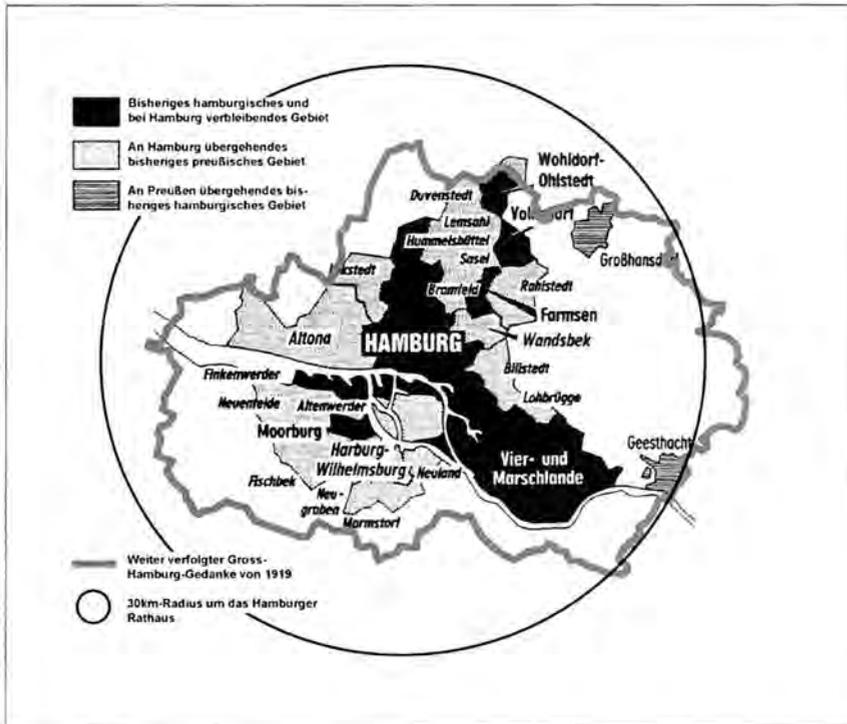


Abb. 8: Groß-Hamburg mit den Grenzen von 1937 und der nicht verfolgten Abgrenzung des Hamburgisch-Preußischen Landesplanungsausschusses und des 30 km Radius; Entwurf: D. Schubert; Kartographie: F. Rogge.

heitsstaat zu schaffen und 1935 wurde die Reichsstelle für Raumordnung als oberste Einheit für die Reichs- und Landesplanung gegründet und die regionalen Planungsverbände wurden abgeschafft. An ihre Stelle traten flächendeckend für das ganze Deutsche Reich 23 Landesplanungsgemeinschaften als nachgeordnete Dienststellen.<sup>68</sup> Der Hamburgisch-Preußische Landesplanungsausschuss wurde damit aufgelöst und durch die Landesplanungsgemeinschaft Hamburg ersetzt.

Nicht die systematischen Vorarbeiten des Landesplanungsausschusses waren schließlich für das Groß-Hamburg Gesetz 1937 wegbereitend, sondern eine willkürliche Anordnung des Reichsstatthalters Hermann Göring an die preußischen Dienststellen. Dem Hamburger Statthalter Karl Kaufmann Befugnisse auf preußischem Territorium

68 M. Bose/E. Pahl-Weber, Regional- und Landesplanung im Hamburger Planungsraum bis zum Groß-Hamburg Gesetz 1937, in: M. Bose/M. Holtmann/D. Machule/E. Pahl-Weber/D. Schubert, „...ein neues Hamburg entsteht...“. Planen und Bauen 1933-1945, Hamburg 1986, S. 9-16, vgl. auch: A. Leendertz, Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert, Göttingen 2008, S. 107 ff.

einzuräumen, hätte nur Komplikationen befördert. Daher sollte Preußen bei entsprechenden hamburgischen Konzessionen die Gebiete gleich ganz abtreten.<sup>69</sup> Adolf Hitler sollte zu Plänen für die Führerstadtplanung und die Neugestaltung des Elbufers auf Altonaer Gebiet erklären: „Altona, das ist ja Unsinn, das dürfen wir heute nicht mehr denken, da genügt ja ein Federstrich.“<sup>70</sup> Die Verkündung des Groß-Hamburg-Gesetzes wurde von großem publizistischem Aufwand der gleichgeschalteten Presse begleitet.<sup>71</sup> Hermann Göring erhielt wegen seiner Verdienste um das Zustandekommen die Ehrenbürgerwürde. Gauleiter Karl Kaufmann erklärte: „Mit starker Hand hat der Führer das hoheitliche, verwaltungsmäßige, verkehrspolitische, städtebauliche und wirtschaftliche Durcheinander im Stromspaltungsgebiet der Elbe beseitigt. Der Führer hat damit die Erfüllung der Aufgaben des größten Hafens des Reichs für alle Zeiten sichergestellt. [...] Was Generationen erträumten, was Kaiserreich und Republik unterließen, ist durch den Führer des nationalsozialistischen Reichs mit einem Schlage lebendige Wirklichkeit geworden.“<sup>72</sup>

Ohne Bezug zu den planerischen Vorarbeiten, ohne Mitwirkungsmöglichkeit der Öffentlichkeit und ohne Konsultation der Nachbargemeinden war das Groß-Hamburg-Gesetz durchgesetzt worden. Die wertvolle Grundlagenarbeit des Landesplanungsausschusses war als „Diskutiererei“ abgetan worden. Gauleiter Kaufmann diskreditierte Anzeichen von Widerstand gegen die Zwangsvereinigung als „überflüssigen und durchaus unangebrachten Lokalpatriotismus“. Immerhin unterlagen nun die drei Hafengebiete einer einheitlichen Verwaltung, und für den weiteren Ausbau des Hafens und das Wachstum des Güterumschlags – die Nationalsozialisten strebten auch Kolonialbesitz in Übersee an – schienen die Grundlagen gesichert.

Bei der Erarbeitung des neuen Generalbebauungsplanes 1940 wurden wiederum die gerade drei Jahre alten Groß-Hamburg Grenzen neuerlich negiert. „Die städtebauliche Entwicklung des früheren Hamburgs hat sich unter dem Zwang der unorganischen Grenzen des alten Staatsgebiets gänzlich verkrüppelt vollziehen müssen [...]. Auch die Grenzen des heutigen Hamburgs sind nicht auf Grund eingehender städtebaulicher Planungen und schon gar nicht unter Berücksichtigung der zu erwartenden Entwicklung entstanden. Der Generalbebauungsplan darf deshalb nicht an diesen politischen Grenzen haltmachen; er muß vielmehr von dem alten Grundsatz der Landesplanung ausgehen und so planen „als ob keine Grenzen vorhanden wären.“<sup>73</sup> Damit wurde einerseits

69 W. Johe (s. A 15), S. 32-34.

70 C. V. Krogmann, Es ging um Hamburgs Zukunft, Leoni 1976, S. 301.

71 So die *Neue Hamburger Zeitung* vom 27. Januar 1937: „Es gibt keine Groß-Hamburg-Frage mehr! [...] Wir haben Raum für den Welthafen. [...] Eine Fülle neuer Möglichkeiten erschließt sich dem Städtebauer.“ Eine Tat „die mit einem Schlage alles aus dem Wege räumt, was einer organischen Entwicklung des Welthafens im Wege stand.“

72 *Hamburgisches Staatsamt* (Hrsg.), Groß-Hamburg, 26. Januar 1937, Hamburg 1937, S. 27.

73 *Der Reichsstatthalter in Hamburg*, Der Architekt des Elbufers, Generalbebauungsplan 1940, Hamburg

formal auf die komplexen Vorarbeiten der Landesplanung unter F. Schumacher rekurriert, andererseits wurden diese Überlegungen der sachlich begründeten räumlichen Minimalneuordnung – Schumacher nannte sie „Minimalform“ – negiert. Die von den Nationalsozialisten durchgesetzte Groß-Hamburg-Lösung war somit deutlich kleiner ausgefallen als sie von der Landesplanungsgemeinschaft für eine zukunftsfähige Perspektive der Großstadt Hamburg für erforderlich gehalten wurde. Allerdings lagen die Zuständigkeiten für die Neugestaltung des nördlichen Elbufers und die „Führerstadtplanung“ nun ausschließlich auf hamburgischem Gebiet, und die „Hafenfrage“ schien gelöst.

Die Entscheidung, mit nachhaltigen Konsequenzen vom Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland 1969, über den bilateralen Gemeinsamen Landesplanungsrat Hamburgs und Schleswig-Holsteins 1978 bis zum Regionalen Entwicklungskonzept 1994 (REK) sollte die überörtliche Planung immer neu herausfordern.<sup>74</sup> Die Implementierung der stadtregionalen Siedlungsstrukturkonzepte mit Konzentration entlang der Siedlung- und Verkehrsachsen mit einem hierarchischen System zentraler Orte<sup>75</sup> wie die intendierte Freihaltung der Achsenzwischenräume konnte nicht immer implementiert und sollte immer wieder unterlaufen werden.<sup>76</sup>

Schumachers Wirken blieb keine Hamburgensie, sondern war eingebettet in nationale und internationale Bestrebungen der Etablierung der Regional- und Landesplanung.<sup>77</sup> Die von Schumacher 1922 mitbegründete Einrichtung „Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung“ führte nicht zufällig den Begriff „Landesplanung“ in ihrem Titel mit.<sup>78</sup> Mit Fritz Schumacher und den bekanntesten deutschen Stadt- und Regionalplanern wie Cornelius Gurlitt, Theodor Fischer, Josef Stübgen und Josef Brix im Präsidium suchte sie internationale Vernetzungen zu befördern, die sich u.a. mit dem Internationalen Verband für Wohnungswesen und Städtebau ergaben. Auch die Namensänderung 1924 in „International Federation for Town and Country Planning“ spiegelt die zukünftige Relevanz einer die Stadtgrenzen übergreifenden Planung wieder. 1924 referierte Fritz Schumacher auf dem internationalen Kongress dieser Vereinigung in Amsterdam – so steht es in vielen Publikationen – über Grünpolitik für die Großstadtumgebung. Er lag allerdings krank im Bett: „Dies wichtige Thema [wurde, der

1. November 1940, S. 3.

74 Vgl. K.-D. Ebert, Hamburger Raumordnungskonzeptionen seit Fritz Schumacher, in: Das Spannungsverhältnis Stadt-Umland, Fritz-Schumacher-Kolloquium 1997, Hamburg 1998, S. 31-50.

75 Vgl. K.-D. Ebert, Stadt- und Regionalplanung in Hamburg, in: *Architekten- und Ingenieur-Verein Hamburg e.V.* (Hrsg.), Hamburg und seine Bauten 1954-1968, Hamburg 1969, S. 59-61.

76 Vgl. M. Bose, Wirkungsanalyse eines stadtregionalen Siedlungsstrukturkonzeptes und Ansätze für eine Neuorientierung. Das Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland, Diss. TU Hamburg-Harburg 1994.

77 Auf diesen Aspekt kann aus Platzgründen hier nicht weiter eingegangen werden.

78 St. Prager, Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung. Rückblick und Ausblick 1922-1925, Tübingen 1955, mit einem ausführlichen Porträt F. Schumachers, S. 32-37.

Verf.] nicht etwa einem anderen Fachmann zugeteilt, sondern meine im Bette geschriebene Abhandlung wurde vom Vorsitzenden in meinem Namen verlesen.“<sup>79</sup>

Das Wirken Fritz Schumachers und von anderen Vorkämpfern der Regional- und Landesplanung mündete nicht in wirkungsmächtigen „großen Plänen“, sondern war mühselige Klein- und Überzeugungsarbeit mit vielen zu beteiligenden Institutionen und Akteuren mit divergierenden Interessen. Inzwischen hat sich eine Vielfalt von Planungsgemeinschaften, Zweckverbänden und Kooperationsformen herausgebildet, um den überlokalen Herausforderungen gerecht zu werden. Und letztlich wurden seit den 1970er Jahren an deutschen Hochschulen Lehrstühle für Regional-, Landes- und Raumplanung eingerichtet und damit der weiteren Verwissenschaftlichung des Tätigkeitsfeldes Rechnung getragen.

79 F. Schumacher (s. A 32), S. 162.

# ALLES NUR ABRISS? ZEHN JAHRE STADTUMBAU OST

## ERFAHRUNGEN UND PERSPEKTIVEN

Als viertes Bund-Länderprogramm wurde im Jahr 2002 das Städtebauförderprogramm „Stadtumbau Ost“ eingeführt. In der breiten Öffentlichkeit ist es seither oft als „Abrissprogramm“ bezeichnet worden. Gleichwohl ist die hier im Titel stehende Frage „Alles nur Abriss?“ für alle, die das Programm näher kennen, rein rhetorisch. Der Stadtumbau Ost umfasst vier Programmteile, von denen der Wohnungsabriss – auch „Rückbau“ genannt – nur einer ist. Das Programm verzahnt entweder auf räumlicher Ebene der Gesamtstadt oder in den einzelnen Fördergebieten Abriss- und Aufwertungsmaßnahmen. Rückbau spielt darüber hinaus nur in einer Kategorie von Fördergebieten eine Rolle: den DDR-Wohnsiedlungen. Schließlich verkennt die Reduktion des Programms auf das Thema Abriss, dass besonders innovative Erfahrungen im Programmverlauf in der Aufwertung innerstädtischer Quartiere gesammelt wurden. Viele Anregungen dafür stammten aus der Zivilgesellschaft.

Im Folgenden werden nach einer Einführung die unterschiedlichen Aspekte des Programms anhand des Erfahrungsspektrums der vergangenen zehn Jahre dargestellt. Darüber hinaus soll über die Perspektiven des Stadtumbaus Ost reflektiert werden.

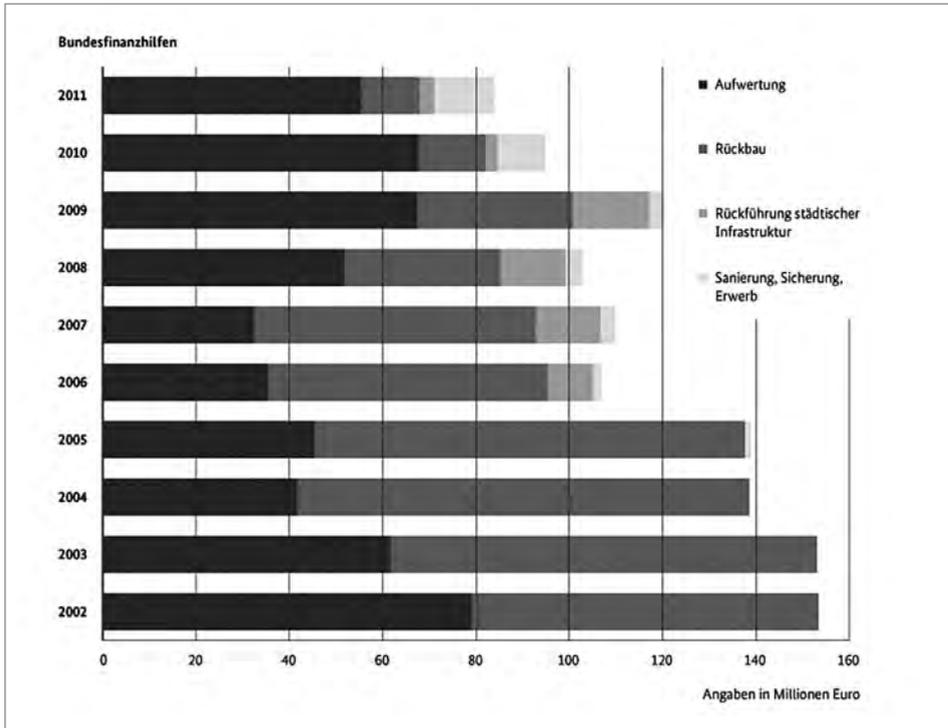
### 1. STADTUMBAU IN ZAHLEN

Das Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost betrifft die Hälfte aller Einwohner Ostdeutschlands. In den vergangenen zehn Jahren wurden 968 Fördergebiete in 442 Kommunen ausgewiesen.<sup>1</sup> Etwa 300.000 Wohneinheiten wurden vom Markt genommen, was dazu beitrug, dass sich der Wohnungsleerstand in Ostdeutschland von 14 auf 12 Prozent verringerte – in den im GdW<sup>2</sup> organisierten Wohnungsunternehmen sogar von 16 auf acht Prozent.<sup>3</sup> Auf den ersten Blick mag dieser Prozentsatz gering erscheinen, bei einem Abriss von 300.000 Wohnungen. Die Bevölkerung in Ostdeutschland ist jedoch in die-

1 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost, Berlin 2012, S. 9.

2 GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen.

3 BMVBS (s. A 1), S. 60.



**Abb. 1:** Verteilung der Bundesfinanzhilfen im Programm Stadtumbau Ost auf die vier Programmbereiche; Quelle: *BMVBS, Bund-Länder-Bericht zum Programm Stadtumbau Ost, Berlin 2012, S. 19.*

sem Jahrzehnt um ca. 814.000 Einwohner<sup>4</sup> geschrumpft. Somit hat das Programm eher verhindert, dass die Leerstände anstiegen, anstatt sie erheblich zu reduzieren.

Bund, Länder und Kommunen haben zwischen 2002 und 2011 gemeinsam rund 2,7 Mrd. Euro für das Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost bereitgestellt, davon allein der Bund rund 1,3 Milliarden Euro.<sup>5</sup> Ca. 44 Prozent dieser Mittel flossen in die Förderung des Rückbaus von dauerhaft nicht benötigten Wohnungen. Der Programmbereich „Aufwertung“ erhielt ca. 45 Prozent, der 2006 eingeführte Bereich „Rückführung städtischer Infrastrukturen“ ca. zehn Prozent und der 2005 etablierte Bereich „Sicherung“ (ab 2010 „Sanierung, Sicherung und Erwerb von Altbauten“) ca. fünf Prozent. Für jeden

4 *Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2011 nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung; vgl.: [www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61532/bevoelkerungsentwicklung](http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61532/bevoelkerungsentwicklung) [24.02.2013]. Die Bevölkerung Ostdeutschlands betrug danach 2001 17,118 Mio. und 2011 16,504 Mio. Einwohner.*

5 *BMVBS (s. A 1), S. 9.* Die Angaben zu den Bundesfinanzhilfen/Bundesmitteln beziehen sich auf die vom Bund bewilligten Fördermittel, die in der Städtebauförderdatenbank des BBSR erfasst werden.

Euro Bundesmittel geben die Länder ebenfalls einen Euro Fördermittel. Der Programmbereich „Aufwertung“ wird darüber hinaus von den Kommunen kofinanziert, d.h. aus einem Euro Bundesfördermittel in diesem Programmbereich werden drei Euro Fördermittel in der Umsetzung, während es bei den anderen Programmbereichen lediglich zwei Euro sind.

## 2. HISTORISCHER HINTERGRUND DES STÄDTEBAUFÖRDERPROGRAMMS STADTUMBAU OST

Die Einführung des Städtebauförderprogramms Stadtumbau Ost lässt sich nur anhand der historisch einmaligen Entwicklungen in den neuen Bundesländern in den 1990er Jahren nachvollziehen. „Blühende Landschaften“ sollten nach einem Schlagwort des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland entstehen. Die Regierung schuf Anreize für Investitionen in die Diversifizierung des Wohnungsmarktes und legte das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ auf, um die vom Verfall bedrohten historischen Altstädte zu retten. 83.000 Wohnungen wurden saniert. Erhebliche Auswirkungen auf das Gefüge der Städte und den Wohnungsmarkt hatte jedoch die Suburbanisierung durch Einfamilienhausgebiete.<sup>6</sup> 693.000 Wohneinheiten wurden in nur zehn Jahren neu erbaut – die Mehrzahl im Eigenheimsegment, das zu DDR-Zeiten sehr gering ausgeprägt war.

Die Hoffnung auf die „blühenden Landschaften“ erfüllte sich nicht. Im Gegenteil: Die Industrie brach zusammen, die Arbeitslosigkeit stieg dramatisch an und die Geburtenzahlen gingen stark zurück. Viele Einwohner wanderten nach Westdeutschland ab – zu den Arbeitsplatzangeboten. Um die Jahrtausendwende war offensichtlich: Ostdeutschland hatte in den zehn Jahren nach der Wende eine Kombination von postfordistischer und postsozialistischer Transformation<sup>7</sup> im Zeitraffer erlebt. Eine bis heute in der Geschichte einmalige Entwicklung. Aus der Überlagerung sozioökonomischer, demographischer und physisch-baulicher Prozesse hatte sich in schrumpfenden Städten damit ein „komplexes Problembündel“ gebildet.<sup>8</sup> In der Rückschau ist erörtert worden, dass nicht nur die Wirtschafts- sondern auch die Wohnungspolitik der 1990er Jahre diese Entwicklung befördert haben.<sup>9</sup>

6 Vgl. J. Jessen, Highspeed Suburban Decline. The Case of Cities in Eastern Germany, in: ISOCARP Review 08 (2012), S. 10.

7 I. Turok/V. Mykhnenko, The trajectories of European cities, 1960-2005, in: Cities: The International Journal of Urban Policy and Planning 24 (2007), S. 165-182.

8 H. Liebmann/M. Kühn, Regenerierung schrumpfender Städte. Stadtumbau als Ansatz für integrierte Strategien, in: M. Bernt/M. Haus/T. Robischon (Hrsg), Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess, Darmstadt 2010, S. 225.

9 Vgl. D. Rink, Schrumpfen als Transformationsproblem. Ursachen und Verlaufsformen von Schrumpfung in Ostdeutschland, in: M. Bernt/M. Haus/T. Robischon (s. A 8), S. 70.

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen BMVBW<sup>10</sup> reagierte im Jahr 2000 zunächst mit der Berufung einer Kommission, die eine Expertise zum „Wohnungswirtschaftlichen Strukturwandel in den Neuen Ländern“ erstellen sollte. Das Ergebnis war ernüchternd: Die Kommission konstatierte eine fast flächendeckende Schrumpfung der ostdeutschen Städte sowie einen Leerstand von etwa einer Million Wohnungen (ca. 13 Prozent des ostdeutschen Bestandes).<sup>11</sup> Von den Einwohnerverlusten der 1990er Jahre waren die zu DDR-Zeiten errichteten Wohnsiedlungen in industrieller Bauweise (sog. Plattenbaugebiete) besonders stark betroffen. Hier konzentrierten sich vielerorts die Leerstände in unsanierten Beständen. In der Konsequenz kämpften eine Reihe großer Wohnungseigentümer (kommunale Gesellschaften sowie Genossenschaften) mit wirtschaftlichen Problemen. Neben den Bewirtschaftungskosten hatten sie Kredite zu bedienen, während die Mieteinnahmen kontinuierlich sanken. Ihre Schulden setzten sich aus Krediten zusammen, die sie für Investitionen in die Sanierung von Beständen in den 1990er Jahren aufgenommen hatten sowie aus so genannten „Altschulden“ – Kredite für den Bau der Siedlungen, die die Unternehmen bei der Überführung des DDR-Staatseigentums übernommen hatten. Bereits 1993 trat das so genannte „Altschuldenhilfegesetz“ in Kraft, das eine Teilentlastung für jene Unternehmen in Aussicht stellte, die 15 Prozent ihres Wohnungsbestandes vorzugsweise an Mieter oder Genossenschaftsmitglieder privatisierten.<sup>12</sup> Die Veräußerungen entlasteten zunächst die Unternehmen, wurden allerdings mancherorts später – im Stadtbauprozess – zu belastenden Hypotheken, da die diversifizierten Eigentümerstrukturen die Aushandlung und Umsetzung von Rückbauplänen erschweren.

Die Bestandserfassung und die Empfehlungen der Kommission veranlassten die Politik und Planung nach der Jahrtausendwende dazu, Abschied vom Wachstumsparadigma zu nehmen. Erstmals wurde Schrumpfung nicht nur als Ist-Zustand erkannt, sondern als Zukunftsszenario und Planungsgrundlage akzeptiert.<sup>13</sup> Um die Kommunen im Umgang mit den Herausforderungen der Schrumpfung zu unterstützen, beschloss das BMVBWS ein Städtebauförderprogramm speziell für diese Kommunen aufzulegen. Zunächst wurde 2001 der „Bundeswettbewerb Stadtbau Ost – für lebenswerte Städte und Gemeinden“ ausgerufen. Im Rahmen des Wettbewerbs erarbeiteten die Kommunen „Integrierte Stadtentwicklungskonzepte“ (INSEK). Dafür standen Fördermittel zur Verfügung, so dass sie sich von externen Planern beraten und eine Bürgerbeteiligung durchführen konnten. Integriert wurden aber vor allem die großen Wohnungseigentümer, da der Abriss von

10 Heute: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung BMVBWS.

11 *Kommission Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel* (Lehmann-Grube-Kommission), Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern, Bericht der Kommission im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin 2000.

12 Vgl. D. Rink (s. A 9), S. 71.

13 Vgl. A. Nelle, Städtebauförderung unter Schrumpfungsbedingungen: Stadtbau Ost in innerstädtischen Altbauquartieren, in U. Altröck u.a. (Hrsg.), *Jahrbuch Stadterneuerung* 2012. Berlin 2012, S. 158.

Wohnungen insbesondere in ihren Beständen stattfinden sollte. 260 Kommunen beteiligten sich an dem Wettbewerb. Die meisten von ihnen wurden im Folgejahr in die Förderung durch das neue Städtebauförderprogramm Stadtumbau Ost aufgenommen.

### 3. ZIELE UND GRUNDSÄTZE DES PROGRAMMS

Das Programm Stadtumbau Ost ist mit drei Zielen an den Start gegangen, die bis heute gültig sind:<sup>14</sup>

- ▷ Die Beseitigung des Angebotsüberhangs im Wohnungsbereich durch den Rückbau dauerhaft leer stehender Wohnungen und damit eine Stabilisierung des Wohnungsmarktes,
- ▷ Die Aufwertung der von Rückbau betroffenen Stadtquartiere durch Sanierung und Instandsetzung des vorhandenen Gebäudebestands einschließlich der Erhaltung von Gebäudeensembles mit baukultureller Bedeutung,
- ▷ Die Konzentration der Wohnungsbauinvestitionen auf den innerstädtischen Altbaubestand.

Bei der Einführung des Programms existierten bereits die Städtebauförderprogramme „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ (seit 1971), „Städtebaulicher Denkmalschutz“ (seit 1991) und „Soziale Stadt“ (seit 1999). Die Ziele des Stadtumbau-Ost-Programms weisen Schnittmengen mit den Zielen aller anderen Programme auf. In vielen Kommunen wurden Stadtumbaugebiete auch in Quartieren ausgewiesen, die bereits in einem anderen Programm gefördert wurden. In den Plattenbaugebieten war dies meist das Programm „Soziale Stadt“, in den Innenstädten die anderen beiden Programme. Seit der Einführung des Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ (2008) gibt es auch Gebietsüberschneidungen mit diesem Städtebauförderprogramm. Durch die Überlagerung von Kulissen sind in vielen Kommunen Synergieeffekte in der Förderung erreicht worden. Ein Alleinstellungsmerkmal des Stadtumbaus ist der Fokus auf die Reduzierung des Wohnungsleerstands und das Zusammendenken von Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung.

Zwei wichtige Grundsätze prägen das Stadtumbau-Programm: das Bekenntnis zur Planungsgrundlage in Form von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK) sowie die instrumentelle Verzahnung von Abriss und Aufwertung.

Die Einführung der INSEK als Fördervoraussetzung war zunächst der Überlegung geschuldet, dass es keine Vorbilder für gelungene Schrumpfsplanung gab. Daher sei es unerlässlich, dass die Städte sich unter Beteiligung vieler Akteure – und insbesondere je-

14 Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hrsg.), Initiative der Bundesregierung zur Verbesserung der Stadt- und Wohnungsmarktentwicklung in den neuen Ländern. Programm „Stadtumbau Ost“. Kabinettsvorlage vom 15. August 2001, Berlin 2001, S. 3.

ner für die Umsetzung relevanten – mit Zukunftsszenarien für ihre Kommune auseinandersetzen. Es ging um die Verknüpfung von Entwicklungszielen und Prioritäten für die Gesamtstadt mit solchen für ihre Teilräume.<sup>15</sup> Da der Stadtumbau unterschiedliche Fachressorts betrifft, wurde die fachübergreifende Abstimmung von Entwicklungszielen und Prioritäten für die Gesamtstadt sowie für die Teilräume als Voraussetzung für die Umsetzbarkeit von Stadtumbaumaßnahmen erachtet.

In Fachkreisen<sup>16</sup> wurde kritisiert, dass die erste Generation von Entwicklungskonzepten den Belangen der Wohnungswirtschaft zu großen Raum gegeben hätte. Die Fortschreibung der Konzepte hat an Profil gewonnen. Der Grundsatz, Integrierte Stadtentwicklungskonzepte als Planungsgrundlage zu erarbeiten und regelmäßig fortzuschreiben, wird inzwischen als beispielhaft anerkannt.<sup>17</sup> 2010 wurde die Erarbeitung von INSEK in der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung für alle Förderprogramme festgeschrieben.

Der zweite oben genannte Grundsatz des Programms Stadtumbau Ost – die Verknüpfung von Rückbau und Aufwertung – wird von der (Fach-)Öffentlichkeit weniger stark wahrgenommen. Dies mag daran liegen, dass die Bilder vom Abriss der Plattenbauten eindrucksvoll sind und die Abrissförderung ein Alleinstellungsmerkmal des Stadtumbau-Programms darstellt. Aufwertungsmaßnahmen lassen sich dagegen auch im Rahmen anderer Programme realisieren.

Die Verzahnung von Rückbau und Aufwertung wird in den Stadtumbau-Kommunen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen geplant. Einige Kommunen legen in einem gesamtstädtischen Ansatz getrennte Rückbau- und Aufwertungsgebiete fest. In der Umsetzung soll in die einen Quartiere Rückbauförderung fließen, während die anderen Aufwertungsmittel erhalten. Andere Strategien verzahnen Rückbau und Aufwertung im gleichen Stadtumbaugebiet, d.h. sie setzen dort auf eine Kombination von Abriss und Aufwertung.

#### 4. UMSETZUNG UND ERFAHRUNGEN

Im Rahmen des Programms sind folgende Maßnahmen förderfähig, die den vier Programmbereichen (vgl. Abb. 1) zuzuordnen sind:

- ▷ Rückbau von langfristig nicht mehr benötigtem Wohnraum und damit zusammenhängende Ordnungsmaßnahmen,

15 *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung* (Hrsg.), 10 Jahre Stadtumbau Ost – Berichte aus der Praxis. 5. Statusbericht der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost. Berlin 2012, S. 21 ff.

16 Zum Beispiel: U. Altrock, *Urban Governance in Zeiten der Schrumpfung*, in: H. Heinelt/A. Vetter (Hrsg.), *Lokale Politikforschung heute*, Wiesbaden 2008, S. 301-32; sowie M. Bernt/S. Kabisch/A. Peter, *Schrumpfung, Stadtumbau und ihre Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft*, in: *Berichte zur deutschen Landeskunde*, Heft 1/2005, S. 33-57.

17 H. Liebmann, *Städtebauförderung: Goldener Zügel der Stadterneuerung?*, in U. Altrock (s. A 13), S. 151.



Abb. 2: Die Schlüsselfragen im Stadtumbauprozess beziehen sich auf Stadträume, Akteure und Instrumente; Foto: Stadt Görlitz, Quelle: *Bundestransferstelle Stadtumbau Ost (IRS)*.

- ▷ Aufwertung zukunftsfähiger Quartiere,
- ▷ Sicherung von Gebäuden, die vor 1949 erbaut wurden (seit 2005 / seit 2010: „Sanierung, Sicherung und Erwerb von Altbauten“),
- ▷ Rückführung (Rückbau und Anpassung) städtischer Infrastruktur (seit 2006).

Im Folgenden sollen die Umsetzung und die im Stadtumbau gesammelten Erfahrungen anhand von drei Schlüsselfragen beantwortet werden: 1. Wer handelt? – d.h. welche Akteure sind für die Umsetzung des Programmbereichs zuständig? 2. Wo wird gehandelt? – d.h. in welchen Quartieren werden die Maßnahmen des Programmbereichs umgesetzt? 3. Wie – d.h. mit welchen konkreten Instrumenten bzw. Maßnahmen – wird der Programmbereich umgesetzt?

#### 4.1. Der Programmbereich „Rückbau“

Für den Rückbau lassen sich die Fragen „Wer handelt?“ und „Wo wird gehandelt?“ einfach beantworten. Es sind die Eigentümer, die ihre Bestände reduzieren. Die Förderanreize für Abriss richten sich an sie. Da der Abriss von Altbauten nicht förderfähig ist, werden Rückbaugelände vornehmlich in Plattenbaubeständen ausgewiesen. Sie befinden sich überwiegend in randstädtischen Wohnsiedlungen, die zu DDR-Zeiten errichtet wurden. Bei der Frage, wie der Rückbau umgesetzt wird, lassen sich grob vier Kon-



**Abb. 3:** Vier Konzepte für den Abriss von Wohnungen in Plattenbaugebieten: **1a/b:** flächenhafter Rückbau ganzer Siedlungen/Wohnkomplexe (Zwickau Eckersbach vor und nach dem Rückbau), Quelle: *Gebäude und Grundstücksgesellschaft Zwickau mbH*; **2a/b:** flächenhafter Rückbau in Randbereichen (Magdeburg Olvenstedt), Quelle: *IRS*; **3:** Entdichtung (Suhl), Quelle: *IRS* und **4:** Teilrückbau (Greifswald Ostseeviertel Parkseite), Quelle: *Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH Greifswald*.

zepte unterscheiden: (1.) der flächenhafte Rückbau ganzer Wohnsiedlungen bzw. sog. Wohnkomplexe, d.h. großer Teilbereiche der Siedlungen, (2.) der flächenhafte Rückbau von Randbereichen großer Siedlungen, (3.) die Entdichtung von Siedlungsbereichen durch Entnahme einzelner Baukörper sowie (4) der Teilrückbau.

Eine wesentliche Herausforderung bei der Umsetzung der Konzepte ist die Mitwirkung der Eigentümer. Erfahrungen zeigen, dass sich der flächenhafte Rückbau, aber auch der hochwertige Umbau durch Teilrückbau mit einer geringen Anzahl von Akteuren einfacher realisieren lässt als mit Vielen. In Zwickau Eckersbach, wo eine Gesellschaft und eine Genossenschaft die Haupteigentümer sind, konnten die jüngsten Wohnkomplexe 5/2 und 5/3 zwischen 2002 und 2010 fast vollständig abgerissen werden. In Stendal-Süd wurde der flächenhafte Abriss ebenfalls konsequent verfolgt: Von 2.280 Wohneinheiten steht lediglich der Rückbau von ca. 600 Wohnungen aus. Sie wurden in den 1990er Jahren veräußert und befinden

sich heute im Eigentum einer Fondsgesellschaft, die sich bislang nicht auf einen Abriss einlässt.<sup>18</sup> Für die Kommune ist besonders problematisch, dass dadurch die Rückführung der technischen Infrastruktur nicht abgeschlossen werden konnte. Es entstehen erhebliche Betriebskosten für die Aufrechterhaltung der Versorgung der verbliebenen Haushalte.

#### 4.2. Exkurs: Programmbereich „Rückführung städtischer Infrastruktur“

Die Rückführung städtischer Infrastrukturen – für die 2006 ein eigener Programmbereich eingerichtet wurde – spielt in den Rückbaugebieten eine bedeutende Rolle. Viele Programmkommunen beziehen Versorgungsunternehmen früh in die Planung ein, um

<sup>18</sup> Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (s. A 15), S. 43.

sicherzustellen, dass der Verlauf der Leitungsnetze auch beim Rückbau berücksichtigt wird. In Zwickau-Eckersbach überzeugten die Versorgungsbetriebe die Wohnungsunternehmen erst nach und nach von dem flächenhaften Rückbau der Wohnkomplexe. Die aus der Sicht des Versorgungsunternehmens wirtschaftlichste Lösung fand zunächst keine Akzeptanz bei den Wohnungsunternehmen, die eine Entdichtung für die bessere Lösung hielten.

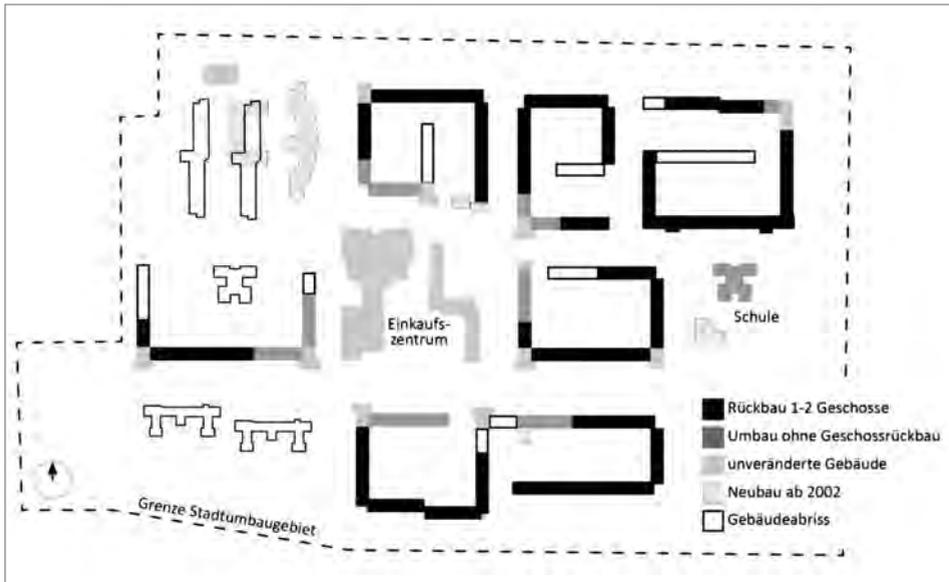
Rückführung technischer Infrastrukturen bezeichnet den Abriss bzw. die Anpassung von Straßen und Wegen, von Versorgungsleitungen und Übergabestationen nach dem Rückbau von Wohnblöcken. Auch die Verringerung von Leitungsquerschnitten fällt in diesen Programmbereich. Rückführung städtischer Infrastruktur schließt neben technischen auch Einrichtungen sozialer Infrastruktur ein. Hier geht es in den Rückbaugebieten meist um die Umnutzung oder den Abriss von absehbar nicht mehr nachgefragten Schulen und Kindertagesstätten.

Nach dem Rückbau von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur bleiben, ebenso wie nach dem von Wohngebäuden, Brachflächen zurück, die einer neuen Nutzung zugeführt werden müssen. Der Umgang mit der Nachnutzung von Brachen ist die zweite große Herausforderung sowohl beim flächenhaften Rückbau als auch bei der Entdichtung. Für Flächen, die inmitten von Siedlungsbereichen liegen, greifen die Kommunen auf Fördermittel aus dem Programmbereich „Aufwertung“ zurück, um Freiflächen anspruchsvoll zu gestalten. So kommt es zur räumlichen Verzahnung von Rückbau- und Aufwertungsmaßnahmen.

#### *4.3. Räumliche Verzahnung von Rückbau und Aufwertung*

Eine räumliche Verzahnung von Rückbau und Aufwertung findet insbesondere dort statt, wo Kommunen den umfassenden Umbau eines Plattenbauquartiers „vom Problembezirk zum zukunftsfähigen Quartier“ umsetzen. Dafür ist das Ostseevierviertel Parkseite in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) ein Beispiel.<sup>19</sup> Ungefähr 20 Prozent der 54.000 Einwohner Greifswalds sind Studierende der Ernst-Moritz-Arndt Universität. 60 Prozent des Wohnungsbestandes befinden sich in vier DDR-Wohnsiedlungen im Südosten der Stadt. Für die Kommune bedeutet dies, dass die Plattenbauten – zumindest teilweise – für die Wohnraumversorgung benötigt werden. Die Situation in den Gebieten stellte sich 2002 recht unterschiedlich dar. Gemeinsam mit den zwei großen Wohnungseigentümern (einer kommunalen Gesellschaft und einer Genossenschaft) beschloss die Stadt, das mit 22,8 Prozent am stärksten von Leerstand und sozialen Missständen betroffene Gebiet für einen umfassenden Umbau auszuwählen. Der Umstrukturierungsplan zeigt den differenzierten Umgang mit dem Bestand (vgl. Abb. 4). Wenige Gebäudeteile, wurden komplett abgerissen. Vorrang hatte die Abtreppung der Gebäudehöhen durch Teilrückbau. Verschiedene Architekturbüros bauten die einzelnen Blockensembles

19 Vgl. Beschreibung ebda., S. 47.



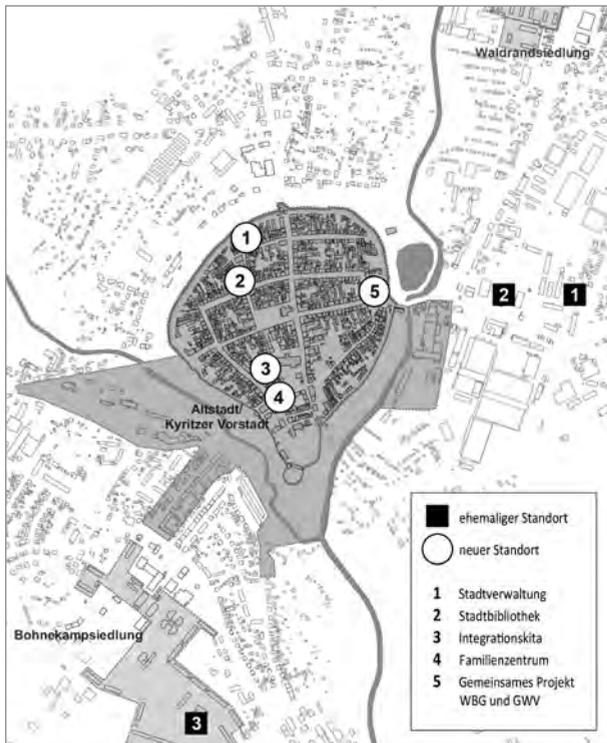
**Abb. 4:** Umstrukturierungsplan Ostseeviertel Parkseite in Greifswald;  
Zeichnung: Anja Nelle; Plangrundlage: Stadt Greifswald.

um, so dass eine abwechslungsreiche Gestaltung erreicht werden konnte.<sup>20</sup> Die Bewohner wurden insbesondere in die Umgestaltung der Freiflächen einbezogen. 800 Wohneinheiten wurden abgerissen. Die Gesellschaft und die Genossenschaft beteiligten sich daran zu fast gleichen Teilen. Es entstand ein breites Angebot unterschiedlicher Wohnungstypen und wohnungsbezogener Freiflächen. Die Wohnungseigentümer haben an ihren Beständen eine Mischung von Rückbau und Aufwertung umgesetzt. Aber auch die Kommune hat einen Beitrag zur Aufwertung der öffentlichen Räume geleistet.

#### 4.4. Der Programmbereich „Aufwertung“

Die Aufwertung von Plätzen, Straßen und Grünflächen gehört zu den klassischen Maßnahmen im Aufwertungsbereich, die von der Kommune durchgeführt werden. Dies gilt für die Wohnsiedlungen ebenso wie für die Innenstadt. Damit ist die Frage wo Aufwertung erfolgt, bereits angeschnitten: Aufwertung findet in „zukunftsfähigen“ Quartieren statt. Diese können (wie im Fall des Greifswälder Ostseeviertel Parkseite) in Plattenbausiedlungen liegen. Überwiegend erfolgen Aufwertungsmaßnahmen jedoch in Innenstadtquartieren. Die Fragen „Wer handelt?“ und „Wie wird gehandelt?“ sind im Pro-

<sup>20</sup> *Universitäts- und Hansestadt Greifswald* (Hrsg.), *Das neue Ostseeviertel. Bilanz eines Stadtteilumbaus in Greifswald*, Greifswald 2012.



**Abb. 5:** Umsiedlung der Infrastruktureinrichtungen in Wittstock/Dosse; Quelle: *Bundestransferstelle Stadtumbau Ost (IRS)*; Plangrundlage: *B.B.S.M., Potsdam*.

grammbereich „Aufwertung“ im Vergleich zum Rückbau komplex. Zu den Akteuren gehören die Kommune, die Eigentümer bzw. Investoren sowie die Zivilgesellschaft – insbesondere Vereine und Initiativen.

Saniert eine Kommune die öffentlichen Räume, so ist dies eine quartiersbezogene Handlung, die das Viertel aufwertet. Die Kommune kann aber auch selbst Immobilien erwerben, sichern, sanieren und einer (neuen) Nutzung zuführen. Als besonders elegante Lösung gilt die Verknüpfung der Instandsetzung einer Immobilie mit der Ansiedlung einer Einrichtung, die das Quartier bereichert. Der Kleinstadt Wittstock/Dosse ist es beispielsweise gelungen, durch die Verlegung ihrer Stadtverwaltung, der Stadtbibliothek und einer Integrationskita nicht nur drei schwierige Altbauimmobilien in der historischen Kernstadt zu sanieren, sondern die Innenstadt durch diese Einrichtungen zu stärken und ihre Attraktivität als Wohnstandort zu heben.

In einigen Plattenbaugebieten haben die Kommunen im Rahmen der Nachnutzung von Abrissflächen der sozialen Infrastruktur partizipative Verfahren für Freiflächnennutzungen angestoßen und Bündnisse mit Eigentümern oder Initiativen geschlossen. In Berlin-Marzahn engagieren sich Studierende des Fachs Ernährungswissenschaften an der Technischen Universität Berlin für urbane Landwirtschaft. Sie legten ein großes Beet mit



**Abb. 6:**

»Spielfeld Marzahn«: Urban Gardening auf der Rückbaufläche einer Schule in Berlin-Marzahn; Quelle: *Bundestransferstelle Stadtumbau Ost (IRS)*.

Nutzpflanzen auf dem Grundriss einer ehemaligen Schule an. Durch Kooperationen mit benachbarten Bildungseinrichtungen erfahren Kinder aus der Siedlung wie Kartoffeln wachsen und Erdbeeren geerntet werden. Aber auch Anwohner unterhalten eigene Beete und nutzen das „Spielfeld Marzahn“ als Nachbarschaftstreffpunkt.<sup>21</sup>

Ebenso setzt in innerstädtischen Gebieten eine (Zwischen)Nutzung von Brachen als Gärten, Spielplätze oder Fahrradwerkstätten wichtige Impulse für die Quartiersaufwertung. Die Kommune kann Initiativen und Vereine bei der Suche nach geeigneten Freiräumen unterstützen, zwischen Eigentümern und Interessenten vermitteln und bei rechtlichen und administrativen Fragen Hilfe leisten. Die gleichen Instrumente können auch immobilienbezogen zur Anwendung kommen. Hier geht es dann um die Zwischennutzung von leer stehenden Gebäuden – z.B. als Wächterhäuser, wie sie zuerst durch den Verein „HausHalten e.V.“<sup>22</sup> in Leipzig angestoßen wurde. Dass sich immer mehr solcher Vereine in Stadtumbaukommunen gründen, ist u.a. der Unterstützung durch die Kommunalverwaltungen zu verdanken. Auch der Zusammenschluss von Eigentümern benachbarter Immobilien zu Standortgemeinschaften kann von den Kommunen durch Netzwerkarbeit und Beratung unterstützt werden. Solche Zusammenschlüsse haben in einigen Kommunen mitgeholfen, Sanierungsarbeiten in Gang zu bringen.<sup>23</sup>

21 Vgl. Praxisbeispiel auf: [www.staedtebaufoerderung.info/cln\\_031/nn\\_941112/StBauF/DE/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Marzahn/Marzahn\\_\\_node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.staedtebaufoerderung.info/cln_031/nn_941112/StBauF/DE/StadtumbauOst/Praxis/Massnahmen/Marzahn/Marzahn__node.html?__nnn=true) [23.02.2013].

22 Vgl. [www.haushalten.org/](http://www.haushalten.org/) [23.02.2013].

23 Der Bund förderte den Zusammenschluss von Eigentümerstandortgemeinschaften im Stadtumbau zwischen 2009 und 2011 im Rahmen eines ExWoSt-Forschungsfeldes; vgl. *BMVBS* (Hrsg.), *Gemeinsam für das Quartier – Eigentümerstandortgemeinschaften. Ergebnisse des ExWoSt-Forschungsfeldes „Eigentümerstandortgemeinschaften im Stadtumbau“*, Berlin 2012.

#### 4.5. Der Programmbereich „Sanierung, Sicherung und Erwerb von Altbauten“

Beratung und Netzwerkarbeit gelten heute in Kombination mit der Ausgabe von Sicherungsmitteln als die Schlüsselinstrumente, um Sanierungen in innerstädtischen Stadtumbaugebieten zu initiieren. Die Fördermittel aus dem Programmbereich „Sanierung, Sicherung und Erwerb von Altbauten“ können an Eigentümer von sanierungsbedürftigen Immobilien vergeben werden. Die Ausgabe von Mitteln verknüpfen die Kommunen mit einer Beratung und verpflichten die Eigentümer, die betreffende Immobilie zu sanieren – meist innerhalb von fünf Jahren.

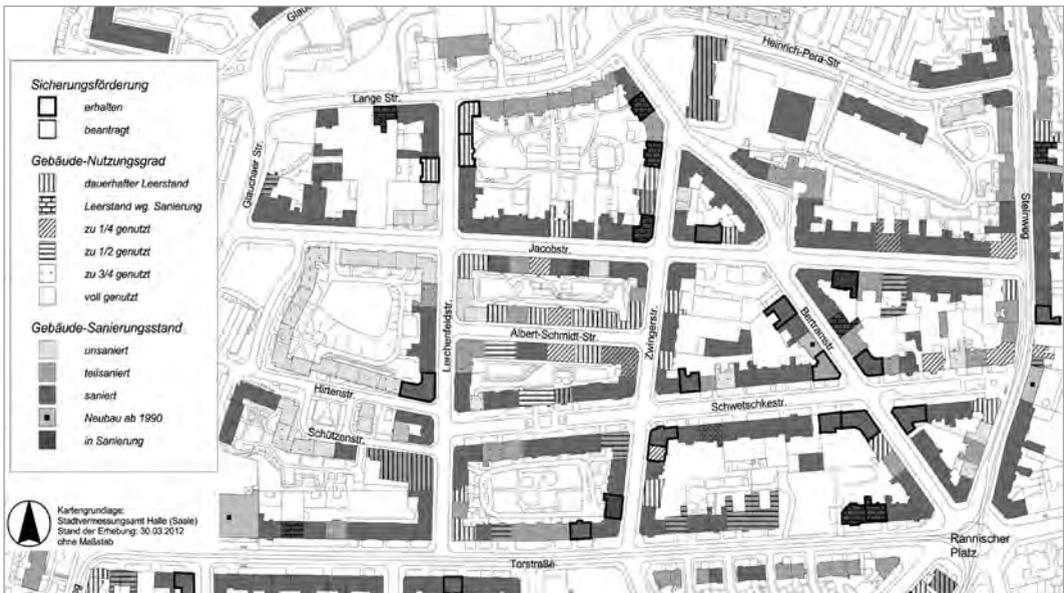
Die Stadt Halle (Saale) hat im Stadtteil Glaucha zwischen 2007 und 2011 beispielhaft veranschaulicht, wie der Einsatz von Sicherungsmitteln zur Trendwende eines Quartiers beitragen kann. Glaucha ist ein ehemaliges Arbeiterviertel, das südlich an die Altstadt angrenzt und durch gründerzeitliche Bebauung geprägt ist. Ab Mitte der 1970er Jahre wurden Teilbereiche durch Abriss und Neubau überformt. Darüber hinaus erfolgten Sanierungen von Altbauten in den 1980er Jahren im Rahmen der „intensiven Reproduktion (Modernisierung, Rekonstruktion, Instandsetzung) der vorhandenen Bausubstanz“.<sup>24</sup> Trotz oder vielleicht auch wegen dieser Sanierungsanstrengungen der 1980er Jahre konnte das Quartier Glaucha weder vom Sanierungsboom und den Reurbanisierungs-Zuzüglern der 1990er Jahre profitieren, noch von der Städtebauförderung, deren Mittel in andere Fördergebiete Halles flossen.

Im Jahr 2007 stellte die Stadt einen erheblichen Handlungsbedarf in Glaucha fest: 50 Prozent der Gebäude waren unsaniert, 25 Prozent der Wohnungen standen leer, und jedes fünfte Gebäude war von Verfall bedroht. Die Mittelschicht hatte das Quartier verlassen, dessen Image inzwischen als das schlechteste der ganzen Stadt galt, schlechter noch als das der Großwohnsiedlungen.<sup>25</sup> Im Rahmen der Planungen für die „Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen Anhalt 2010“ beschloss die Stadt Halle Förderungen in Glaucha gebündelt einzusetzen, um eine Trendwende herbeizuführen. Die Kommune setzte einen externen Berater als „Eigentümmoderator“ ein, der Kontakt zu den Eigentümern sanierungsbedürftiger Immobilien aufnahm. Er unterbreitete ihnen individuelle Vorschläge für die Veräußerung oder die schrittweise Sanierung ihrer Altbauten. Darüber hinaus unterstützte er sie bei der Beantragung von Sicherungsmitteln und förderte den Austausch der Eigentümer untereinander. Bis Ende 2012 lenkte die Stadt ca. zweieinhalb Millionen Euro Sicherungsmittel für den Erhalt von 40 Gebäuden nach Glaucha.<sup>26</sup> Eine Evaluierung der Maßnahmen aus dem Jahr

24 *Rat der Stadt Halle* (Hrsg.), Halle. Eine Stadt mit Vergangenheit und Zukunft. Halle 1984, S. 36.

25 *Stadt Halle* (Hrsg.), Trendwende Glaucha!, in: Stadtumbau 2010. Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 in Halle an der Saale. Balanceakt Doppelstadt – Kommunikation und Prozess. Bilanz! Halle 2010, S. 35.

26 *Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung (isw gGmbH)*, Evaluierung der Effekte der Eigentümermoderation im Quartier Glaucha, Halle 2012, S. 13.



**Abb. 7:** Sanierungsstand und Gebäudenutzungsgrad im Zentrum von Glaucha; Quelle: *Stadt Halle*, isw-Studie zur Evaluierung der Effekte der Eigentümermoderation im Quartier; s/w-Bearbeitung: A. Nelle.

2012 ergab, dass Sicherungsmittel ca. 13 Prozent der Investitionen ausmachen,<sup>27</sup> d.h. in Glaucha wurden insgesamt über 25 Millionen Euro in die Instandsetzung von Altbauten investiert.

Ein weiteres Schlüsselinstrument der Tätigkeit des Eigentümermoderators war die Vernetzung der Akteure (Bewohner, Initiativen, Eigentümer) und die Initiierung von Nutzungen bzw. Zwischennutzungen. Ein Erfolg dieser Netzwerkarbeit war die Ansiedlung des studentischen Vereins „Postkult e.V.“ Er engagierte sich in der Jugendarbeit und der Ausrichtung von Festen und Veranstaltungen im Quartier und etablierte Zwischennutzungen, u.a. einen Quartiersgarten. 2012 erwarb der Verein ein Grundstück mit einem ruinösen Gewerbegebäude, das nun sukzessive nutzbar gemacht wird. Es beherbergt inzwischen eine Fahrradwerkstatt und bildet einen Treffpunkt im Quartier. Glaucha hat sein Image verändern können und gilt heute als „angesagtes“ Viertel. Seit dem „Glaucha-Effekt“, d.h. der erfolgreichen Trendwende, gilt die Verzahnung von immobilien- und quartiersbezogenen Ansätzen für den Stadtumbau in Innenstadtquartieren als besonders erfolgversprechend.

<sup>27</sup> Ebda., S. 43

## 5. PERSPEKTIVEN UND HERAUSFORDERUNGEN

In den vergangenen zwei Jahren hat der Wohnungsrückbau im Stadtumbau Ost kontinuierlich an Bedeutung verloren. Die ostdeutsche Bevölkerung wird jedoch auch zukünftig schrumpfen. Der Wohnungsleerstand wird daher durch rückläufige Nachfrage in den neuen Ländern ohne Rückbau um ca. 30.000 Wohneinheiten pro Jahr ansteigen.<sup>28</sup> Für die Zukunft ergibt sich die Frage, ob, wo und durch wen Wohnungen abgerissen werden. Die Wohnungsunternehmen argumentieren, dass – nachdem sie bislang mit dem Rückbau ihrer Plattenbaubestände für die Stabilisierung des Wohnungsmarktes gesorgt hätten – nun andere Eigentümer ihren Beitrag leisten müssten. Darüber hinaus ist das für die Unternehmen interessante Anreizinstrument des Erlasses von Altschulden nach §6A des Altschuldenhilfegesetzes inzwischen ausgelaufen. Es geht also auch um mögliche neue Anreizinstrumente. Stadtumbauexperten sind sich einig, dass sich künftig mehr Marktteilnehmer (alle Formen der Wohnungswirtschaft und Zwischenerwerber) am Rückbau beteiligen sollten.<sup>29</sup>

Mit welchen Anreizen soll also künftig den steigenden Wohnungsleerständen begegnet werden? Welche können und wollen Bund und Länder sich – im gesamtgesellschaftlichen Interesse – leisten?

Eine der zukünftigen Herausforderungen für den Stadtumbau liegt darin, dass Leerstand und Sanierungsbedarf heute sehr viel disperser über die Stadtquartiere verteilt sind als zu Programmbeginn. Dadurch wird es zunehmend schwieriger, einen lokalen Konsens über Umbauprioritäten zu erreichen. Kommunen müssen Antworten finden auf die Frage, welche Quartiere „zukunftsfähig“ sind und wie Sanierungen in diesen Quartieren finanziert werden sollen, wenn die Haushalte keine Mieterhöhungen tragen können. Sie müssen auch vermitteln zwischen unterschiedlichen Auffassungen darüber, ob unsanierte Bestände oder Plattenbauwohnungen mit idealem „Hartz-IV-Zuschnitt“ erhalten werden sollten, um ein Angebot für einkommensschwache Haushalte bereitzuhalten.

In einigen Wohnsiedlungen ist zu beobachten, dass Eigentümer einzelner Baublöcke die Umsetzung von Rückbauplanungen blockieren. Den Kommunen entstehen dadurch hohe Kosten für die Aufrechterhaltung des Betriebs von Versorgungsnetzen. Die Wohnungen in den sanierungsbedürftigen Gebäuden werden zu sehr niedrigen Mietpreisen auf dem Markt angeboten, so dass sich dort einkommensschwache Haushalte sammeln. Dadurch konzentrieren sich soziale Probleme in diesen Gebäuden und Nachbarschaften.

28 A. Scharmanski/M. Waltersbacher/J. Nielsen, Wohnungsmarktprognose 2025, in: *Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* (Hrsg.), *Analysen Bau.Stadt.Raum*, Band 4, Bonn 2011, S. 61.

29 Vgl. *Bundestransferstelle Stadtumbau Ost*, Anreizinstrumente für Rückbau und Aufwertung von Beständen und Quartieren. Ergebnispapier der Expertengespräche zum Stadtumbau Ost am 21. und 28.03.2012; [www.stadtumbau-ost.info/aktuelles/120418\\_Ergebnispapier\\_Experten-SUO.pdf](http://www.stadtumbau-ost.info/aktuelles/120418_Ergebnispapier_Experten-SUO.pdf) [24.03.2013].

Für die Kommunen stellt es eine schwierige Herausforderung dar, die Eigentümer für eine Mitwirkung am Stadtumbau zu gewinnen, weil es sich häufig um Fondsgesellschaften handelt, die allein ökonomisch geleitet agieren. In diesem Kontext ist zu fragen, welche Instrumente Kommunen brauchen, um handlungsfähig zu werden? Damit werden gesamtgesellschaftliche Fragenkomplexe berührt, beispielsweise wie „heilig“ uns Eigentum ist und wie „gerecht“ einheitliche Tarife für Betriebskosten sind.

Einfache Gründerzeitgebiete und innerstädtische Nebenlagen weisen vielerorts noch hohen Leerstand und Sanierungsbedarf auf, wobei es als besonders schwierig gilt, Investitionen für Eckgebäude und große Einzelimmobilien zu mobilisieren. Im Umgang mit diesen Sanierungsherausforderungen können die Kommunen den stetig wachsenden Erfahrungsschatz in den Bereichen Moderation, Beratung und Förderansätze nutzen. Sie können sich dafür engagieren, dass Wohnungsunternehmen Investitionen in Altbauten tätigen und durch Zwischennutzer und Sicherungsmaßnahmen ein Verfall aufgehalten wird. Gleichwohl stellen sich mancherorts die Fragen: Wieviel des sanierungsbedürftigen, leerstehenden Altbaubestands lässt sich halten? Wie lassen sich auf Plattenbausiedlungen fixierte Wohnungsunternehmen für Investitionen in der Innenstadt gewinnen? Welche Anreize sind perspektivisch sinnvoll und tragbar, um Investitionen anzustoßen?

Die Erfahrungen im Stadtumbau haben gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Initiativen wichtige Impulsgeber für eine Quartiersaufwertung sind. Daher muss es auch in Zukunft darum gehen, nicht-investive Maßnahmen wie Netzwerkarbeit und Beratung zu fördern. Die Grenzen der Übertragbarkeit innovativer Ansätze zeigen sich allerdings in jenen Städten, in denen keine „jungen Kreativen“ leben. Hier bleibt es eine Herausforderung – gerade für eine stetig alternde Gesellschaft – auch in anderen Bevölkerungsteilen Innovationspotential und Engagement zu stimulieren.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der in den vergangenen zehn Jahren gesammelte Erfahrungsschatz für einige Herausforderungen im Stadtumbau gute Lösungsansätze bietet. Gleichwohl zeichnen sich auch Problemkonstellationen ab, für die neue Antworten gefunden werden müssen. So wird der Stadtumbau Ost ein kontinuierlicher Beobachtungs-, Anpassungs- und Lernprozess bleiben.

## »SAVE ALEX«: WER RETTET DAS KOSMOPOLITISCHE ERBE VON ALEXANDRIA?

### 1. EINFÜHRUNG

Wer die Stadt Alexandria noch nicht besucht hat, wird sie mit großer Wahrscheinlichkeit mit ihrem Namensgeber Alexander des Großen und dessen Zeit verbinden. Mit ihren baulichen Superlativen – dem Leuchtturm von Pharos und der Bibliothek bzw. dem Museion – setzte die für drei Jahrhunderte größte Metropole der antiken Welt nicht nur sichtbare Zeichen für ihren Weltrang in Handel und Wissenschaft, sondern lebt noch heute in den Worten „Museum“ und in den romanischen Sprachen im Wort für Leuchtturm (phare, faro) weiter. Während das antike Erbe Alexandrias durch den Neubau der Bücherei seinen Platz in der Stadt wiedergefunden hat, droht momentan der Verlust eines weiteren Erbes, auf das die Menschen in der zweitgrößten Stadt Ägyptens stolz sind: das gebaute Erbe der Belle Époque, welches die kosmopolitische Gesellschaft des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts repräsentiert. Inzwischen wehren sich Bürger gegen die Abrisse, und mit „Save Alex“ gibt es eine Initiative, die erste Erfolge zu verzeichnen hat. Wird es ihr gelingen, den Verlust aufzuhalten? Oder wird Alexandria die letzten sichtbaren Zeichen einstiger kultureller Vielfalt verlieren?

### 2. HISTORISCHER RÜCKBLICK

Seinen Rang als Metropole des östlichen Mittelmeers behielt Alexandria bis ins frühe Mittelalter. Insbesondere für die Philosophie und mehrere Religionen war es ein namhaftes Zentrum. In Folge von Naturkatastrophen, Plünderungen (durch Araber, Goten, Normannen und Kreuzfahrer), Aufständen sowie politischen Entscheidungen hatte die Stadt jedoch nach und nach an Bedeutung verloren und war spätestens gegen Ende des 14. Jahrhunderts zu einer untergeordneten Provinzstadt geschrumpft.<sup>1</sup>

Erst durch den Bau des Mahmudiyya-Kanals und der Gründung einer Werft zu Beginn des 19. Jahrhunderts gewann die Stadt wieder an überregionaler Bedeutung, welche durch die Bahnanbindung an Kairo (1854) und die Eröffnung des Suez-Kanals (1869)

1 R. Ilbert, A certain sense of citizenship; in: R. Ilbert / I. Yannakakis (Hrsg.), Alexandria 1860-1960. The brief life of a cosmopolitan community, Alexandria 1997, S. 18 ff.



**Abb. 1:** Hafen von Alexandria 1864; Zeichnung von Max Eyth, aus: B. Knolmayer, Max Eyth. Ein Leben in Skizzen, Köln 2013, S. 146.



**Abb. 2:** Alexandria, Mohamed Aly Square um 1920 auf historischer Postkarte; Quelle: *privat*.

weiter gefestigt wurde und den Wiederaufstieg zur Weltstadt einleitete.<sup>2</sup> Nunmehr Großstadt geworden wuchs Alexandria rasant, galt innerhalb von hundert Jahren erneut als „die Königin des Mittelmeers“ und unterstrich das neue Selbstbewusstsein kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit der Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen Spiele.<sup>3</sup>

### 2.1. Alexandria als kosmopolitische Stadt

Heute gelten die 1920er Jahre als das neue goldene Zeitalter der Stadt, welches spätestens mit der Suez-Krise 1956 wieder sein Ende fand. Gleichzeitig bildet diese etwa 100 Jahre andauernde Episode den Kern des lokalen Selbstverständnisses bis heute. Immer wieder ist von der „Hauptstadt der Erinnerungen“ und der „kosmopolitischen Stadt“ die Rede, häufig formuliert mit unverkennbarer Nostalgie und Melancholie.

Diese Vorstellungen eines kosmopolitischen Alexandrias speisen sich nicht nur aus der noblen Bausubstanz, die an süditalienische Städte erinnert, sondern auch aus einer ganzen Reihe von literarischen Werken, welche in jenem Zeitraum in Alexandria geschaffen wurden – von Schriftstellern wie Lawrence Durrell, Konstantin Kavafis, E.M. Forster oder Filippo Marinetti.<sup>4</sup> Und auch in einer Vielzahl mehr oder weniger wissenschaftlichen Publikationen,<sup>5</sup> die sich jener Epoche widmen, wird das Bild einer weltläufigen Hafenstadt mit schillernden Persönlichkeiten gezeichnet, einem vornehmen gesellschaftli-

2 Vgl. M.J. Reimer, Colonial bridgehead: Social and spatial change in Alexandria 1850-1882, in: Middle East Studies 20 (1988), S. 531 ff.

3 R. Ilbert (s. A 1), S. 18 ff.

4 Vgl. auch J. Rodenbeck, Alexandria in Cavafy, Durrell, and Tsirkas, in: Journal of Comparative Poetics 21 (2001), S. 141 ff.

5 Z.B. M. Haag, Alexandria. City of memory, Cairo 2004; als Übersicht: K. Fahmy, The essence of Alexandria, in: Manifesta Journal 14 (2012), S. 64 ff.

chen Leben und wirtschaftlicher Prosperität. Alexandria trat damals in Konkurrenz zu Kairo und konnte sich in der Tat in vielen Aspekten mit der Hauptstadt messen. Große Gruppen von Griechen, Italienern, Juden, Armeniern, „Levantinern“, Briten und Franzosen lebten in der Stadt – und natürlich nicht zuletzt Ägypter. Diese bunte Einwohnerschaft organisierte sich nach der spätosmanischen Reform des Millet-Prinzips, welche den verschiedenen Religionsgruppen gewisse Rechte einräumte, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, so dass diese nur in wenigen Fällen der lokalen Verwaltung und Gerichtsbarkeit unterlagen.

## 2.2. Alexandrias allmählicher Niedergang

Die Erzählung von der kosmopolitischen Weltstadt muss aber auch zumindest ergänzt, wenn nicht teilweise revidiert werden, wenn man dem prägnanten Aufsatz von James Moore aus dem Jahre 2012 folgen möchte,<sup>6</sup> demzufolge das Narrativ von der Kosmopolis teilweise eine nostalgisch-retrospektive Projektion sei. Erstens, so Moores Kritik, liegen den allermeisten Schilderungen Dualitätsvorstellungen zugrunde, die eine chaotische Stadt der „Eingeborenen“ einer „zivilisierten“ und reichen europäischen Stadt gegenüberstellen, zweitens erschöpfen sich die Darstellungen überwiegend in der Konzentration auf reiche Europäer, und drittens kann nicht allein der nationalistischen Gesetzgebung Nassers<sup>7</sup> und der Suezkrise der Schwund der „alexandrinischen Kosmopoliten“ zugeschrieben werden, da bereits zwischen 1917 und 1937 – also ausgerechnet im häufig beschworenen „Goldenen Zeitalter“ – der Ausländeranteil der Stadt von 19 Prozent auf 7 Prozent absank.<sup>8</sup> Die Wiederbelebung der Erzählung vom kosmopolitischen Alexandria wird mitunter auch als Anstrengung einer symbolischen West-Anbindung unter der Regierung Mubaraks gedeutet.<sup>9</sup>

Heute ist die einstige Vielfalt der Einwohnerschaft Alexandrias augenscheinlich verschwunden. Im Straßenbild der Altstadt zeugen von jener Zeit nur noch die mehrsprachig ausgeschilderten Ladengeschäfte oder die zahlreichen religiösen und profanen Bauwerke der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Die meisten Gebäude wurden inzwischen umgenutzt, andere wurden geschlossen oder werden lediglich noch von wenigen Personen frequentiert. Gleichzeitig aber – kommt man mit Einwohnern ins Gespräch – will vielen die kosmopolitische Vergangenheit noch recht lebendig erscheinen, wenngleich sie

6 J. Moore, *Between Cosmopolitanism and Nationalism: The strange death of liberal Alexandria*, in: *Journal of Urban History* 38/5 (2012), S. 879 ff.

7 Gamal Abdel Nasser (1918-1970) war als ägyptischer Oberst 1952-1954 Ministerpräsident von Ägypten, 1954-1970 Staatspräsident und in der Zeit der Vereinigung Ägyptens mit Syrien Präsident der Vereinigten Arabischen Republik.

8 Vgl. J. Moore (s. A 6); K. Fahmy, *The essence of Alexandria (Part two)*, in: *Manifesta Journal* 16 (2013), S. 22 ff.

9 V. Della Dora, *The rhetoric of nostalgia: Postcolonial Alexandria between uncanny memories and global geographies*, in: *Cultural Geographies* 13 (2006), S. 207 ff.

häufig vor deren Geburt stattgefunden hat. Sei es, dass es in der eigenen Familie einen gemischten Stammbaum gibt, Erinnerungen an einen italienischen Händler in der Nachbarschaft, an eine beliebte griechische Bar, an eine englische Lehrerin. Zweifelsohne aber sind die Europäer in Alexandria, die sich stolz weder als Europäer noch als Ägypter, sondern als Alexandriner bezeichnen, eine aussterbende Generation.<sup>10</sup> Ein betagter Grieche brachte es wie folgt auf den Punkt: „Wir kamen damals, weil man hier Geschäfte machen konnte, es war das gelobte Land. Man suchte hier sein Glück, wollte etwas aus seinem Leben machen. Als es keine Geschäfte mehr gab, sind die meisten dem Geld gefolgt, nur wenige sind geblieben. Und wer kann es der jüngeren Generation verübeln, wenn sie wie unsere Väter etwas aus ihrem Leben machen wollen und die Stadt verlassen haben? Für uns gibt es einen Grund zu bleiben, aber es gibt keinen mehr, um zu kommen.“<sup>11</sup>

Gleichwohl ist Alexandria neben dieser sich selbst als verschwindend begreifenden Generation keineswegs so homogen, wie es in den häufig polarisierenden Gegenüberstellungen von „damals“ und „heute“ dargestellt wird. Vielmehr wirkt eine erzwungene Homogenität nach oder ist immer noch (auch legal) wirksam, welche die vorhandene Diversität unsichtbar macht.<sup>12</sup> Ebenso hat sich die rechtliche Situation massiv verändert. Während das spätosmanische System die Repräsentation, Autonomie und Selbstorganisation von Minderheiten faktisch beförderte, erschwerten und unterbanden die verschiedenen ägyptischen Regime seit der Mitte des 20. Jahrhunderts kulturelle und vor allem politische (Selbst-)Organisationen.<sup>13</sup> So muss beispielsweise bei der Registrierung zwingend angegeben werden, ob man Muslim, Christ oder Jude sei. Andere Religionen bzw. deren verschiedene Glaubensrichtungen werden damit ebenso ausgeblendet wie Atheisten. Neben der größten Minderheit, den koptischen Christen, deren Probleme mitunter auch internationale Aufmerksamkeit erfahren,<sup>14</sup> gibt es eine weitgehend verborgene Vielfalt. Bahai müssen mit Diskriminierungen und Anfeindungen in allen Lebensbereichen rechnen, wenn ihr Glaube bekannt wird. Atheisten sehen sich Gewalt- und Morddrohungen ausgesetzt. Schiiten existieren im offiziellen Diskurs überhaupt nicht, werden ansonsten diskriminiert oder lächerlich gemacht und sind selbst für aufgeschlossene und moderne Ägypter schlichtweg kein Thema. Personen jüdischen Glaubens machen von der Registrierung als Jude aus nachvollziehbaren Gründen oftmals gar keinen Gebrauch und fehlen dadurch in der Statistik. Ähnliches gilt für die ehemaligen Europäer. Viele nah-

10 Vgl. *M. Awad/S. Hamouda* (Hrsg.), *Voices from Cosmopolitan Alexandria*, Alexandria 2012.

11 Aussage eines griechischen Teilnehmers bei einer halböffentlichen Diskussionsrunde von Minderheitenvertretern am 15.03.2013 an der Universität Alexandria.

12 Vgl. *A. Bayat*, *Marginality: curse or cure?*, in: *R. Bush/H. Ayeb* (Hrsg.), *Marginality and exclusion in Egypt*, Cairo 2012.

13 Vgl. *I. Yannakakis*, *The death of cosmopolitanism*, in: *R. Ilbert/I. Yannakakis* (s. A 1), S. 190 ff; *M. Awad/S. Hamouda* (s. A 10), S. 226 ff; *O. El-Abed*, *The Palestinians in Egypt: Identity, basic rights and host state policies*, in: *Refugee Survey Quarterly* 28/2 & 3 (2010), S. 531 ff.

14 Vgl. *F. El-Issawi*, *The Arab Spring and the challenge of minority rights: Will the Arab revolutions overcome the legacy of the past?*, in: *The European View* 10 (2011), S. 249 ff.

men, sofern sie blieben, die ägyptische Staatsbürgerschaft an, und fast alle sprechen mindestens in der zweiten Generation arabisch. Nichtsdestotrotz pflegen sie bisweilen noch althergebrachte Bräuche und Eigenheiten – was sich allerdings nur selten und recht zurückhaltend öffentlich äußern kann.

Schließlich ist auch noch die Bevölkerungsgruppe der aus Oberägypten stammenden Nubier zu nennen, welche als Folge des Staudammbaus in Alexandria ansässig wurde, wo sie ihre gemeinschaftliche kulturelle Identität sehr bewusst weiterpflegte. Sie konzentrieren sich interessanterweise auch im Stadtteil Kom Al Dikka, der bereits vor der Ansiedlung der Nubier überwiegend von armen „Nicht-Ägyptern“ bewohnt wurde. Dieses trotz des Baubooms und vielstöckiger Gebäude immer noch dörflich anmutende Gebiet ist gegenwärtig eines der wenigen Quartiere Alexandrias, wo kulturelle Differenz noch lebendig ist. Selbst eine – für offizielle Stellen offenbar bedeutungslose – rudimentäre Selbstorganisation ist hier noch zu beobachten. Allerdings sind auch negative Begleiterscheinungen anzutreffen wie etwa Abgrenzungstendenzen gegenüber dem Zuzug von Nicht-Nubiern oder ein ganz selbstverständliches Zelebrieren vermeintlicher kultureller Überlegenheit.<sup>15</sup>

### 3. BAUBOOM IN ALEXANDRIA SEIT DER ARABISCHEN REVOLUTION

Der Wandel Ägyptens seit der Arabischen Revolution vollzieht sich nirgendwo so sichtbar wie in Alexandria. Das Straßenbild der Mittelmeer-Metropole verändert sich dabei so rasant schnell, dass das Stadtbild eine umfassende Veränderung erfährt. Während bis in die 1990er Jahre Gebäude nur bis zu einer Höhe von acht Stockwerken gebaut werden durften, sehen die Pläne für die Zukunft Alexandrias Gebäude vor, die weit darüber hinausschießen. So transformiert sich die Innenstadt immer mehr zu einer Aneinanderreihung von Hochhäusern mit bis zu 22 Stockwerken. Dieser Umbau, der sich vor allem auf die historische Innenstadt konzentriert, wird seit zwei Jahren so konsequent wie rücksichtslos betrieben. Die neuen Hochhäuser sollen die alten historischen Gebäude schlichtweg ersetzen. Umfang und Geschwindigkeit mit der die alten Bauten für die Pläne der Projektentwickler abgerissen werden und den Charakter der Stadt verändern, sind dabei atemberaubend.

Die Abbrüche werden zumeist nachts vollzogen, wenn im Schutze der Dunkelheit die Bulldozer anrollen. Innerhalb nur weniger Stunden wird dann ein Stück Stadtgedächtnis in Staub und Bauschutt verwandelt, welches für das neue Ägypten als wichtige Quelle hätte dienen können, um in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte demokratische Identität zu entwickeln. Doch das freie Spiel der Kräfte in der neuen Gesellschaft Ägyptens bedeutet derzeit, dass die zumeist älteren Eigentümer der renovierungsbedürf-

15 Vgl. Y. Mahgoub, *The Nubian Experience: A study of the social and cultural meanings of architecture*, Diss. University of Michigan, 1990.

tigen Villen und Häuser dem Druck der vermögenden Investoren oder Projektentwickler nicht gewachsen sind. Zudem leben die Eigentümer oft in prekären Lebensumständen, so dass ein Verkauf auch als Chance begriffen wird, den eigenen Kindern lieber ein finanzielles Erbe zu hinterlassen als ein schadhaftes Wohnhaus – selbst wenn der ausgezahlte Betrag verglichen mit den Erlösen der Investoren verhältnismäßig gering ist.

Gegenwärtig erzielen neue Hochhaus-Apartments den hohen Preis von ca. 50.000 Euro. Und da nicht absehbar ist, wie lange ein solcher Preis erreicht werden kann, ist aus Sicht der Investoren höchste Eile geboten. Für lange Diskussionen über den immateriellen Wert eines Gebäudes scheint es daher keine Zeit zu geben. Die meisten der Häuser, die abgerissen werden, stehen zwar auf der Liste der denkmalgeschützten Objekte. Doch die Schutzbestimmungen sind schwach und das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt stehen. Dies umso mehr, da ein mächtiges Netzwerk aus finanzstarken Immobilien-Entwicklern, korrupten Polizei-Angehörigen, unfähigen Regionalplanern und schwachen Denkmalschutz-Beamten sich einfach nicht um irgendwelche gesetzlichen Vorgaben kümmert. Indes sind die Ursachen für das Verschwinden der Altstadt von Alexandria noch vielfältiger und komplexer.

### 3.1. *Das Verschwinden der Altstadt und die Entstehung der Initiative „Save Alex“*

Unter den vorherrschenden schwierigen sozialen Lebensumständen für die Mehrheit der Menschen in Ägypten können Themen wie Architektur, Stadtbild und kulturelles Erbe leider nur eine untergeordnete Bedeutung haben. Die Zivilgesellschaft ist zudem mit den großen politischen Themen beschäftigt, demgegenüber das Retten einzelner Denkmäler nur einen sehr begrenzten symbolischen Wert zu haben scheint. Die Initiative „Save Alex“ kennzeichnet hingegen, dass sie den Übergang zur Demokratie auch mit der Frage nach der lokalen Identität verknüpft. Mit ihren Aktionen gegen die Zerstörung des ehemaligen deutschen Konsulats im Stadtteil Kafr Abdou, das ebenfalls auf der Liste der schützenswerten Denkmäler steht, ist es ihnen gelungen, einerseits einen Achtungserfolg zu erzielen, zum anderen auch in der Stadt mehr Menschen auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Es mischen sich dabei unterschiedliche Motive und Themen, die eine relativ heterogene Gruppe von Menschen zu Aktionen für den Erhalt des Gebäudes motivierten.

Die Innenstadt von Alexandria wurde bis heute von der öffentlichen Planung im Grunde vernachlässigt. Wer heute durch die einst schmucken Straßen läuft, wird die fehlenden Investitionen schmerzhaft vermissen, die für eine halbwegs akzeptable Bewahrung des historischen Erbes in den Jahrzehnten nach der Nasser-Ära notwendig gewesen wären. Die Eigentümer sind im Laufe der Zeit verarmt, und der innerstädtische Stadtraum bietet heute für viele Arme einen Ort für die kleinen Geschäfte und Dienstleistungen an, die ohne viel Kapital und Kompetenz angepriesen werden können. Die Mittelschicht sollte mit Siedlungsplänen bedient werden, die Wohngebiete angrenzend an die Wüste bei Borg El-Arab vorsahen. Stattdessen sind dort aber in erster Linie größere Slums

entstanden. Die ehrgeizigen Pläne für attraktive Wohngelegenheiten außerhalb der Stadt wurden nicht umgesetzt, ebenso wenig fand eine Aufwertung der Slums statt. Für viele bessergestellte Bewohner der Stadt ist daher die Innenstadt wieder attraktiv geworden. Hier braucht man nicht mehr auf die staatlich dirigierte Planer zu warten, der Traum von der modernen Wohnung kann sofort mit Geld verwirklicht werden. Den Protest gegen den Abriss verstehen deshalb viele Beobachter und Akteure nicht nur als ein idealistisches Vorhaben, das sich aus dem Geiste des Denkmalschutzes speist, sondern es schwingt auch der Ärger über die omnipräsente Korruption und die autistische Stadtplanung mit, die sich nach wie vor nicht um die Interessen der ärmeren Stadtbewohner kümmert und Pläne ohne jegliche Sinnhaftigkeit produziert. Staatsversagen und unzureichende Stadtplanungen sind für die Aktivisten der wichtigste Grund, warum es überhaupt zu den Abrissorgien kommt.

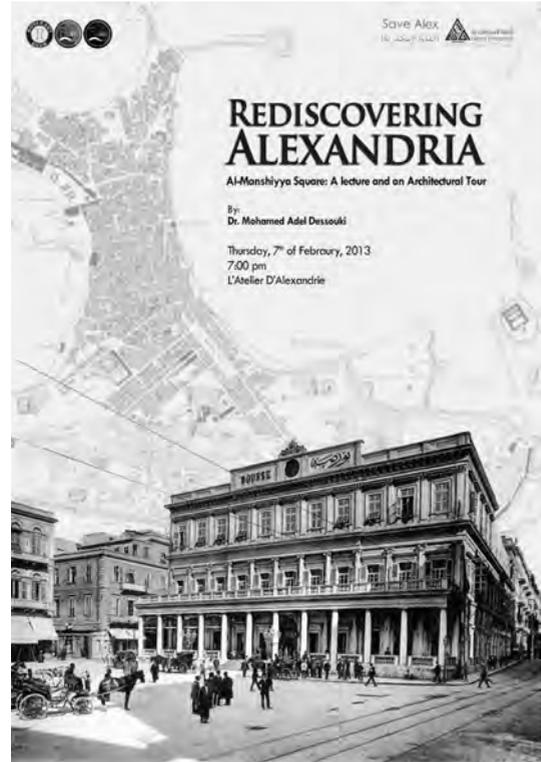


Abb. 3: Plakat der »Save Alex«-Initiative;  
Quelle: »Save Alex« / Mohamed A. Dessouki.

### 3.2. Wichtige Erfolge der Initiative „Save Alex“

Den größten und Aufsehen erregendsten Erfolg hatten die „Save Alex“-Engagierten bisher mit ihren Protestaktionen gegen die Zerstörung der Villa Cicurel (vgl. Abb. 1). Diese in den 1920er Jahren von den französischen Architekten Leon Azema, Jacques Hardy und Max Edrei gebaute Art-Deco-Villa wäre ohne die zahlreichen Aktivitäten von „Save Alex“ heute abgerissen. Die Villa Cicurel gilt als eines der wenigen Gebäude Ägyptens, das in seiner Stilvollendung jene Zeit repräsentiert, die das unternehmerisch-kosmopolitische Alexandria einst prägte. Sie trägt den Namen von Joseph Cicurel, dem ein über die Stadt hinaus bekanntes Netz von Geschäften gehörte, welche nach der Revolution 1952 nationalisiert und enteignet wurden. Für viele Menschen hat die Villa daher eine besondere emotionale Bedeutung. Der Protest gegen ihren Abriss erhielt zunächst lokal große Aufmerksamkeit, um schließlich auch zu einem nationalen Thema zu werden, weswegen sich Premierminister Kamal El Ganzoury der Angelegenheit annahm, um durch den Erhalt wenigstens symbolisch anzudeuten, dass die Regierung sich auch um diese Nöte kümmere.



Abb. 4: Villa Cicurel in Alexandria; Foto: Mohamed A. Dessouki.

„Save Alex“ hat sich nicht nur auf reine Straßenaktionen beschränkt. Verdienst der Organisatoren ist es vielmehr, dass sie die klandestinen Abbruch-Geschäfte ans Tageslicht gezerrt und so erstmals überhaupt eine Öffentlichkeit zu diesem Thema hergestellt haben. Sie haben skandalöse Praktiken ins Licht der Medien gestellt, mit denen in krimineller Weise durch Abbrüche Fakten geschaffen wurden, bevor überhaupt die Möglichkeit über einen planerischen Umgang mit dem kulturellen Erbe der Stadt eingeleitet werden konnte. So wurden zum Beispiel durch Einpumpen von Wasser in den Baugrund Fundamente und Baustrukturen soweit irreparabel beschädigt, bis die Vorschriften des Denkmalschutzes außer Kraft gesetzt waren.

Dass der Verlust der kosmopolitischen Baukultur auch mit Rückendeckung der nationalen Regierung in vollem Gange ist und sich die Regierung in Ägypten nur auf Druck der Öffentlichkeit bewegt, wurde vielen Bewohnern von Alexandria erst in den Auseinandersetzungen um die Villa Cicurel bewusst – einer historischen Landmarke der Stadt. War es doch der Premierminister persönlich, der mit einem Dekret aus dem Jahr 2012 und der offiziellen Registrierungsnummer 86 ohne jede Diskussion festgelegt hatte, dass die Villa von der Liste der denkmalgeschützten Gebäude gestrichen werden sollte. Auf das Bekanntwerden dieses Vorgangs war zurückzuführen, dass sich Bürger zu der

Gruppe „Save Alex“ und später auch zu „We won't let Alexandria turn into ruins“ zusammenschlossen und vielfältige Protestformen organisierten.

Am 3. Mai 2012 fand die in der jüngeren Geschichte Alexandrias größte nicht-politische Demonstration vor dem Gebäude auf der Abu Qir-Straße statt. Eine etwa 50-jährige Teilnehmerin, so berichtet die Journalistin Ameera Fouad (2012), sei aus einem der Mikro-Busse gestiegen und nachdem man ihr erklärt habe, worum es bei den Protesten gehe, habe sie sich spontan angeschlossen. Wie viele fühlt sie sich in ihrer Stadt und Nachbarschaft durch den rapiden Abbruch entfremdet: „Ich lebe seit 20 Jahren in Azarita, aber kann heute meine eigene Nachbarschaft nicht mehr wiedererkennen.“<sup>16</sup>

Die ersten, denen diese Zerstörungswut auffiel, waren junge Alexandriner wie Mohammed Abul Kheir, Mona Abul Kheir, Isis Khaleel und Mahinour El Masry, die schon den Abrissen in anderen Nachbarschaften wie Sporting, Gleem oder Mustafa Kamel hilflos zusehen mussten. Mit dem Angriff auf die Villa Cicurel aber hofften sie, dass sie Aktionen wagen konnten, die genügend Öffentlichkeit finden würden. Als der Premierminister mit dem Dekret 488/2012 seine ursprüngliche Entscheidung, die Villa von der Denkmalliste zu nehmen, revidieren musste, feierte man dies in Alexandria als Erfolg der Kampagne, so z.B. der Aktivist Mohammed Adel Dessouki: „This recent decree is definitely a successful step in our long fight for the protection of our built heritage in Alexandria.“<sup>17</sup> Vorsichtige Stimmen sagten aber auch, dass dies höchstens ein Etappensieg sei. Einerseits werde damit nicht verhindert, dass über Nacht weiterhin „Fakten“ geschaffen würden, und andererseits habe sich die generelle Haltung gegenüber dem baulichen Erbe damit ja keineswegs verändert.

Die Abriss-Koalition verwandelt die Stadt Alexandria weiterhin in eine Betonwüste, auch weil zu viele schützenswerte Häuser der Belle Epoque überhaupt nicht auf der Liste des Denkmalschutzes auftauchen. Im Jahr 2008 hatte die „Kommission für das Bau-Erbe in Alexandria“, die mit der „National Organization for Urban Harmony“ verbunden ist, die Villa Cicurel nach einem Gesetz aus dem Jahr 2006 (Law 144) unter Schutz gestellt. Dennoch versuchte das Arabische Marine Navigationsunternehmen, das die Villa als Firmensitz nutzt, eine Abrissgenehmigung zu erhalten. Nach sechsjährigem Rechtsstreit stimmte ein Gericht diesem Antrag zu, indem es dem Gebäude seinen historischen Wert absprach. Das Gericht bezog sich dabei auf ein veraltetes Gesetz aus dem Jahr 1983 (Law 117), das aber eigentlich durch das neuere außer Kraft gesetzt worden war. An diesem Vorgang zeigte sich auch, dass die für den Denkmalschutz beauftragte Instanz der Regierung, die „National Organization for Urban Harmony“, weder in solche Vorgänge eingebunden wird, noch über die erforderlichen rechtlichen und ressourciellen Voraussetzungen ver-

16 Zit. nach A. Fouad, Alexandria's Cicurel Villa survives, in: Al-Ahram 1120 (2012), verfügbar unter: <http://english.ahram.org.eg/News/41671.aspx> [10.07.2013].

17 Zit. nach F. Kashi, Cosmopolitan Alexandria endangered, in: Egypt Independent vom 29.05.2012, verfügbar unter: [www.egyptindependent.com/news/cosmopolitan-alexandria-endangered](http://www.egyptindependent.com/news/cosmopolitan-alexandria-endangered) [10.07.2013].



Abb. 5: Die Villa Aghion nach dem Teilabriss; Foto: Saed Allam.

fügt, um effektiv für ihr Anliegen einzutreten. Im freien Spiel der Kräfte im neuen Ägypten haben wirtschaftliche und politische Interessen nach wie vor das letzte Wort.

### 3.3. Kampf um den Erhalt der „Villa Aghion“

Für die Aktivisten von „Save Alex“ gilt es nun, die einmal mit der Villa Cicurel errungene Aufmerksamkeit für weitere bedrohte Gebäude zu nutzen – renommierte Bauwerke, mit denen beispielhaft gegen den Abriss der Altstadt demonstriert werden kann. Hierzu gehört auch die Villa Aghion, die ebenfalls noch den Namen des ehemaligen Besitzers Gustave Aghion trägt. Gebaut wurde sie von dem französischen Architekten Auguste Perret (1874-1954), der viele beeindruckende Gebäude hinterlassen hat, wie etwa das Théâtre des Champs-Élysées (1911-1912) in Paris. Nach dem Zweiten Weltkrieg war Perret bis 1954 verantwortlicher Stadtplaner für den Wiederaufbau von Le Havre, und durch sein späteres städtebauliches Wirken verhalf er Amiens bei der UNESCO zur Einstufung als Weltkulturerbe. An seiner Villa für Gustave Aghion lässt sich seine besondere Architektursprache erkennen: Als Modernist verwendete er auch für Wohnhäuser Stahlkonstruktionen in einer besonderen Freiheit, wodurch etwa ansehnliche, von Lotusblumen inspirierte Verzierungen der Balkone entstanden.

Als am Morgen des 28. August 2009 die Bewohner von Alexandria an dieser Villa vorbeigingen, mussten sie erschrocken feststellen, dass in der Nacht Teile davon zerstört worden waren (vgl. Abb. 2). Ausnahmsweise intervenierten die Sicherheitskräfte, und weitere Beschädigungen oder gar der Gesamtabriss konnten bislang verhindert werden. Es kam sogar zu Verhaftungen, die General Adel Labib, einst Gouverneur von Alexandria, anordnete. Der General berief sich dabei auf das Gesetz aus dem Jahr 2006, da die Villa als schützenswertes Denkmal anerkannt worden war.

Die in Alexandria ansässigen Architekten Alaa al-Habashi und Mohamed Awad haben inzwischen einen dreistufigen Plan entwickelt, um den weiteren Verfall der Villa aufhalten zu können. Für Alexandria wäre der Verlust der Villa nicht abzuschätzen. Einst im Auftrag einer jüdischen Familie gebaut, symbolisiert sie als eines der wenigen Werke Perrets außerhalb Frankreichs eine Brücke zur Kultur Europas. Im erlesenen Stadtteil Wabur Al-Mayya an einer Straßenkreuzung gelegen, bildet sie für Hunderte Passanten tagtäglich ein Orientierungspunkt aus einem vergangenen Jahrhundert.

Währenddessen hoffen die Denkmalschutz-Aktivisten, dass sich eine Koalition für die Reparatur der Schäden bilden lässt. In einem Brief der Ingenieurskammer an den Gouverneur von Alexandria heißt es: „We want to direct your attention to the importance of this heritage building, which was designed and constructed by the famous French architect Auguste Perret, a pioneer in steel construction. The architectural, historical and artistic value of the Villa Aghion could never be compensated for if it was lost, since it forms a link in the chain of modern international architectural history and not only in Egypt. No textbook on modern architecture would be complete without mentioning it.“<sup>18</sup> Letztlich fehlt es aber auch an Geld für den Wiederaufbau und die Aufrechterhaltung der Villa, weshalb die Aktivisten auch mit Spendenaktionen begonnen haben.

### 3.4. Das Ende eines Kinos

„Rialto Re-Born“, so lautete eine Zeitlang die Aufschrift auf einem Werbeplakat an der Fassade eines ausgebrannten Art-Deco-Kinos. Wer daran vorbei ging, konnte an eine baldige Renovierung des hinfalligen Gebäudes glauben. Die Wirklichkeit jedoch war eine andere.

Als dann am 22. April 2013 die Fassade selbst von Bulldozern niedergerissen wurde, kam nichts als Schutt und Asche zum Vorschein – die freie Fläche für einen neuen Einkaufspalast. Von dieser Überraschung geschockt, stellten zwei Amateur-Filmer ihre Aufnahmen ins Internet. In dem arabisch-sprachigen Blog „Walls of Alex“ vergleicht der Architekt und Akademiker Mohamed Adel Dessouki die Situation mit Giuseppe Tornatores Film „Cinema Paradiso“, welcher das Verschwinden der Kinokultur in Sizilien dokumentiert.

18 Zit. nach A. El Bakry, Don't forget the Villa Aghion, in: Al-Ahram 1120 (2012), verfügbar unter: [www.weekly.ahram.org.eg/2012/1120/fe3.htm](http://www.weekly.ahram.org.eg/2012/1120/fe3.htm) [10.07.2013].



**Abb. 5:** Das Rialto-Kino im Abbruch, nachdem es durch ein Feuer bis auf die Mauern zerstört worden war;  
Foto: *Mohamed Aboelkhier*.

Das Rialto war im Zuge der weltweiten Kino-Konjunktur im Jahr 1920 eröffnet worden – zu einer Zeit, als das kosmopolitische Alexandria fast zwangsläufig zum Zentrum der ägyptischen Filmproduktion aufstieg, ehe diese sich in den 1930er Jahren in die Hauptstadt Kairo verlagerte. Auch hatte der deutsche Bombenangriff im Jahr 1939 Alexandria in einen unsicheren Ort verwandelt.

Das Rialto war merkwürdigerweise im Jahr 2007 von der Liste des Denkmalschutzes gestrichen worden, obwohl es noch Teil eines Stadtgebietes war, das als schützenswertes Ensemble galt. Aus diesem Grund hätten auch alle das Kino betreffenden Pläne der entsprechenden Kommission zur Zustimmung vorgelegt werden müssen. Doch ist dieses nicht geschehen, und somit ist nun auch das letzte Kino des alten Alexandria verschwunden und mit ihm eine Kultur, deren Beginn sich bis auf das Jahr 1897 zurückdatieren lässt. Mit dem Rialto ging das letzte von mindestens 31 Kinos aus dieser Stadt der griechischen, italienischen, französischen und arabischen Bilder und Stimmen verloren.<sup>19</sup> Von den sieben noch verbliebenen Kinos befindet sich kein einziges mehr an einem Ort, der dieses Erbe auszustrahlen vermag. Inzwischen handelt es sich um renovierte große Säle mit möglichst vielen Leinwänden, aber ohne den Charme der intimen Kinos früherer Tage.

19 I.A. *Meguid*, *Cinema Cinema*, verfügbar unter: [www.bibalex.org/AlexCinema/articles/Cinema\\_Cinema.html](http://www.bibalex.org/AlexCinema/articles/Cinema_Cinema.html), 2006 [10.07.2013].



Abb. 6: Aktion von »Save Alex« am 19. Juni 2013; Foto: Mohamed Aboelkhier.

Was man dort zu sehen bekommt, ist auch nicht mehr die große weite Welt, sondern es sind die landläufigen ägyptischen Komödien und Dramen oder eben die neuesten Hollywood-Streifen in 3D.

Die Zerstörung des Rialto konnte niemand vorhersehen, und nicht nur die Aktivisten von »Save Alex« waren schockiert. Ihre ersten Erfolge hatten diesen Abbruch nicht verhindert, und schon befürchteten manche, auch die Restbestände des Rio Cinema, obgleich nicht so denkmalwürdig wie das Rialto, könnten bald ebenso verschwinden. Die Kino-Kultur von einst zu bewahren, dürfte aber generell ein schwieriges Unterfangen darstellen, zumal die Internet-Aktivisten des arabischen Frühlings gezeigt haben, dass sie sich kulturell eher im digitalen Zeitalter befinden, als sich noch einmal für die alte Filmkultur einzusetzen. Immerhin mag es erstaunen, dass es inzwischen wieder Initiativen wie »Gudran« oder ägyptische Filmemacher wie Ahmad Abdalla gibt, die in Alexandria wieder das Medium Film gezielt für sich gewinnen. So entstehen low budget-Filme etwa über die verbleibende italienische oder jüdische Gemeinschaft, die öffentlich gezeigt werden können, sofern deren Vorführung von den Sicherheitsbehörden nicht in letzter Minute untersagt wird. Die »Gudran«-Mitglieder haben deshalb auch noch versucht, die letzten Reste des Rialto-Gebäudes zu erhalten. Schon Jahre zuvor hatten sie direkt neben dem Rialto ein Künstlerhaus namens »El Cabina« und einen Keller als Proberaum für lokale Musiker eingerichtet.

#### 4. ALEXANDRIA AM SCHEIDEPUNKT

Mit „Save Alex“ ist eine hoffnungsvolle Initiative in Alexandria entstanden, die einen berechtigten Grund zur Hoffnung darstellt, dass das neue Ägypten nicht alle Wurzeln seiner Geschichte abschneidet und dabei die Möglichkeit verliert, über die Vielschichtigkeit und Komplexität der eigenen Kultur nachzudenken. In der Initiative sind teilweise Aktivist:innen des arabischen Frühlings tätig, denen der Kampf um die Denkmäler eine logische Konsequenz ihrer demokratischen Anliegen ist. Doch der Einsatz um die schützenswerten Gebäude spricht auch größere Gruppen von Menschen an und geht über eine politische Agenda im Sinne der Aktivist:innen hinaus. Dieser kanalisiert auch die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Ignoranz der Autoritäten im Umgang mit dem Volk. Schließlich sind bei „Save Alex“ mindestens die Hälfte der Aktivist:innen eher kulturell Interessierte und in diesem Sinne weltoffene Bürger anzutreffen. Es ist kein Zufall, dass viele Architekten und Künstler sich den Protesten anschließen und zu den Initiatoren gehören. Zum Teil gibt es noch Bezüge zu den verbleibenden kulturellen Minderheiten, doch halten sich diese bei den öffentlichen Aktionen auffallend zurück. Dies lässt sich als das Ergebnis langer Marginalisierungen verstehen, die sich in einem Klima von Unsicherheit und Gewalt nicht einfach überwinden lassen werden. Wenn vom kosmopolitischen Erbe mehr gerettet werden soll als die verbleibenden Fassaden, wird es auf eine Wiederbelebung der kulturellen Vielfalt im öffentlichen und alltäglichen Leben ankommen. Mit „Save Alex“ und dem Kampf um die Altstadt von Alexandria geht es darum in erster Linie um eine Auseinandersetzung über das kulturelle Selbstverständnis Ägyptens. Wenn der Abriss sich durchsetzen sollte, wird dauerhaft ein Referenzhintergrund verloren gehen, der homogenisierenden Effekten von nationalistischen und islamischen Ideologien eine sichtbare Alternative oder Irritation entgegenstellen könnte. Es ginge eine Reibfläche verloren, ohne die sich keine Gesellschaft weiter entwickeln kann.

## **BASISLAGER<sup>1</sup> BAUKULTUR – 20 JAHRE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER »STÄDTE MIT HISTORISCHEN STADTKERNEN« IN BRANDENBURG**

*In einer Situation, in der der Wandel längst aufgehört hat, ausschließlich Fortschritt zu sein [...], und in der die Frage, worin der Fortschritt besteht, überaus umstritten ist, wird die Erhaltung und Erneuerung der Tradition wie der Umweltressourcen ganz besonders dringlich. Die Tradition war ebenso wie die Natur früher ein äußerer Rahmen des menschlichen Handels, der uns viele Entscheidungen abnahm. Heute dagegen müssen wir die Tradition zum Gegenstand der Entscheidungen machen: Wir müssen darüber befinden, was man zu erhalten versuchen sollte und was zu verwerfen wäre. Dabei kann die Tradition selbst, die zwar oft wichtig und wertvoll ist, nur wenig nützen.“<sup>2</sup>*

A. Giddens

### **1. PROGRAMMATISCHER JAHRESBEGINN 2013**

Bei ihrem ersten Pressefrühstück im Jahr 2013 in Neuruppin blickte die 31 Mitgliederstädte zählende „Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen“ stolz zurück auf 20 Jahre sichtbarer „Erfolgsgeschichte“. Der Bürgermeister der Gastgeberstadt, Vorsitzender der Regionalgruppe NW, empfing die Gäste selbstbewusst im Alten Gymnasium in der Stadtmitte. Die Schule wurde 1790 nach dem großen Stadtbrand als erstes öffentliches Gebäude im klassizistischen Stil neu gebaut und den „Bürgern der kommenden Zeit“ gewidmet. Schinkel und Fontane gingen hier zur Schule (vgl. Abb. 1).

Nach grundlegender Sanierung mit Städtebaufördermitteln beherbergt das alte Schulgebäude – widmungsgemäß als neues Kulturhaus im Frühjahr 2012 wiedereröffnet – u.a. die Stadtbibliothek, die Fontanegesellschaft, einen Campus einer privaten Fachhochschule für Wirtschaft, die Jugendkunstschule und die Kreismusikschule. Einige Zöglinge gaben zum Empfang eine Kostprobe mit Tanz und Musik. Der Vorsitzende der AG, der

1 „Basislager“ – ein Begriff aus der Bergsteigerwelt; vgl. P. Sloterdijk, in: ders., Du musst Dein Leben ändern, Frankfurt a.M. 2009, Kapitel 4: „Habitus und Trägheit – von den Basislagern des übenden Lebens“, S. 276-297; Vgl. dazu auch: R. Fritz-Haendeler, Wie viel Herkunft braucht Zukunft? – Denkmalpflege und Baukultur auf den 2. Blick, in: E. Dietrich/M. Leyser-Droste u.a. (Hrsg.), Zukunft braucht Herkunft. Beiträge zur Städtebaulichen Denkmalpflege, Essen 2012, S. 112-133.

2 A. Giddens, Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt a.M. 1997, S. 80.



Abb. 1: Altes Gymnasium Neuruppin, erbaut 1790;  
Foto: R. Fritz-Haendeler, 2013.

Bürgermeister von Treuenbrietzen, stellte anschließend das neue provokante Jahresthema des Städteternetzwerkes vor: „Alte Stadt – Jugendfrei?! – 20 Jahre Investitionen in Bildung in den historischen Stadtkernen“.

Der zuständige Fachminister richtete ein Grußwort an die versammelten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Er versicherte dem geladenen Fachpublikum und der kleinen Schar der Medienvertreter von Presse und Fernsehen „Städtebauförderung bleibt Schwerpunkt“. Denn: „Wir

werden das Erreichte nicht gefährden und fördern in diesem Jahr die historischen Innenstädte als Standorte zum Leben, Wohnen und Arbeiten. Dabei setzen wir auch gezielt auf Bildungseinrichtungen, um junge Menschen hier zu binden. Unsere Förderpolitik ist mehr als Mauerwerkssanierung. Sie unterstützt die Gesamtstrategie der Landesregierung, dem demographischen Wandel und der Abwanderung durch Investitionen in die Köpfe zu begegnen“. Eine Endlosschleife von Fotos der erfolgreichen aktuellen Denkmal-sanierung in den Städten – die meisten ohne Menschen – fixierte während der Veranstaltung den Blick und verdrängte die eigenen Bilder im Kopf. Warum wurde man als Beobachter den Eindruck nicht los, sich in Brandenburger Kuckucksuhrwelten zu bewegen?

Der Minister schnitt auch offene Zukunftsfragen an, die Abhängigkeit seiner Zusagen von der neuen EU-Förderprogrammpolitik ab 2014, die mögliche bundesdeutsche Zerreißprobe zwischen Ost und West um Höhe und Fördermittelverteilung nach der Wahl 2013. So weit so gut – oder nicht?

Ein kritischer Rückblick in teilnehmender Beobachtung auf die Hintergründe der „Erfolgsgeschichte“ in den kleinen Städten, Verlauf und Strategiekonzepte der beispielgebenden Kooperation, ihre Organisationsstruktur und fachliche Begleitung kann zu einem Verständnis für den Status quo 2013 beitragen oder zu einem Disput anregen über offene Zukunftsfragen. Es ist der Versuch, *einen* Blickwinkel auf eine mögliche Lesart der historischen Stadtstrukturen und Baudenkmale heute, nach 20 Jahren Aufbauarbeit der AG, zu werfen und „das Spiel der Zeichen“ zu verstehen.<sup>3</sup>

3 R. Barthes, Semiotik und Urbanismus, in: S. Hauser/C. Kamleithner/R. Meyer, Architekturwissen. Grundlagentexte aus den Kulturwissenschaften, Bielefeld 2011, S. 293; K. Lynch, Das Bild der Stadt, Braunschweig 1989.

## 2. PROZESSMERKMALE DER BRANDENBURGER NETZWERKARBEIT 1992-2012

Beweggrund für den Zusammenschluss war ein attraktives Bund-Länder-Sonderprogramm zum „Städtebaulichen Denkmalschutz“ in den neuen Bundesländern. Die Bundesregierung hatte das Aktionsprogramm kurz nach der Wende im Jahr 1991 aufgelegt, um denkmalwerte historische Stadtstrukturen zusammen mit ihrem wertvollen Gebäudebestand, den öffentlichen Plätzen und Straßenräumen zu sichern, instand zu setzen und zu modernisieren. Die Verknüpfung von Städtebau und Denkmalpflege<sup>4</sup> sollte zu Synergien anregen zwischen der Stärkung städtischer Funktionen, der Erhaltung des kulturellen Erbes und der Förderung privater Initiativen – zugleich ein Stück demokratischer Aufbauarbeit.

Das zuständige Städtebauministerium des Landes Brandenburg gab damals den Denkanstoß weiter an 20 Bürgermeister, überwiegend von Klein- und Landstädten mit 10.000-20.000 Einwohnern mit besonders unverwechselbaren historischen Stadtkernen einschließlich der Brandenburger Großstädte, Potsdam und Brandenburg. Sie verbündeten sich 1992 in einer informellen Arbeitsgemeinschaft. Die neuen Planungshoheitsträger waren motiviert, diese komplexe Stadterneuerungsaufgabe im wechselseitigem Ideen- und Erfahrungsaustausch gemeinsam anzugehen. In die einmalige Baukultur der Vergangenheit zu investieren, versprach einen nachhaltigen Zukunftsgewinn. Vorbild war die „Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen in Nordrhein-Westfalen“. Die Höhe der öffentlichen Sonderförderung und ihr Verteilungsschlüssel (40:40:20) verlockte, den Verbund zu wagen, um kommunale Steuerungskompetenz zu erwerben sowie gemeinsam Erfahrungen im Verwaltungsmanagement zu sammeln. Der Brandenburgische Stadtentwicklungsminister wirkte als Schirmherr, die Mitarbeiter des Ministeriums als engagierte Berater.

*PHASE I (1992-2003): Selbstwahrnehmung – ein hoffnungsvoller Aufbruch mit vielversprechenden Zukunftsaussichten*

Charakteristische Merkmale:

- ▷ *Selbstvergewisserung*: „Rückkehr der alten Stadt in das kulturelle Gedächtnis“<sup>5</sup>. Öffentliche Wiederentdeckung der Stadtgeschichte, der stadtstrukturellen Eigenarten und Merkzeichen des baukulturellen Erbes.
- ▷ *Selbstverständigung* als kommunale Planungshoheitsträger; Ausarbeitung von gemeinsamen Kriterien zur Profilbildung der Arbeitsgemeinschaft.

4 *BMVBS*, Evaluierung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz 1991-2008, Bearbeitung: complan Kommunalberatung GmbH, Bonn Mai 2012, S. 12.

5 *H.D. Heimann*, Was bleibt? Zur Rückkehr der „alten Stadt“ in das kulturelle Gedächtnis, in: *AG Historische Stadtkerne/Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.), Wendepunkte. Die Wiederentdeckung der historischen Stadtkerne, Potsdam 2009, S. 100.



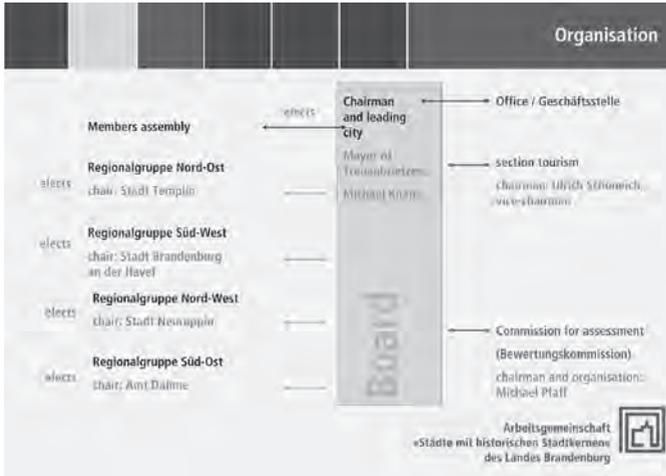
Abb. 2: Wittstock/Dosse; Foto: Chr. Kannenberg, Fliegerclub Wittstock, 2008.

- ▷ *Selbstorganisation*: Entwicklung einer arbeitsfähigen Organisationsstruktur und von Spielregeln für die Zusammenarbeit.

Viele der kleinen Städte im ländlichen Raum hatten im Windschatten der sozialistischen Planwirtschaft überlebt. Deshalb war ihre typische Morphologie – geschlossene Stadtstrukturen aus dem 12.-14. Jahrhundert – noch erhalten geblieben, zwar in einem sehr schlechten, vernachlässigten Zustand, doch fest im fachkundigen Blickfeld von engagierten Denkmalpflegern und Architekten sowie engagierten Kirchenvertretern in der ehemaligen DDR.<sup>6</sup>

Bestandsaufnahme und Sicherung von Baudenkmalen bestimmten die 1. Phase. Die Arbeitsgemeinschaft stand vor gewaltigen neuen Querschnittsaufgaben mit großen stadtinnenpolitischen Konsequenzen. Das Förderprogramm setzte ein Bekenntnis zu einer „Gebietskulisse“ voraus, d.h. einen kommunalpolitischen Beschluss über eine städtebauliche Erhaltungssatzung für das historische Zentrum. Die Durchführung nach den gesetzlichen Vorgaben oblag Sanierungsträgern als Treuhänder der Gemeinden. Zukunfts-

6 AG Historische Stadtkerne/Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (s. A 5).



**Abb. 3:** Organisationsstruktur der AG „Städte mit Historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg.

orientierte städtebauliche Denkmalpflege in historischen Stadtkernen verlangte einen systemischen Erneuerungsansatz, d.h. einen demokratischen mehrdimensionalen Abwägungsprozess zwischen allen öffentlichen und privaten Belangen gegeneinander und untereinander bei Planung und Umsetzung mit visionärer Antriebskraft.

Um lokale Kirchturmpolitik zu vermeiden, wird das Netzwerk seit 1999 von einem Expertengremium begleitet – u.a. aus Sachverständigen der Denkmalpflege, des Städtebaus der BTU Cottbus, der Architektenkammer zusammen mit Vertretern der Fachministerien und nachgeordneten Fachbehörden. Die Mitglieder dieser Bewertungskommission beruft der Städtebauminister als Schirmherr. Sie bereist die Orte, traf die Vorauswahl der Bewerber, assistiert bei Entscheidungen und berät die Mitgliederstädte der AG auch heute noch. Maßgebend dabei sind Raumstrukturelle Vorgaben wie ein geschlossenes Ortsbild, ein ablesbarer Stadtgrundriss, Dominanz historischer Gebäude und ein klar abgrenzbarer historischer Stadtkern. Fachpolitische Kriterien und Willensbekundungen wie die Bereitschaft, die Stadterneuerung an der Denkmalpflege auszurichten, die Funktion der Innenstadt im Einklang mit einer behutsamen Stadterneuerung zu stärken und der Innenstadtentwicklung den Vorrang zu geben, waren ausschlaggebend für den Bewerbungserfolg.<sup>7</sup> Vier Regionalgruppen der Städte fördern die regionale Bodenhaftung als Vorbereiter für Themen und Projekte. Gemeinsame Stärke zu zeigen über professionelle Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsame Interessenvertretung gegenüber der Landesregierung wie Lobbyarbeit und Tourismusmarketing motivierte die Bewerber. Nach einer erfolgsversprechenden Tourismuspotentialanalyse (2000) übernahm das Tourismus-expertenteam die weitere Strategieberatung mit guten Ideen.

7 AG Historische Stadtkerne, Geschäftsordnung 07.05.2009; www.ag-historische-stadtkerne.de [15.01.2013].

Den Selbstfindungsprozess begleitet hatte auch das Städtebauministerium mit einem impulsgebenden Gutachten im Ländervergleich zur neuen „Eigentumsbildung in der Stadt – Individuelles Bauen und Wohnen“ (2001). Analysiert wurden 13 Neubau- und Umbaubeispiele in historischen Zentren in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Eine Gesprächsreihe mit Dokumentation über das neue mehrdimensionale „Politikfeld Baukultur – über Stadtumbaufragen und den Zusammenhang von Lebensqualität und Stadtgestalt“ (2002/2003), veranstaltet vom Städtebauministerium zusammen mit der Brandenburgischen Landeszentrale für Politische Bildung, sollte die komplexe Aufgabe verdeutlichen und zugleich den Möglichkeitsraum umreißen.<sup>8</sup>

„Baukultur“ wird hier als geistesgegenwärtige Herausforderung einer Stadtgesellschaft verstanden, ihre Stadt durch eine zeitgemäße Produkt- und Prozessentwicklung zukunftsbedacht weiterzubauen. Das heißt: in Kenntnis ihrer Geschichte, der unverwechselbaren Stadtbaukunst und ihrer baulich-räumlichen Merkzeichen, ohne die Konflikte im Abwägungsprozess zu scheuen, die mit dem neuen Eigentumsrecht, der grundgesetzlich garantierten Baufreiheit oder der neuen Bürgerbeteiligung verbunden sind.

Entscheidend für eine gelingende Kooperation kleiner Städte mit diesem Anspruch ist nicht zuletzt eine professionelle, kreative Geschäftsführung. Für Koordination und Moderation der Netzwerkarbeit, für wichtige inhaltliche Arbeitsimpulse und die Öffentlichkeitsarbeit wie Finanzplanung und Mittelverwaltung beauftragte man 2003 ein erfahrenes kreatives Büro für Kommunalberatung als „Thinktank“. Die Aufbruchsbedingungen im „Basislager Baukultur“ waren stimmig. Und mit einer Trägerstruktur aus engagierten wagemutigen Bürgermeistern, einer passfähigen finanziellen Ausrüstung und einer vielversprechenden sinnfälligen Aufbauorganisation bei fachkundiger Beratung musste der gesellschaftspolitische Programmauftrag, „Herkunft mit Zukunft“ zu verbinden, doch gelingen. Die Erwartungen jedenfalls waren hoch.

*PHASE 2 (2003-2008): „Gemeinsam sind wir stark“-Strategie – Wachsende Anerkennung und Stabilisierung der Netzwerkarbeit durch erfolgreiche vielseitige Profilierung trifft auf wachsende Strukturumbrüche im ländlichen Raum.*

Charakteristische Merkmale im Überblick:<sup>9</sup>

- ▷ Gemeinsame Außendarstellung: Einheitliches Logo, einheitliche Beschilderung und Hinweisstelen, gemeinsame Publikationen.
- ▷ Gemeinsame Aktionen: Auszeichnung „Denkmal des Monats“ (1999), „Historischer Adventskalender“ 2004, „Schaustelle Stadtkern“ 2005.

8 MSWV (Hrsg.), Eigentumsbildung in der Stadt. Individuelles Bauen und Wohnen, Bearbeitung: complan Kommunalberatung GmbH, Potsdam 2001; R. Fritz-Haendeler/B. Möller (Hrsg.), Politikfeld Baukultur. Über Stadtumbaufragen und den Zusammenhang von Lebensqualität und Stadtgestalt, Potsdam 2003.

9 Vgl. [www.ag-historische-stadtkerne.de](http://www.ag-historische-stadtkerne.de) [15.01.2013].

- ▷ Inhaltliche Kooperation mit Kulturland Brandenburg e.V. ab 2004.
- ▷ Fachliche Begleitung durch den Lehrstuhl für Geschichte des Mittelalters Universität Potsdam (2006).
- ▷ Regelmäßiger Fachlicher Erfahrungsaustausch der Mitglieder auf jährlich zwei Tagungen.
- ▷ Presseresonanz: Städteführer mit Tagesspiegel: C.D. Steyer: Märkische Stadtspaziergänge 2006.
- ▷ Wachsende Mitgliederzahl auf 31 Städte (2007).
- ▷ Ausarbeitung und Beschluss einer verbindlichen Geschäftsordnung als Kommunale Arbeitsgemeinschaft (2007-2009).
- ▷ Autobahnbeschilderung/ Bundesbahn Regio-Fahrplanhinweise.
- ▷ Stand auf der ITB Berlin.
- ▷ Brandenburger Tourismuspreis für innovatives Marketing der historischen Stadtkerne 2008.
- ▷ Selbstbehauptung im Gegenstromverfahren Städte-Land-Stellungnahmen und wichtige Denkanstöße für die Landesförderpolitik (Thesenpapiere 2005).



Abb. 4: Plakat Kulturlandkampagne 2007 „Wasser“,  
Quelle: Kulturland Brandenburg e.V./CD A. Kern.

Während die kleinen Städte in der Anfangsphase vornehmlich mit sich selbst und dem komplexen Sanierungsprozess nach bundesdeutscher Grammatik beschäftigt waren, öffnete sich in der 2. Phase ihr Blick nach außen, auf gemeinsame Aktionen und Qualifizierungsprojekte. Der sichtbare, vorzeigbare Erfolg stellte sich ab 2003 ein. Gewitzte neue Synergien als Ideenverstärker, fachliche Berater und PR-Komplizen zeichneten die Marketingoffensive aus. Mit einem Feuerwerk an Ideen, Projekten und Kooperationen, unterstützt von einer ansprechenden Öffentlichkeitsarbeit und Tourismusstrategie, machte man auf sich aufmerksam und motivierte weitere Städte zur Mitwirkung. Die Arbeitsgemeinschaft wuchs bis 2007 auf 31 Mitglieder. Besonders inspirierend wirkte seit 2004, sich inhaltlich an den jährlich wechselnden Themen der landesweiten Kampagnen von „Kulturland Brandenburg e.V.“ auszurichten.<sup>10</sup>

10 „Kulturland Brandenburg e.V.“ ist ein erfolgreiches kulturelles Netzwerk in Brandenburg, gefördert vom Land und von der ostdeutschen Sparkasse mit jährlichen Dachkampagnen zu spezifischen Landeskulturthemen: z.B. Landschaft und Gärten, 2004; 1.000 Jahre Christentum, 2005; Baukultur, 2006; Fokus Wasser, 2007; Provinz-Metropole, 2008; Demokratie und Demokratiebewegungen, 2009; Frauen in Brandenburg, 2010; Moderne in Brandenburg – LichtSpielHaus, 2011; Kommt zur Vernunft – Friedrich der Zweite von Preußen, 2012; Spiel und Ernst – Ernst und Spiel-Kindheit in Brandenburg, 2013; vgl. [www.kulturland-brandenburg.de](http://www.kulturland-brandenburg.de) [15.01.2013].

Diese Jahresthemen provozierten Stadtverwaltungen wie Bewohner und Besucher zur „Herkunftsrecherche“, d.h. zur örtlichen Geschichtsforschung. Die fachliche Begleitung durch die Universität Potsdam fundierte das Wissen über die Stadtgeschichte. Monatlich wurde ein Vorzeigeprojekt der AG örtlich ausgezeichnet, und Jahreskalender dokumentierten den Jahreserfolg. Seit einiger Zeit bespielt eine engagierte Theatertruppe<sup>11</sup> die öffentlichen Räume („Sommertheateraktion“) und „durchlüftet“ die Kleinstädte. In der Adventszeit öffnet, täglich in einer anderen Stadt, ein städtisches Baudenkmal seine Türen. Es wird mit Glühwein und Weihnachtsmarktstimmung in Szene gesetzt, um alle Gemüter für sich und seine Erhaltung einzunehmen („Aktion Historischer Adventskalender“). Die Aktionsfülle und ihre Berichterstattung sind überwältigend. Was mutige Bürgermeister mit visionärer Entschlusskraft und politischer Überzeugungsarbeit bewegen können, beweist das Konversionsbeispiel Justizvollzugsanstalt in Luckau.<sup>12</sup>

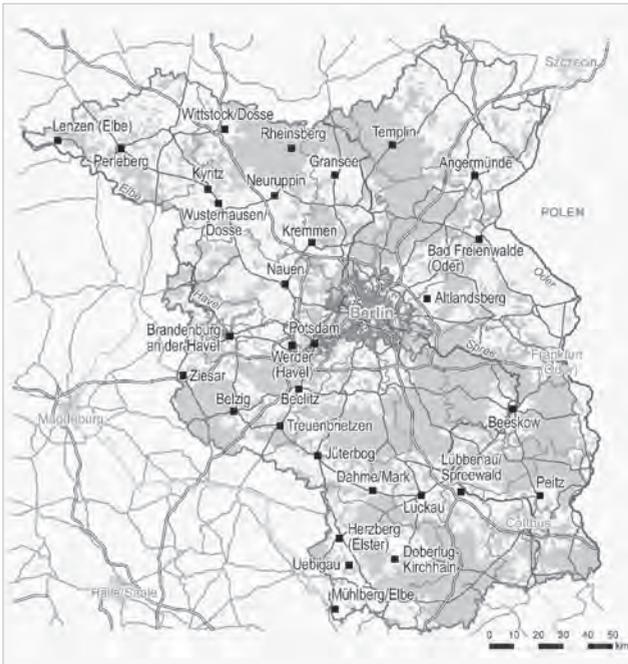
In den Jahren 2007-2009 formierte sich das Netzwerk zu einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft mit einer verbindlichen Geschäftsordnung. Die Konditionierung für einen kreativen Gipfelsturm aus dem „Basislager“ der vergangenen Baukultur zu neuen Höhen war schlüssig und nach innen wie nach außen emotional ansprechend vorbereitet. Eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft? Weitgehend unhinterfragt blieb in der Hoch-Zeit der Netzwerkarbeit die Frage nach der heutigen Identität der Städte, nach dem Verhältnis zwischen der historischen baulich-räumlichen Morphologie und der sozialen Morphologie der historischen Stadtkerne heute.

*Wandel der Rahmenbedingungen:* Um das Jahr 2000 erschütterten die nunmehr sichtbaren Strukturbrüche auf dem Wirtschafts- und Arbeitsmarkt im Berlin-fernen ländlichen Raum die hochgesteckten Planungsziele und kommunalen Hoffnungen auf kontinuierlichen Fortschritt: Bevölkerungsverluste, Alterung und Leerstand zeichneten auch die kleinen „Anker“-Städte und bedrohten ihre Zentralitätsfunktion als Grund- oder Mittelzentren der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Bereits 2005 forderte die AG in einem Brandbrief mit 10 Thesen „Zur Entwicklung der historischen Stadtkerne im Zeitalter des demographischen Wandels der Städte in Brandenburg“<sup>13</sup> vom Land eine flexiblere Förderpraxis sowie eine effiziente Verknüpfung der sektoralen Förderprogramme zur gezielten Zentralitätssicherung in den Stadtkernen, unterstützt durch eine restriktivere Regionalplanung. Eine neue integrative Planungspolitik sollte auch stärker in Humankapital investieren, d.h. motivierten kreativen Personen auf kommunaler Ebene mit neuen Ideen eine Chance geben. Aufgezeigt wurde auch der große Bedarf an einem klugen innerstäd-

11 Theater 89 Berlin/Brandenburg.

12 Ein ehemaliges Kloster aus dem Mittelalter, danach bis 2005 über 250 Jahre als Zuchthaus genutzt, wird 2006 von der Stadt erworben, aus der Exklusion befreit und als Wohn- und Kulturstandort – Kulturkirche Museum Niederlausitz – wieder eingebunden in das Stadtgefüge. Wahrhaft ein Thema für einen internationalen Wettbewerb. Doch der Auftrag ging an einen Brandenburger Generalplaner.

13 Vgl. [www.ag-historische-stadtkerne.de](http://www.ag-historische-stadtkerne.de), Thesenpapier 2005 [15.01.2013].



**Abb. 5:** Brandenburgkarte Städtenetz; 31 Städte; Quelle: MIL/Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB,GB-G1/99).

tischen Wohnungs-, Geschäfts- und Einzelhandelsmanagement sowie an kompetenten örtlichen Moderatoren. Eine stärkere Verzahnung von Stadt- und Wirtschaftsentwicklung wurde gefordert. Die Zielgruppenpolitik bei der Gestaltung der öffentlichen Räume für alle Altersgruppen mit „barrierefreien Angeboten in den Altstädten“ sollte den örtlichen Bedürfnissen entsprechen. Der Bevölkerungsrückgang wurde auch als Chance für neue Stadtumbaustrategien in den historischen Stadtkernen herausgestellt, insbesondere mit Blick auf die Stadtstruktur, die Nutzungsstruktur sowie eine offen werbende Bevölkerungspolitik.

Im Jahr 2006 reagierte das Land Brandenburg unter dem globalen Wettbewerbsdruck auf den raumgreifenden wachsenden Schrumpfungsprozess im „weiteren Metropolenraum“ mit einer Leitbild-Revision seiner Strukturpolitik.<sup>14</sup> Anstelle der hoffnungsvollen „Dezentralen Konzentration“ der Anfangsjahre trat die Maxime „Stärken stärken“, konzentriert auf 15 vielversprechende „Wachstumskerne“, Wirtschafts- und Wissenschaftscluster mit guten Aussichten am Weltmarktstand. Investitionen in die harten Standortfaktoren – Verkehr, Logistik und Kommunikation – bestimmen die Landespolitik, um den Anschluss nicht zu verpassen.

14 Vgl. [www.gl.berlin-brandenburg.de/hauptstadtregion/leitbild/](http://www.gl.berlin-brandenburg.de/hauptstadtregion/leitbild/) [15.01.2013].

*PHASE 3 (seit 2009): Status quo – eine Arbeitsgemeinschaft im Windschatten der Kapitalinteressen – Zwang zum Perspektivenwechsel vom lokalen Selbstbezug der Gebietskulisse zu räumlich funktionaler Daseinsvorsorge auf regionaler Ebene.*

*Umsteuerung in der Landespolitik:* Im Jahr 2009 änderten sich auf der Landesebene die politischen Rahmenbedingungen und damit die Politikschwerpunkte. Der neue Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B Beschluss Mai 2009)<sup>15</sup> folgte dem politischen Leitbild „Stärken-stärken“ mit der Festlegung einer zweistufigen Zentralitätsstruktur: 4 Oberzentren und 46 Mittelzentren mit 30.000 EW im Einzugsbereich als neue Leitplankenvorgabe zur gehobenen Daseinsvorsorge. Die Stabilisierung der Grundversorgung, Zentren mit überörtlichen Funktionen unterhalb dieser Struktur – immerhin 201 amtsfreie Gemeinden – obliegt in Brandenburg der Regionalplanung in kommunaler Organisationshoheit. Nur die Hälfte der AG-Städte fand sich namengebend und funktionstragend als Mittelzentrum wieder.

Nach der Landtagswahl im Herbst 2009 änderte sich auch der Zuschnitt des Fachministeriums. Infrastruktur und Landwirtschaft wurden in einem Ministerium MIL zusammengeführt mit der Chance zur stärkeren Stadt-Landkooperation in der räumlichen Entwicklung. Die Städtebauförderrichtlinien wurden 2009 novelliert, orientiert an dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“. Sie nahmen viele Anregungen des Brandbriefes der AG (2005) auf. So lassen sich nunmehr die Verfahren aller nationalen Förderprogramme verknüpfen, und die Kommunen als Planungshoheitsträger werden in die Selbstverantwortungspflicht genommen. Auf der Grundlage eines mit dem Land abgestimmten integrierten Stadtentwicklungskonzepts für die Gesamtstadt (INSEK) können die Städte in kommunaler Eigenverantwortung je nach Vermögen und örtlicher Unterstützung projektspezifische Fördermenüs konzipieren und die Mittel flexibler einsetzen. Der historische Stadtkern ist nur ein Baustein in diesem Maßnahmenkomplex. Zwei Drittel der historischen Stadtkerne sind inzwischen saniert und die jeweiligen Stadtstrukturen gefestigt. In vielen Städten wurde der öffentliche Raum aufgewertet und mit Hilfe von Fördermitteln für die älter werdende Gesellschaft barrierefrei gestaltet. Eine geschickte Bündelung von Förderprogrammen ermöglichte auch den städtischen Umbau von größeren stadtbildprägenden Baudenkmalen im Stadtkern für neue öffentliche Nutzungen wie Bibliotheken, Bürgerzentren, Kindertagesstätten, Altentreffpunkte oder auch als Büros für die Stadtverwaltung. Hier finden sich eine Reihe guter Beispiele, die für eine neue Belebung der Innenstadt sorgen könnten.

Im Jahr 2009 benannte der neue Minister eine neue Bewertungskommission aus Fachbehörden, Kammervertretern und Ministerien – dieses Mal ohne die kreative Energie

<sup>15</sup> *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin / Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung, Land Brandenburg* (Hrsg.), Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg (LEP B-B) Hauptstadtregion, Potsdam, Mai 2009.

eines Städtebaulehrstuhls aus der Hauptstadtregion einzubinden. Erste vorsichtige nachdenkliche Einschätzungen zum Geschichtsverständnis, zur Erinnerungspolitik wie zu Gründungsmythen, zur Rolle des Staates im demokratischen Aufbauprozess, zur Selbstverantwortung der Kommunen wie zur Bewegungskraft von engagierten Stadtbürgerinnen und -bürgern damals und heute klingen in dem kritischen Rückblick „Wendepunkte“ (2009)<sup>16</sup> der AG Historische Stadtkerne an. Auslöser war die Kulturlandkampagne „Demokratie und Demokratiebewegungen“, zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung.

Auf die neue programmatische Herausforderung reagierte die Arbeitsgemeinschaft in mehrfacher Weise. Einigermaßen erfolgreich war eine 2009 im Internet installierte Altstadt-Immobilien-Börse ([www.altstadtboerse.de](http://www.altstadtboerse.de)), um den Wohnungsleerstand durch neue „Stadthalter“ aus Berlin oder dem näheren und weiteren Umland zu beheben. Im Jahr 2010 gab man eine neue „Tourismusstrategie 2020“ in Auftrag, um das Aktionsprogramm für die Marke „Historische Stadtkerne“ und ihren „Bekanntheitsgrad“ bis in das Jahr 2020 auszudifferenzieren. Dabei wurde der Schwerpunkt auf das Thema „Kultur und Rad“ gelegt. Mit „Fahrradfreundlichen historischen Altstädten“<sup>17</sup> und einer landesweiten attraktiven Vernetzung auf sechs Routen will man neue, junge und körperbewusste Zielgruppen gewinnen. Im Frühjahr 2013 ist ein zweiteiliger Radroutenführer der AG im Tagesspiegelverlag erschienen.

Seit 2010 präsentieren die 31 Mitgliedsstädte ihr „Alleinstellungsmerkmal“ in einer neuen Werbebroschüre „Im Kern Einzigartig“<sup>18</sup> mit Regionalgruppenbezug und geschichtlichem Zitat. Die prägnanten Stadtkernstrukturen werden dabei allerdings emotional gefällig in Aquarelltechnik präsentiert, ohne ihre kritischen Schnittstellen und Übergänge zur Gesamtstadt zu zeigen. Die Idylle zählt. Die Jetztzeit-Konflikte werden ausgeblendet.

Begleitend zur Kulturlandkampagne 2012 „Kommt zur Vernunft – Friedrich der Zweite in Preußen“ konnte die AG wieder die Herkunft feiern und den Durchgriff der preußischen Obrigkeit auf Stadtplanung und Bauprogramme in den Stadtkernen. Die Broschüre „König Macht Stadt“ schließt mit einem nachdenklichen Hinweis auf die Zukunftsaufgaben.<sup>19</sup>

Eine neuere Broschüre thematisiert die Zukunftspolitik mit Fragen zur Energieeffizienz in den historischen Stadtkernen.<sup>20</sup> Neugieriger machen dabei die Experimente in Treuenbrietzen, ob und wie mit einer Stadt-Land-Partnerschaft von Dorf und Innen-

16 AG Historische Stadtkerne/Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung (s. A 5).

17 AG Historische Stadtkerne, Fahrradfreundliche historische Stadtkerne, Potsdam April 2010.

18 AG Historische Stadtkerne (Hrsg.), Im Kern einzigartig. 31 historische Stadtkerne im Land Brandenburg, Potsdam 2010.

19 AG historische Stadtkerne (Hrsg.), König Macht Stadt, Potsdam 2012; H.J. Stricker/C. Wilhelm, Historische Stadtkerne im Prozess – Erreichtes und künftige Herausforderungen, S. 137-143.

20 AG Historische Stadtkerne (Hrsg.), Energieeffiziente historische Stadtkerne im Land Brandenburg, Potsdam 2012.



**Abb. 6:**  
Einweihung Städtebrunnen  
Luckau-Zuchthausgelände zum  
20jährigen Jubiläum der AG  
„Historische Stadtkerne“  
am 09.11.2012; Foto: H. Kuschy,  
Lausitzer Rundschau.

stadt (Windpark Ortsteil Feldheim und Treuenbrietzen Stadtkern) eine autarke städtische Energieversorgung umsetzbar wäre – gegenwärtig allerdings noch im Widerspruch zu geltenden rechtlichen Regelungen des Energieeinspeisegesetzes (EEG).

Eine bundesweite Bündnispolitik mit der „AG Historische Stadtkerne in NRW“ sowie mit dem „Forum Stadt – Netzwerk historische Städte e.V.“ soll die Bundes-Förder-Aufmerksamkeit auf das bauhistorische Kulturgut der Städte auch in Zeiten der Finanzkrise und des auslaufenden Solidarpaktes 2018 nachhaltig wachhalten.

Indes feierten die Veteranen der Bewegung am 09.11.2012 das 20-jährige Jubiläum mit der Einweihung eines Städtebrunnens auf dem Zuchthausgelände in Luckau. Die Brunneneinfassung besteht aus 31 Tonabgüssen der Städtewappen.

Das neue Format „Denksalon“ zu Zukunftsthemen hat bei den Machern der Kommunalpolitik wohl noch nicht Fuß gefasst. Nun kann man gespannt sein, ob es mit dem neuen Thema „Alte Stadt – Jugendfrei!“ gelingt, wie „Kai aus der Kiste“<sup>21</sup> die Vergangenheitsfixierung zu überwinden.

Charakteristische Merkmale im Überblick:

- ▷ [www.altstadtboerse.de](http://www.altstadtboerse.de) (2009).
- ▷ Kritische Bilanz-Dokumentation: „WendePunkte – Wiederentdeckung der historischen Stadtkerne“ (2009).
- ▷ Selbstreflektion: Jahrestagung 2010 in Jüterborg „Historische Stadtkerne: Weiter erneuern – Weiter entwickeln – Weiter denken!“

21 Kinderbuch W. Durian, Kai aus der Kiste, Hamburg 2004 (Erstausgabe 1924).

- ▷ Neue Markenbeschwörung: Broschüre „Im Kern einzigartig“ (2010).
- ▷ Ausdifferenzierung der „Im Kern einzigartig“-Strategie auf den Tourismus.
- ▷ Zielgruppen- und themendifferenziertes Marketing.
- ▷ Landesweites Radroutensystem und Radrouteneinbindung (2010-2013).
- ▷ Energie-Effizienz und Denkmalschutzfragen.
- ▷ Bundesweiter Erfahrungsaustausch mit Gleichgesinnten: gemeinsame Tagung mit dem „Forum Stadt e.V. – Netzwerk historischer Städte“ zu „Freiräume in der alten Stadt“ in Neuruppin (2011); gemeinsame Tagung mit der „AG Historische Stadtkerne NRW“ über Fahrradtourismus, Barrierefreiheit und Internetwerbung in Rheinsberg (2012); gemeinsame Rheinsberger Erklärung April 2012 zur Beibehaltung der Sonderförderung Städtebaulicher Denkmalschutz (April 2012).
- ▷ 20 Jahre AG Historische Stadtkerne mit Symbolakt in Luckau: Städtebrunneneinweihung auf dem Zuchthausgelände (November 2012).
- ▷ Neues Format „Denksalon“ in der Erprobung (Herzberg 2012).
- ▷ Eigenständiges Jahresthema 2013: „Alte Stadt – Jugendfrei?!“ innerhalb der Kulturlandkampagne 2013 „spiel und ernst – ernst und spiel. kindheit in brandenburg“.

### 3. BEOBACHTUNGEN UND OFFENE FRAGEN – ES IST SO WIE ES IST, ABER WARUM?

Nach etlichen Spaziergängen – in verschiedenen Jahren und verschiedenen Jahreszeiten – durch Mitgliederstädte der „AG Städte mit Historischen Stadtkernen in Brandenburg“ verspürt man in den Stadtbildern wenig vom Wagemut der Anfangszeit, von neuen Sprachbildern und Energien. Die Straßenzüge vermitteln Verzagtheit, Zurücknahme, Anpassung und Anspruchslosigkeit. Die wenigen markanten öffentlichen Baudenkmale übertrumpfen sich durch Denkmalschutz-Disziplin. Man fragt sich: „Wo experimentiert hier ein Architekt wie Karljosef Schattner mit dem Weiterbauen der Stadt?“ Verantwortliche verweisen auf die Denkmalschutz-Maximen und die fehlenden Mehrheiten im Stadtparlament mit dem Effekt, dass viele der kleinen Städte sich zwar buchhalterisch saniert, aber gewissermaßen „altbacken“ darstellen.

#### *Baulich räumliche Stadt-Morphologie – Sonderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz?*

Der notwendige „Blick zurück nach vorn“ scheint stecken geblieben zu sein in der Rekonstruktion der Vergangenheit, im Mythos der Europäischen Stadt.<sup>22</sup> Die Blickstarre auf das Primat des Denkmalschutzes mit seinem Identitätsimperativ scheint die eigene Kreativität zu lähmen. Man hat den Eindruck, dass das wachsende Wissen über die Stadtbaukunst nicht als Sprungbrett für die Zukunft, sondern eher autoritär zu Ein-

22 M. Sabrow, Mythen der Moderne, in: *Kulturland Brandenburg e.V.* (Hrsg.), *Moderne in Brandenburg: LICHT SPIEL HAUS – Film Kunst und Baukultur*, Potsdam 2011, S. 184-188.

schüchternheit und Misstrauen gegenüber der eigenen Formgebung geführt hat, selbst bei kreativen Architekten. „In der Reproduktion des Gewohnten geht die eigene Stimme verloren“.<sup>23</sup> Dabei ließe die starke Grammatik der Stadtgrundrisse in der unspektakulären Straßenrandbebauung zwischen den markanten Schlüsseldenkmälern doch architektonische Ausreißer zu. Lebenstoleranzen beim Ensembleschutz über Wettbewerbe zu untersuchen, war offenbar kein Thema. Man wird den Eindruck nicht los, dass im Basislager der historischen Stadtkerne in Brandenburg mehr der Denkmalschutz dominiert als übergreifende offene städtebauliche Entwicklungsfragen. Wie sonst sollte man sich die Brandenburger Zurückhaltung bei Wettbewerben erklären, z.B. im Unterschied zu Mecklenburg-Vorpommern.<sup>24</sup>

### *Soziale Morphologie – die Macht oder Gegenmacht der Froschperspektive?*

Welche Botschaften übermitteln die Stadtbilder heute von der Stadtgesellschaft, der visionären Führungskraft der Planungshoheitsträger und ihrer Beschwörungsformel „Identität“? „Neben dem Habitus [Bourdieu] ist darum die Identität der Leitwert der Basislagerkultur – und wenn zur Identität ein Trauma hinzukommt, steht der Verklärung des Wertkerns nichts mehr im Weg.“<sup>25</sup>

Fehlt es in den Stadtspitzen an Mut, am mangelnden Konsens bei den Stadtverordneten oder der Stadtgesellschaft? Liegt es am wachsenden Alter der Bevölkerung und ihrer Flexibilität, der Sozialstruktur kleiner Städte, ihren sozialen Milieus und dem Eigentümerverhalten?

Die neue Landespolitik propagiert den aktivierenden Staat. Sie baut auf die örtliche „Eigenlogik“<sup>26</sup> – ein notwendiges Analyseinstrument aber kein hinreichender Ansporn zum „Almauftrieb“ sondern eher zur Rechtfertigung von Gewohnheiten und Resignation. Die Stadtbevölkerung ist alt geworden ebenso wie die Bannerträger der Wendezeit. Die jungen Leute verlassen die kleine Stadt. Die angestammte Stadelite schrumpft. Engagierten Bürgermeistern mit ausgedünnter Fachverwaltung fehlt eine junge personelle Infrastruktur mit neuen Ideen. Die Finanzkraft schwindet öffentlich wie privat. Der große eingebaute Erwartungsdruck der Bevölkerung auf die politische Führung schwächt immer noch das Vertrauen in die eigene Kraft und das Vermögen, offene Zukünfte zu akzeptieren. Die Erwartungen der Bürgerschaft haben sich nicht erfüllt. Das Warten auf bessere Verhältnisse hat sich für sie nicht gelohnt? Reicht die Kraft für Experimente nicht mehr aus? Akzeptiert man den Status quo im Basislager als „die Endstation des Werdens“?<sup>27</sup> oder fordert man mit etwas mehr Empathie: „Bitte, nehmt Abschied vom War-

23 W. Pehnt, Schinkel und über Schinkel hinaus. Bindung und Freiheit im Umgang mit Geschichte, in: K.U. Hemken, Gedächtnisbilder, Leipzig 1996, S. 212.

24 BMVBS (s. A 4), Auslobung von Wettbewerben 2012, S. 81.

25 P. Sloterdijk (s. A 1) S. 297.

26 H. Berking/M. Löw, Die Eigenlogik der Städte, Frankfurt 2008.

27 P. Sloterdijk (s. A 1), S. 279.

ten. Und seid was ihr seid! [...] Dann habt ihr eine Chance. Sonst kommt ihr nicht damit zurecht. Dieser Abgrund zwischen Sein-Wollen und Sein, der macht euch sonst kaputt.“<sup>28</sup>

Dagegen steht der Einwand von Peter Sloterdijk (2009): „Wenn und weil im Basislager das bisher Erreichte als solches unter Kulturschutz gestellt wird, bedeutete jedes Expeditionsprojekt in der Vertikalen einen Frevel, eine Verhöhnung aller gerahmten Werte. Im Identitäts-Regime werden sämtliche Energien devertikalisiert und der Registratur übergeben. [...] Identität liefert folglich den Superhabitus für alle, die so sein wollen wie sie aufgrund ihrer lokalen Prägung wurden, und meinen, das sei gut so.“<sup>29</sup>

Sicher muss man von Stadt zu Stadt differenzieren. Dort wo nach den Kommunalwahlen die Stadtspitze wechselte, kommen diese Städte mit neuer kreativer Antriebskraft auch sichtbar in Bewegung. Doch scheint ein Münchhausenbefehl aus der Froschperspektive wenig effektiv. Erfolgreiche Gipfelstürme hängen nicht nur von der Ausrüstung, von Kondition und Aufstiegswillen ab, sondern ebenso stark von der Großwetterlage.

### *Perspektivenwechsel –*

#### *Von der lokalen Denkmalschutzkür zur regionalen Daseinsvorsorgepflicht?*

Der neue Landesentwicklungsplan nötigt die AG „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg zur kritischen Rückblende. Die regionale Flughöhe ermöglicht, „Sachgrenzen zu überschreiten, Planungsgrenzen durchlässig zu machen und über die Gemeindegrenzen hinaus zu denken“.<sup>30</sup> Er regt zu neuen Koalitionen und Kooperationen an, wenn der Bevölkerungsverlust in Berlin-fernen Räumen bis 2030 auf gut 20% weiter ansteigt. Das neue Jahresthema 2013 „Alte Stadt – jugendfrei?!“ erscheint in der AG noch gewöhnungsbedürftig, wäre aber ein guter Wetzstein, sich programmatisch neu einzubringen. Die Stadt Neuruppin weist einen Weg als starkes Mittelzentrum mit einer anspruchsvollen neuen Baukulturpolitik:

- ▷ Umbau des Alten Gymnasiums zu einer Ideenschmiede für junge Leute.
- ▷ Neue Museumsarchitektur für altes Ausstellungsgut (Wettbewerbsergebnis).

Auf den sechs Fahrradrouten der AG ließen sich einige Mittelbereiche touristisch in Bewegung setzen.<sup>31</sup> Der gesammelte Wissensschatz über die Ortsgeschichte und ihre Ausstrahlung auf das Umland könnte dazu beitragen, alte Kulturlandschaften neu zu

28 H. Bude, Techniken des Überlebens – Vergebliche Avantgarden und trotzige Größen, Gesprächsdokumentation: H. Bude/W. Englert/A. Willisch, in: *Maxim Gorki Theater* (Hrsg.), Überleben im Umbruch, Berlin 2010, S. 13.

29 P. Sloterdijk ( s. A 1), S. 297.

30 Die Empfehlungen des Gründungskuratoriums der IBA Fürst-Pückler-Land (1997) sind immer noch bedenkenswert.

31 Vgl.: bikeline Radtourenbuch: Historische Stadtkerne im Land Brandenburg, Bd. 1 u. 2, Rodingerdorf 2012 u. 2013.

**Abb. 7:**  
Baustellenschild  
Museumserweiterung Neuruppin 2013  
(Wettbewerb, Realisierung 1. Preis:  
Architekten Heidenreich & Springer Berlin;  
Foto: R. Fritz-Haendeler, Januar 2013.



entwickeln.<sup>32</sup> Neue Produktentwicklung zur Energieeinsparung in historischen Stadtstrukturen wird schon in einigen Städten erprobt.<sup>33</sup> Das Aufgabenspektrum ist wiederum neu und gewaltig. Es fordert zu neuer Gipfeldefinition im örtlichen Basislager Baukultur heraus, ohne neue Formensprachen auszuschließen. Nicht alle der 31 Mitgliedstädte haben günstige Ausgangsbedingungen, um hierbei mitzuhalten. Der Gesprächsbedarf jedenfalls ist groß, ebenso wie der Bedarf an Menschen mit Überblick, welche eine „erfinderische Politik mit aktiver Vertrauensarbeit“<sup>34</sup> vor Ort unterstützen.<sup>35</sup>

32 Vgl. *Landesentwicklungsplan Berlin Brandenburg* (s. A 15 ), Kulturlandschaften als Handlungsraum, S. 12-14.

33 *AG Historische Stadtkerne* (s. A 20).

34 A. Giddens (s. A 2) S. 36.

35 J. Aring/S. Trommer, Selbstverantwortung und Selbsthilfe vor Ort als ernstgemeinte Perspektive, in: *DASL* (Hrsg.) *Vorbereitender Bericht zur Jahrestagung 2012 in Leipzig*, S. 233-236; H. Drost, Gedanken zur Situation: Klein- und Landstädte im Land Brandenburg, ebda., S. 141-143; K. Anders, Crazy Horse, Kolumnen über Stadt und Land II, Oderaue 2012.

## AUTORINNEN/AUTOREN

### ***Prof. Dr. Dirk Schubert***

HafenCity Universität Hamburg; Studium der Architektur und Soziologie, wiss. Mitarbeiter FU Berlin, Akad. Oberrat TU Hamburg-Harburg, Forschung und Publikationen zur Stadtplanungsgeschichte, Stadterneuerung wie zu Transformationsprozessen an Hafen- und Uferzonen. Vize-Präsident der International Planning History Society und (Mit-)Herausgeber des Jahrbuchs Stadterneuerung, von PORTUS und von Planning Perspectives.

### ***Dr.-Ing. Renate Fritz-Haendeler***

Ministerialrätin a.D.; Studium der Architektur mit Städtebauvertiefung an der TU Stuttgart, 1976-1984 wiss. Assistentin am Lehrstuhl Städtebau der RWTH Aachen, Promotion 1981 und verschiedene Vertretungsprofessuren; Referatsleiterin IBA Emscher Park, Ministerium für Stadtentwicklung NRW 1989-1991 und für Grundsatzfragen Stadtentwicklung und Wohnen, 1991-2009 Ministerium für Stadtentwicklung Land Brandenburg, Stabsstelle Baukultur.

### ***Dr.-Ing. Anja Nelle***

Architektin; seit 2010 Begleitforschung in der Bundestransferstelle Stadtumbau Ost am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturforchung in Erkner bei Berlin; weitere Expertisen und Gutachten u.a. zum Thema Baukultur; 2007-2009 Beratung der Stadtverwaltung Fortaleza (Brasilien) im Auftrag des Deutschen Entwicklungsdienstes; 2001-2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Brandenburgischen Technischen

Universität; Forschungsschwerpunkte: Urbane Veränderungsprozesse, Musealisierung, Baukultur, Stadterneuerung, sozialer Wohnungsbau, Partizipation, Städtebauförderung, Stadtumbau.

### ***Prof. Dr. Frank Eckardt***

Professor für Sozialwissenschaftliche Stadtforschung an der Bauhaus-Universität Weimar; 1994-1998 Studium der Politikwissenschaften, Neueren und Mittleren Geschichte an der Universität Kassel; 1999-2002 wiss. Mitarbeiter am Lehrstuhl Stadtsoziologie der Bauhaus-Universität Weimar; 2002 Promotion; 2002-2009 Juniorprofessor für Soziologie am Institut für Europäische Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar und 2009 Habilitation an der Fakultät für Architektur.

### ***René Seyfarth***

Wiss. Mitarbeiter an der Professur Sozialwissenschaftliche Stadtforschung der Bauhaus-Universität Weimar; bis 2007 Studium der Kulturwissenschaften, Ethnologie und Kunstgeschichte an der Universität Leipzig; Promotionsvorhaben am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität Berlin zu Konflikten um die Deutung und Nutzung von urbanen Räumen; seit 2012 Koordination des Projekts „Urban Minorities“, an dem neben der Bauhaus-Universität Weimar die Universitäten Alexandria, Gaza, die Deutsch-Jordanische Universität Amman, das Center for Urban Studies Istanbul sowie ab 2013 auch die Universität Teheran beteiligt sind.

Harald Bodenschatz

## STANDARDSTÄDTE IN DER SOWJETUNION

Ein wichtiger Beitrag von Thomas Flierl zur europäischen Städtebaugeschichte

THOMAS FLIERL (Hrsg.), *Standardstädte. Ernst May in der Sowjetunion. Texte und Dokumente*, Berlin: edition suhrkamp 2012, *Abbildungen*, 552 S., 16,- €.

„Standardstädte. Ernst May in der Sowjetunion“, so heißt das 2012 in Berlin von Thomas Flierl und „Moscow – The fourth Rome“ das von Katarina Clark 2011 in London herausgegebene Buch.<sup>1</sup> Zwei schöne, programmatische Titel, welche eine veränderte Sichtweise auf die Diktatur Stalins prägnant zum Ausdruck bringen!

Die Sowjetunion der Zwischenkriegszeit macht weiterhin kulturelle Schlagzeilen, aber noch immer gehen die Urteile über diese Jahre weit auseinander – je nach politischer, professioneller und ästhetischer Präferenz. „Standardstadt“ und das „vierte Rom“ – das beißt sich! Noch immer erscheint die Sowjetunion Stalins als ein Puzzle vielfältiger Zeugnisse, Dokumente und Forschungen, das allerdings nicht zusammen zu passen scheint und sich hartnäckig den allzu einfachen Schubladen widersetzt. Eines ist aber klar: Die Entwicklungen in der Sowjetunion wurden von einem in dieser Dimension bislang unbekanntem internationalen Austausch begleitet – auch noch in den 1930er Jahren, als die meisten ausländischen Experten die Sowjetunion schon wieder hatten verlassen müssen.

1 K. Clark, *Moscow. The fourth Rome. Stalinism, Cosmopolitanism, and the Evolution of Soviet Culture 1931-1941*, London 2011.

Das von Thomas Flierl, dem ehemaligen Kultursenator der Linken in Berlin herausgegebene und eingeleitete gewichtige Buch der edition suhrkamp entfaltet ein Thema, von dem viele dachten, es sei längst bekannt: die Präsenz europäischer, vor allem deutscher Architekten in der Sowjetunion, an vorderster Front Ernst May. Der Untertitel des Buches verdeutlicht den gewählten Schwerpunkt: „Ernst May in der Sowjetunion 1930-1933. Text und Dokumente“. Die Lektüre von 330 Seiten Dokumenten von und über Ernst May – vielfach zum ersten Mal der Öffentlichkeit erschlossen – entführt uns in eine bis heute nur schwer verständliche Welt des radikalen Umbruchs und der internationalen Zusammenarbeit, wie sie es im Städtebau in dieser Dimension nirgendwo sonst im 20. Jahrhundert gegeben hat. Damit aber nicht genug: Den eindrucksvollen Dokumenten vorgeschaltet ist eine „Einleitung“ von Thomas Flierl – ein Begriff, der wahrlich untertreibt. Denn mit 132 Seiten gibt diese mit „Planstädte für ein planloses Land“ betitelte Einleitung schon allein quantitativ wie qualitativ Stoff für eine Ausgabe der edition suhrkamp. Thomas Flierl ist ein exzellenter Kenner der Materie – er hat nicht nur die ganzen Dokumente gesichtet und oft regelrecht ausgegraben, er hat auch viele der von May beplanten Städte besucht und dessen Spuren dort erforscht.

Standardstadt (S. 84) war ein besonderes städtebauliches Projekt – eine Stadt mit gleichen Wohnbauten und relativ gleichen Wohnungen, die eine Grundausstattung haben, die deutlich

über dem Standard des – rückständigen – Sowjet-Landes lag, aber keinen besonderen Luxus bot. Eine Stadt, die idealiter Ungleichheit hinter sich gelassen hatte, zugleich aber auch keine Geschichte hatte, keine Geschichte brauchte, nur der Zukunft zugewandt war. Eine Stadt, die kein besonderes Profil hatte, die wiederholbar war, die sich nicht wesentlich von der nächsten unterschied, wengleich der Stadtgrundriss durchaus – im Rahmen des modernen Städtebaus – Varianten aufwies. Eine Stadt, die öffentliche Räume im Sinne der alten Stadt, also Straßen und Plätze, überwinden wollte. Eine Stadt als Kombination von Wohnzeilen, Distanz- und Erholungsgrün, Transportbändern und einem Zentrum mit den nötigen Infrastruktureinrichtungen. Eine Stadt, die schließlich vor allem eine riesige Werksiedlung war, deren Sinn, ja Identitäts- und städtebaulicher Bezugspunkt das große Werk war (S. 461). Standardstadt war vor allem eine gänzlich neue Stadt, eine Industriestadt auf vorher unbebautem Gelände. Standardstädte wurden nicht nur gedacht und geplant, sondern auch gebaut – in viel größerer Zahl, als oft vermutet wird und wie das Buch eindrucksvoll, allerdings nur in einem sehr kurzen Zeitraum, zeigt. Der spiritus rector dieser neuen Städte war Ernst May.

Hintergrund der fieberhaften Neustadtgründungen in einer Zeit, in der die kapitalistische Welt von der Weltwirtschaftskrise bis in ihr Mark erschüttert wurde, war die Umsetzung des ersten (verkürzten) Fünfjahresplans (1929-1932) der Sowjetunion, der auf eine massive Industrialisierung (vor allem in Richtung Schwerindustrie) und eine Zwangskollektivierung der Landwirtschaft zielte. Damit war auch die Hierarchie festgeschrieben: Das Wichtigste war das große Werk, dann kam die Stadt zum Werk (S. 285). Das einzigartige Experiment des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande“ in aller kürzester Zeit hat die Sowjetunion in eine bis heute kaum vorstellbare Bewegung gebracht: Millionen von Menschen verließen mehr oder weniger freiwillig ihre Dörfer und damit eine in Jahrhunderten konsolidierte traditionelle Lebensweise. Neue Arbeit suchten sie in den großen Städten oder eben in den neuen Städten, die überall im Lande aus dem Boden gestampft wurden.

Für den Bau neuer Industriebetriebe, Industriestädte und der Infrastrukturen, die diese Städte mit dem übrigen Lande verbanden, wurden unendlich viele Arbeiter benötigt, hoch qualifizierte, qualifizierte und unqualifizierte Arbeitskräfte. Es fehlte nicht nur an Maschinen und Baustoffen (S. 284 f.), sondern hinten und vorne auch an qualifizierten Arbeitern (S. 283, 305). Die unerwünschte Folge: Mit allen nur möglichen Mitteln, sprich Vergünstigungen konkurrierten die unterschiedlichen Unternehmungen um diese Arbeiter, sie warben sie sich gegenseitig ab – trotz aller Verbote der Partei. Schließlich musste sich Stalin in seiner berühmten Rede vom 23. Juni 1931 öffentlich von der „Gleichmacherei“ distanzieren und einer stark differenzierten Entlohnung das Wort reden (S. 87). Doch nicht nur die „Gleichmacherei“ geriet in Verruf, sondern auch die „Vergesellschaftung der Lebensweise“, die vielen Intellektuellen, auch aus Architektur und Städtebau, als sozialistisches Ideal vorschwebte. Denn wie sollten die ehemaligen Bauern, die gerade in die Städte gekommen waren, davon überzeugt werden, dass sie gleich auch noch ihr Familienleben aufgeben und sich ihre Kinder wegnehmen lassen sollten? In all dem Chaos, das dem Start des ersten Fünfjahresplans folgte, häuften sich die gesellschaftlichen Konflikte, ja Rebellionen, die ihrerseits mit dem System der „Lager“ beantwortet wurden, Lager, die wiederum unqualifizierte (Zwangs-)Arbeiter für die großen Baustellen des Fünfjahresplans lieferten. In diesem sozialökonomischen Dschungel konnte das Projekt „Standardstadt“ verständlicherweise nicht wirklich landen.

Es war eine Aufgabe der seit 1930 in die Sowjetunion gerufenen ausländischen Spezialisten, gegenüber linksradikalen Ideen, die das Klima der Unruhen weiter aufheizen konnten, bremsend zu wirken, und diese Aufgabe wurde auch erfüllt, nicht nur von Ernst May (S. 50). Die Ausländer wandten sich gegen eine Zwangsvergesellschaftung der Lebensweise und auch gegen überzogene Ideen einer Auflösung der Städte, wie sie etwa die Desurbanisten vertraten. Überhastete Industrialisierung und Zwangskollektivierung korrespondierten mit einer neuen Wertschätzung der Familie – ein nur auf den ersten Blick

paradoxes Verhältnis. Dennoch war – nach dem Start des ersten Fünfjahresplans – die städtebauliche Orientierung der nunmehr von Stalin gelenkten Kommunistischen Partei zunächst alles andere als klar.

Der neue Kurs der Partei im Städtebau wurde in größerem Umfang erst während des legendären Juniplenums 1931 sichtbar (S. 86 f.), auf dem Lazar Kaganovič, neuer Parteisekretär von Moskau, Politbüromitglied und engster Mitarbeiter Stalins in der Führungsriege der Partei, in einer stundenlangen Rede radikalen Ideen zur Überwindung der überkommenen Städte eine Absage erteilte. Mit dieser Rede konsolidierte sich die neue Städtebaupolitik der Partei: Konzentration auf Moskau oder allgemeiner auf die vorhandenen Städte (statt auf den Neubau von Städten), Konzentration auf die Zentren der Städte und damit auf kulturelle Repräsentation statt auf Industriekult, Abkehr vom Egalitarismus und einer Politik der Auflösung der Familie. Dies widersprach dem Vorschlag Ernst Mays, der im September 1932 seine Ideen für ein neues Moskau vorlegte: An Stelle der „allmählich niederzulegenden“ Innenstadt sollte ein neues „Stadt-Kollektiv“ entstehen, in dessen Mitte sich ein vom Wohnen „befreites“ gewaltiges Verwaltungszentrum mit Hochhäusern erhob (S. 332 ff.) – ein radikales Werk der „Zerstörung“ (S. 126) der überkommenen Stadt.

Im Jahr 1932 weilten etwa 35.000 ausländische Experten in der Sowjetunion. Deren Tätigkeit in einem sozialistischen Land war keineswegs nur oder in erster Linie ein heroischer internationalistischer Akt. Insbesondere war sie alles andere als eine Aktion von Gleichen. Ernst May war in der Sowjetunion nicht einfach mit seiner „Brigade“ unterwegs, wie es oft so schön heißt, er war klar der Boss, und zwar nicht nur einer kleinen Brigade, sondern eines Superkonzerns, dessen Struktur und Namen sich im Laufe seiner Tätigkeit etwas verändert haben. Faktisch war er der Herr der größten Städtebau-Behörde, die es wohl jemals auf Erden gegeben hat. (S. 44, 52 f., 82 f.) Dagegen war „Rimpl's Laden“ im nationalsozialistischen Deutschland ein Kleinbetrieb. Allenfalls der Konzern, der für den Fabrikbau zuständig war und dem US-Amerikaner und Ford-Archi-

tekten Albert Kahn (1929-1932 in der Sowjetunion tätig) unterstand, konnte es mit May's Konzern aufnehmen (S. 148). Die herausgehobene Stellung von Ernst May spiegelte sich auch in seiner Entlohnung wider, wie das entsprechende Dokument in dem Buch „Standardstädte“ zeigt: May erhielt 1.750 Dollar (mit steigender Tendenz), die Mehrheit seiner deutschen Mitarbeiter dagegen 50 Dollar (S. 420 ff.). Das ist ein Ungleichheitsfaktor von 1:35! „Wir haben uns“, so May später, „bis zum Abschluss meiner Tätigkeit in Russland aus Nichts (wir verließen „Frankfurt mit einer Hypothekenschuld von M. 60.000,-) einen Betrag von ca. 90.000 M. gespart“ (S. 446).

Es darf aber nicht vergessen werden, dass es in der Sowjetunion auch eigene Architekten und Städtebauer gab, denen May oft in die Parade fuhr. Insgesamt war die städtebauliche Arbeit in der Sowjetunion alles andere als ein harmonisches Werk internationaler Solidarität, im Gegenteil (S. 160): Es war ein Gewirr harter Konkurrenz – der europäischen Fachleute untereinander, zwischen den europäischen und den US-amerikanischen Fachleuten (S. 115 f.) und schließlich zwischen den ausländischen und den sowjetischen Experten (S. 126) und zwischen den sowjetischen Experten selbst. Jeder Leser des Buchs muss sich dessen klar sein: Er erhält mit den Texten Ernst Mays natürlich auch nur die Sicht Ernst Mays, während dessen Konkurrenten – etwa die einflussreichen Städtebauer Vladimir Semënov (S. 67, 71, 121 f., 527 f.) und Sergej Černišev (S. 58, 528), aber auch der deutsche Kurt Meyer (S. 122) – blass bleiben müssen.

Wenn man sich dessen bewusst ist, wird der aufmerksame Leser in den Dokumenten des Buches unschätzbare Informationen zu dieser Schlüsselperiode des europäischen Städtebaus finden, explizit oder zwischen den Zeilen, und natürlich in der großen Einleitung von Thomas Flierl. Selbst die oft ignorierte tiefgreifende ökonomische und gesellschaftliche Krise wird angesprochen (S. 104), die das Ergebnis des abenteuerlichen ersten Fünfjahresplans war – die große Wirtschafts- und vor allem Hungerkrise 1931 bis 1933, die im Winter 1932/33 eine dramatische Zuspitzung erfuhr. Diese Katastrophe brachte das

sozialistische Experiment bis an den Rand des Abgrunds. Sicher, die sowjetische Führung tat alles, um das Ausmaß der Krise vor den ausländischen Experten zu verheimlichen, dennoch dürften die schrecklichen Verhältnisse vor allem auf dem Land den Experten nicht verborgen geblieben sein (S. 108). In dieser Not strebte die sowjetische Führung auch danach, die Belohnung der Experten in ausländischer Währung drastisch einzuschränken – eine Entwicklung, unter der auch May zu leiden hatte.

Nach der Überwindung des Hungerwinters schien der Durchbruch geschafft, der Sozialismus hatte in der Sowjetunion gesiegt! Dieser Triumph wurde exzessiv gefeiert – unter anderem durch die Projektierung eines immer gigantischeren Sowjetpalastes. Der siegreiche Sozialismus fand ein neues Schaufenster, nicht mehr die neuen Werksiedlungen, sondern die Hauptstadt des Sozialismus: Moskau. Alle Anstrengungen konzentrierten sich nun auf die sowjetische Hauptstadt, die zu einer Art „vierten Roms“ werden sollte, wie Katerina Clark, Professorin für Vergleichende Literatur und Slawische Sprachen und Literaturen an der US-amerikanischen Yale University, schrieb. Diese Entwicklung erlaubt auch erste Überlegungen dazu, warum die im Westen bis heute so gefeierte moderne Architektur in die Defensive geriet. Sie konnte noch ein Angebot für den euphorischen Beginn des ersten Fünfjahresplans liefern, als der fieberhafte Bau riesiger Werksiedlungen auf der Tagesordnung stand und – im Kontext des Angriffs auf das traditionelle Dorf – eine moderate Änderung der Lebensweise wünschenswert schien. Nach den Erfahrungen der Hungerkrise, dem Kurswechsel in Richtung Ungleichmacherei und vor allem nach dem scheinbaren Durchbruch des Sozialismus waren schmucklose Bauten und profillose Städte nicht mehr gefragt, sondern Stadtgrundrisse, Bauten und auch U-Bahnstationen, die den neuen Geist des Triumphalismus zum Ausdruck brachten. Der alte Vorwurf, Ernst Mays Zeilenstädtebau wäre monoton und einer sozialistischen Gesellschaft nicht angemessen, gewann jetzt eine neue Dimension.

Doch folgten nun die Jahre der finsternen Stalinschen Reaktion, wie es uns die Baugeschich-

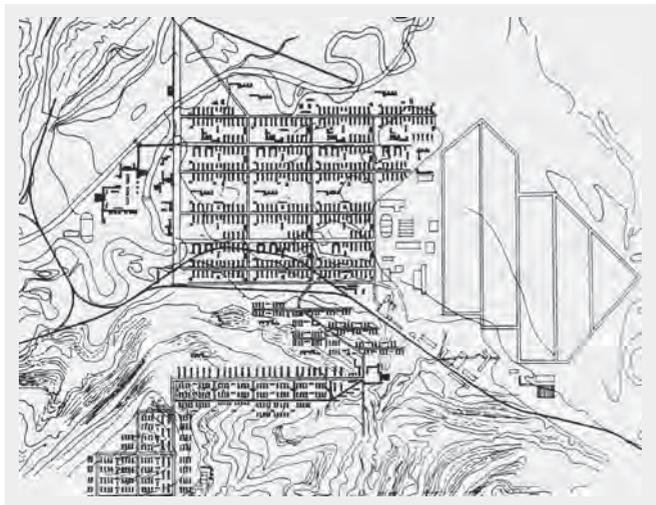
te bis heute schildert? Und ist auf der anderen Seite die CIAM, die ja 1933 ihren Kongress über die funktionelle Stadt in Moskau abhalten wollte (S. 111), der funkelnde Stern in der Finsternis? Ist der Wettbewerb zwischen dem Generalplan von Moskau, der Bibel des Stalinschen Städtebaus, und der so genannten Charta von Athen, ein Werk Le Corbusiers und nicht das beschlossene Ergebnis des Kongresses von 1933, einfach zugunsten letzterer zu entscheiden? Viele Historiker, darunter auch Katerina Clark, haben – ohne sich viel um Architektur und Städtebau zu kümmern – eine andere Deutung dieser Zeit: Für sie sind die Jahre bis 1935 eine Periode der relativen Lockerheit und Entspannung – begleitet von einer neuen Welle internationalen Austauschs. Vor allem das Jahr 1934 erscheint manchem als Jahr des „Tauwetters“. Clark entfaltet diese Wertung in ihrem umfangreichen neuen Buch „Moscow – The fourth Rome“ vor allem für den Bereich der Literatur, ihres Spezialgebietes. Kultur, und dabei vor allem die Literatur, an zweiter Stelle auch die Architektur, war in dieser Periode, so Clark, von außerordentlicher Bedeutung für die sowjetische Diktatur – mit Blick auf die Anerkennung im Inland wie Ausland. Zur gleichen Zeit wurde – mit wesentlicher Beteiligung von Kurt Meyer – der Generalbebauungsplan von Moskau erarbeitet. Dieser Plan bezog sich nicht nur auf eigene historische Vorbilder (etwa St. Petersburg), sondern auch auf internationale Modelle: etwa auf Haussmanns Paris, auf die großen Pläne in Europa um 1910 und auf die City Beautiful-Bewegung in den USA, auf die Planungen Fritz Schumachers für Köln und nicht zuletzt auf die Pläne für Rom in der Ära Mussolinis.<sup>2</sup>

In diesen „entspannten“ Jahren wurde recht brüsk Abschied genommen von avantgardisti-

2 Die Argumentation des Verfassers stützt sich u.a. auf die Publikation *H. Bodenschatz/Chr. Post* (Hrsg.), *Städtebau im Schatten Stalins. Die internationale Suche nach der sozialistischen Stadt in der Sowjetunion 1929-1935*, Berlin 2004 sowie *H. Bodenschatz*, *Städtebau für Mussolini. Auf der Suche nach der neuen Stadt im faschistischen Italien*, Berlin 2011.



**Abb. 1:**  
Planungsschema Ernst Mays für  
Tyrgan, Februar / März 1931.



**Abb. 2:**  
Planungsschema Ernst Mays für  
Kuzneck, 2. Fassung, April/Mai 1931.

schen und modernistischen Ideen zur sozialistischen Stadt. Zugleich wurden erstmals im Rahmen des zweiten Fünfjahresplans in größerem Umfang Gelder für den sowjetischen Städtebau zur Verfügung gestellt. Wo es um Geld ging, sah die Partei auch genauer hin – anders als etwa vor 1930, wo Städtebau für die Partei nicht so wichtig war. Die Erschließung neuer Arbeitsfelder für Architekten ging so notwendigerweise Hand in Hand mit einer größeren Kontrolle der architek-

tonischen Arbeit. In den Jahren des Terrors war die gestalterische Wende in Städtebau und Architektur längst vollzogen und es eigentlich nicht angemessen, den Terror mit den gestalterischen Konflikten direkt zu verknüpfen. Opfer des Großen Terrors wurden – neben vielen anderen Intellektuellen – auch Experten des Städtebaus ganz unterschiedlicher gestalterischer Orientierung. Verwiesen sei nur auf den 1936 deportierten und 1944 in Sibirien verstorbenen Kurt Meyer, der den

Generalbebauungsplan von Moskau 1935 maßgeblich mitgeprägt hat.

Das Ergebnis dieser widersprüchlichen Entwicklung war ein merkwürdiger Typus sozialistischer Stadt, den so eigentlich niemand gewollt hatte und der weder in den „offiziellen“ Verlautbarungen noch in den meisten späteren Forschungen angemessen beschrieben wurde. Bereits während des ersten Fünfjahresplans entstanden in den neuen Industriestädten neben den gleichmacherischen Zeilen Baracken, Zelte und Erdhöhlen, aber auch privilegierte Zonen für ausländische „Spezialisten“. Die neue Stadt dieser Jahre war alles andere als eine Stadt der Gleichen. Nach der städtebaulichen Wende 1931 rückte mehr und mehr der Umbau der vorhandenen Städte in den Vordergrund. Nunmehr wurden – partiell – die Innenstädte mit Wohn- und Arbeitsplätzen entlang prächtiger Straßen und Plätze für die neue Elite des Sozialismus erneuert, während der Großteil der Bevölkerung im Schatten dieser städtebaulich geschickt ins Blickfeld gerückten Paläste in nicht instand gehaltenen, geschweige denn modernisierten Hinterlassenschaften der vorsozialistischen Stadt leben musste.

Warum sind die Einschätzungen der 1930er Jahre in der Sowjetunion immer noch so umstritten? Zumindest ein Aspekt sei hier erwähnt: Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten war eine freie öffentliche Diskussion über die Erfahrungen der vielen Experten in der Sowjetunion nicht mehr möglich. In dieser hoffnungslosen Zeit sympathisierte Ernst May im stillen Kämmerlein mit der Diktatur Mussolinis, während er „mit der restlosen Unterdrückung des Kommunismus in Deutschland“ einverstanden war (S. 442 f.). Auch nach dem Zweiten Weltkrieg verhinderte der Kalte Krieg jede offene gesellschaftliche Debatte. Heute erst sind die Verhältnisse günstiger, aber wir sind auf eine sachliche Debatte noch nicht wirklich vorbereitet. Das von Thomas Flierl herausgegebene Buch ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einem klareren Verständnis dieser durch die Geschichte so verminten Zeit.

Johann Jessen

## OTTO-BORST-PREIS 2013

Fünfte Vergabe des Wissenschaftspreises in Nagold

Die Arbeitsgemeinschaft Forum Stadt e.V. (bis 2010 Die alte Stadt e.V.) hat im Jahre 2012 zum neunten Mal den Otto-Borst-Preis ausgelobt, der im jährlichen Wechsel als Wissenschaftspreis und Sanierungspreis vergeben wird. Der Name erinnert an den Historiker Prof. Dr. Otto Borst (1924-2001), Gründer der Arbeitsgemeinschaft und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift „Die Alte Stadt“, die seit dem 38. Jahrgang 2011 ebenfalls unter dem neuen Namen „Forum Stadt“ firmiert. Durch die Verleihung des Wissenschaftspreises will der Verein den wissenschaftlichen Nachwuchs in den Fachgebieten Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtplanung fördern. Der Jury des Otto-Borst-Preises 2013 gehörten an:

Prof. Dr. **HARALD BODENSCHATZ**,  
Technische Universität Berlin;  
Dr. **THERESIA GÜRTLER BERGER**,  
Ressort Denkmalpflege, Stadt Luzern;  
Prof. Dr. **TILMAN HARLANDER**,  
Universität Stuttgart;  
Prof. Dr. **JOHANN JESSEN**,  
Universität Stuttgart (Vorsitz);  
Prof. Dr. **KLAUS JAN PHILIPP**,  
Universität Stuttgart;  
**HANS SCHULTHEISS**,  
Chefredakteur der Zeitschrift »Forum Stadt«.

Zu dem diesjährigen Wettbewerb wurden 19 Arbeiten eingereicht, davon 14 Studienabschlussarbeiten (Diplomarbeiten, Master- und Bachelor-Abschlussarbeiten u.a.) und fünf Dissertationen. Der Jury ist nach Wochen der Lektüre die Entscheidung auch dieses Mal sehr schwer gefallen, da durchweg nur sehr gute Arbeiten aus sehr unterschiedlichen Disziplinen, die sich mit dem Thema Stadt beschäftigen, eingereicht wurden.



**Verleihung des Otto-Borst-Wissenschaftspreises 2013** in Nagold am 6. Juni 2013; v.l.: Dr. Juliane Jäger, Prof. Dr. Johann Jessen (Juryvorsitz), Dipl.-Ing. Kirsten Angermann, Dr. Jürgen Zieger (Erster Vorsitzender »Forum Stadt e.V.«), Dipl.-Ing. Daniela Zupan.

Nach reiflicher Abwägung hat sie zwei Studienabschlussarbeiten und eine Dissertation prämiert, verbunden mit einer Preissumme von jeweils 800,- Euro.

### Preise

▷ **DR. JULIANE JÄGER**, Braunschweig

»Wohn- und Bautraditionen im Wadi Al-Nadara, Syrien. Erhalt und Weiterentwicklung«  
*Dissertation 2012 an der Technischen Universität Braunschweig, Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Umweltwissenschaften*

Bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs vor zwei Jahren gehörte Syrien zu den Ländern, in denen deutsche Stadtplaner, Architekten und Bauhistoriker der Hochschulen, der GIZ und anderer Organisationen seit Jahrzehnten tätig waren: etwa für die Altstadterneuerung in Aleppo und Damaskus oder bei Ausgrabungen in Palmyra

und Resafa. Die baugeschichtliche Dissertation von Dr. Juliane Jäger, die wir hier auszeichnen, steht in dieser langen Tradition. Sie ist das Ergebnis einer fünfjährigen Forschungsarbeit vor Ort, die sie erst kurz vor dem Ausbruch des Bürgerkrieges im Frühjahr 2011 abschließen konnte.

Die Dissertation erfasst und analysiert die Wohnformen und Bautraditionen in Wadi Al-Nadara, einer seit Jahrtausenden besiedelten ländlichen Gegend mit terrassierten Olivenwäldern im westlichen Bergland Syriens unweit der Stadt Homs. Sie schließt eine Forschungslücke, denn über die Entwicklung des traditionellen Bauens in den ländlichen Räumen Syriens ist wenig bekannt.

Zunächst gibt die Autorin einen anschaulichen und konzentrierten Überblick über die lange und wechselhafte Geschichte und beschreibt auch die Veränderungen in der Siedlungsstruktur und im Landschaftsbild. Den Kern der Arbeit bildet die detaillierte Aufnahme, Analyse und Dokumentation traditioneller Wohnbauten. Sie arbeitet deren historische Entwicklungslinien heraus und gibt einen typologischen Überblick. Die vier wichtigsten Wohnbautypen (geschlossenes Rechteck-Haus, das sog. Liwan-Haus, das sog. Riwaq-Haus und das Mittelhallenhaus) werden an konkreten Beispielen detailliert in Aufmaß-Plänen, wunderbaren Detailzeichnungen und Fotos beschrieben: von der Gebäudekonzeption und Funktionszuordnung über die Baukonstruktion und verwendete Baumaterialien bis hin zur Baugestaltung und -ausstattung innen und außen. Die traditionellen Wohnbauten sind durch Verfall, Umnutzung und Überformung in ihrem Bestand bedroht. Vieles ist schon verloren. In den letzten Teilen der Arbeit wendet sich die Autorin mit nicht nachlassender Intensität der Frage zu, mit welchen Konzepten und Strategien diese Zeugnisse einer Jahrhunderte alten Baukultur unter Wahrung ihres Denkmalwertes erhalten werden können. Hierfür unterbreitet sie für zwei Dörfer und anhand dreier Objekte konkrete Erneuerungsvorschläge.

Aus der gut lesbaren Arbeit spricht eine große Leidenschaft für das Thema, die sich in sel-

tener Weise mit wissenschaftlicher Akribie, fachlicher Expertise, großer Präzision und abgewogenem Urteil verbindet. Abschließend sei Dr. Anette Gangler aus Stuttgart zitiert, die wir als eine der besten Kennerinnen syrischer Stadt- und Baukultur um eine zusätzliche Expertise gebeten haben. Sie schreibt: „Die Arbeit ist eine Grundlagenarbeit zur ländlichen Bauentwicklung in der Region, die es in dieser Art nach meinen Kenntnissen bisher für Syrien nicht gibt. [...] Die Arbeit ist für mich eine hervorragende Dokumentation einer ganzen Region, die bis in die detaillierte Bauaufnahme von einzelnen historischen Gebäudekomplexen und Rudimenten von Gebäuden reicht. Vor dem historischen Hintergrund des Wadi Al-Nadara ist die Bestandsaufnahme von großer Bedeutung, z. B. für die Tourismusentwicklung in Syrien. Angesichts der gegenwärtigen Zerstörung durch die kriegerischen Auseinandersetzungen treten diese Aspekte in den Hintergrund, gerade in dieser Gegend um Homs. Darum ist die umfassende und grundlegende Bestandsaufnahme noch wichtiger geworden und von hohem Wert für die Zukunft.“

▷ **DIPL.-ING. KIRSTEN ANGERMANN**, Weimar  
 »Die Platte in der Innenstadt, Wohnungsbau im Zentrum von Halle/Saale unter besonderer Betrachtung des Baugebietes „Am Domplatz“ (1985-1989)«

*Diplomarbeit Architektur 2012 an der Bauhaus-Universität Weimar*

Der Verfall der historischen Altstädte war bekanntlich einer der auslösenden Momente des Bürgerprotestes in der DDR im Herbst 1989. Seitdem ist, wie wir alle zu schätzen wissen, Beachtliches zum Erhalt der historischen Stadtkerne und Stadtquartiere in den ostdeutschen Bundesländern geleistet worden. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass auch schon im letzten Jahrzehnt der DDR, in den 1980er Jahren, die erhaltende Sanierung der Altstädte auf der Tagesordnung einiger Städte stand. Das bekannteste, damals auch in der Bundesrepublik

wahrgenommene Beispiel für die neue Wertschätzung des innerstädtischen baulichen Erbes war die Rekonstruktion des Nikolai-Viertels in Berlin-Mitte.

Die Arbeit von Kirsten Angermann befasst sich mit der sehr DDR-typischen, nur für eine kurze Zeit verfolgten Strategie der Stadtsanierung, den „Plattenbau“ für den innerstädtischen Wohnungsbau auf Abrissflächen und in Baulücken anzupassen – eine Aufgabe, für die er nie gedacht war und denkbar ungeeignet erschien. Dennoch haben die verantwortlichen Stadtplaner und Architekten in den DDR-Städten teilweise enorme gestalterische, organisatorische und bautechnische Anstrengungen unternommen, den industriell vorgefertigten Wohnbau in Körnung, Kubatur, Materialität und Gestalt mit dem historischen Stadtgrundriss und dem überlieferten baulichen Kontext kompatibel zu machen – mit unterschiedlichem Erfolg.

Kirsten Angermann untersucht das Beispiel des besonders ambitionierten Bauprojekts „Am Domplatz“ in der Altstadt von Halle an der Saale, das zwischen 1985 und 1989 errichtet wurde. Sie befasst sich dabei mit der auf den ersten Blick etwas verfrüht erscheinenden Frage nach dem Denkmalwert dieses Bauensembles. Damit fügt sich die Arbeit ein in die übergreifende sehr schwierige und kontrovers geführte Debatte unter Denkmalpflegern über die Handhabung des Denkmalschutzes bei den ungeliebten Objekten der seriellen Baufertigung sowie generell bei städtebaulichen Ensembles der 1960er bis 1980er Jahre. Hierzu arbeitet Kirsten Angermann zunächst die Entwicklung des innerstädtischen Wohnungsbaus in der DDR im Zusammenhang mit dem Wohnungsbauprogramm 1976-1990 auf und geht auf die damit verbundene neue politische Wertung des baulichen Erbes ein. In der Rekonstruktion der Planungsgeschichte in Halle zeigt sie detailliert, in welchem übergeordneten stadtpolitischen Zusammenhang das Bauvorhaben als eines der so genannten „Komplexgebiete“ der Hallenser Innenstadt entstanden ist. Sie vollzieht Schritt für Schritt das Planungs- und Bauverfahren nach und dokumentiert in Plänen und Bildern auf profes-

sionellem Niveau das Projekt selbst. Zusätzliche Informationen hat sie durch Interviews mit zwei damals verantwortlichen Projektarchitekten gewonnen. Schließlich wagt sie sich an eine differenzierte Analyse und Einschätzung des Denkmalwerts des Projekts. Aktualität gewinnt dieses Thema auch dadurch, dass nach nunmehr 25 Jahren eine Instandsetzung und Modernisierung ansteht. Schließlich zeigt sie ebenfalls überzeugend die grundsätzlichen Optionen einer denkmalgerechten Objektsanierung auf und untersucht die technischen und gestalterischen Möglichkeiten der Grundrissoptimierung und der energetischen Ertüchtigung.

Die am Institut für Denkmalpflege der Bauhaus-Universität in Weimar entstandene Arbeit betritt schwieriges Neuland. Das Themenfeld ist bisher unter der Perspektive des Denkmalschutzes kaum betrachtet worden. Die Arbeit nimmt sich seiner im Grundsätzlichen wie in den schwierigen Einzelaspekten auf höchst kompetente, gründliche und überzeugende Weise an. Zudem ist die für eine Diplomarbeit außergewöhnlich reife Arbeit klar und elegant geschrieben und – wie es sich für eine Abschlussarbeit an einer Architekturfakultät gehört – auch grafisch äußerst ansprechend gestaltet.

▷ **DIPL.-ING. DANIELA ZUPAN, Graz**

**»Urbanistische Ideen im sowjetischen und postsowjetischen Russland am Beispiel Perm«**  
*Diplomarbeit 2012, Magister Philosophie am Institut für Slavistik der Karl-Franzens Universität Graz/Österreich*

Perm ist die östlichste Millionen-Stadt Europas. Sie liegt 1.500 km östlich von Moskau am Fuße des Ural. Über die Industriestadt ist im Westen wenig bekannt; dies hat seinen Grund auch darin, dass sie bis zur politischen Wende 1989 als einer der wichtigsten Standorte der Rüstungsproduktion eine geschlossene Stadt war, zu der westliche Besucher keinen Zugang hatten. Am Beispiel der Stadt Perm beschäftigt sich die Arbeit mit den besonderen stadtpolitischen und städtebaulichen Herausforderungen, de-

nen sich große Städte in der russischen Provinz nach dem Ende der Sowjetunion und dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems stellen mussten. Perm ist auch als Fallbeispiel gewählt worden, weil die Stadt in den letzten Jahren durch ein sehr offensives Stadtmarketing, insbesondere im Kultursektor, über die Grenzen hinweg auf sich aufmerksam gemacht hat.

Als Hintergrund für ihre Fallstudie gibt die Autorin zunächst einen strukturierten Überblick über die Ideen- und Realgeschichte des sozialistischen Städtebaus in der Sowjetunion. Als weiteren Vorlauf setzt sie sich mit den Entwicklungslinien der so genannten „postsozialistischen Stadt“ auseinander, also mit den ökonomischen, sozialen, kulturellen und stadtstrukturellen Auswirkungen, die die plötzlich greifenden, weitgehend unregulierten Marktmechanismen auf die Entwicklung russischer Städte in den letzten zwanzig Jahren hatten. Desweiteren beleuchtet sie die verschiedenen urbanen Strategien, mit denen die russischen Großstädte seither versuchen, sich in der neuen schwierigen Situation zu behaupten.

Sehr informativ ist die Darstellung der in unseren Breiten weithin unbekannteren Stadtgeschichte Perms von ihren Anfängen im frühen 18. Jahrhundert bis heute. In deren Verlauf wechselte die Stadt mehrmals ihren Namen. Sie erlebte enorme Wachstumsschübe, die auf die Expansion des Industriesektors, namentlich der Rüstungsbetriebe, zurückgingen und die einen gewaltigen Ausbau der industriell gefertigten sozialistischen Wohnsiedlungen nach sich zogen. Nach dem Zusammenbruch geriet die Stadt wie alle anderen russischen Städte in eine schwere Krise: Zusammenbruch großer Teile der industriellen Basis, Arbeitslosigkeit und Abwanderung, Kollaps der staatlichen Leistungen. Besonders intensiv und kritisch setzt sich die Arbeit mit den aktuellen stadtpolitischen und städtebaulichen Strategien auseinander, mit denen die Stadt Perm sich in der scharfen Konkurrenz im eigenen Land und im erweiterten europäischen Maßstab behaupten will. Sie zweifelt an der mit zahlreichen Ausstellungen, Festivals sowie The-

ater- und Museumsprojekten lancierten Initiative, das Bild der tristen Industriestadt zugunsten einer weltweiten Kulturmetropole zu verändern; dies sei weder realistisch, noch in der Permer Bürgerschaft verwurzelt, sondern im Sinne einer Top-Down-Strategie durch eine von außen kommende Elite implantiert worden. Ähnlich kritisch fällt ihr Urteil aus über den kürzlich vorgestellten städtebaulichen Masterplan für Perm von KCAP, einem renommierten holländischen Büro. Er empfehle für die zukünftige städtebauliche Entwicklung das Leitbild der Europäischen Stadt, das nun gerade in Perm mit seinem ausgeprägten baulichen Erbe des sozialistischen Wohnbaus unangebracht sei und dessen lokale Bedeutung und Potenziale negiere.

Mit dieser ebenfalls sehr gut geschriebenen und sauber recherchierten Arbeit eröffnet uns die Autorin einen genauen und kritischen Blick auf die aktuelle Situation der Stadtpolitik und des Städtebaus einer russischen Großstadt am Rande Europas. Dies wird ihr möglich durch ihre doppelte Qualifikation als Architektin und Slawistin. Sie kann sich auf die Auswertung der russischsprachigen Literatur und Planungsdokumente ebenso stützen wie auf persönliche Interviews, die sie mit lokalen Experten und Akteuren in deren Muttersprache führen konnte, was ihrer Arbeit in besonderer Weise Tiefe und Gewicht verleiht.

# OTTO-BORST-PREIS 2014

## Auslobung des Preises für Stadterneuerung

Die europäische Stadt ist ein städtebauliches, wirtschaftliches und soziales Erfolgsmodell. Gleichwohl gilt es, die vorhandene Stadt an veränderte Bedürfnisse und Anforderungen anzupassen. Planungen und Maßnahmen zur lebendigen Weiterentwicklung der alten Stadt sind besonders geeignet, um beispielhaft die Prinzipien von Stadtentwicklung im Bestand und Weiterbauen deutlich zu machen.

Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e.V. lobt zum zehnten Mal den Otto-Borst-Preis aus. Der Preis wird seit 2005 vergeben, im jährlichen Wechsel als Wissenschaftspreis oder als Preis für Stadterneuerung. Hiermit wird der Otto-Borst-Preis für Stadterneuerung ausgelobt. Der Name des Preises erinnert an den Historiker Prof. Dr. Otto Borst (1924-2001), Gründer des Forum Stadt (vormals Arbeitsgemeinschaft Die alte Stadt e.V. und langjähriger Herausgeber der Zeitschrift „Forum Stadt“ (bis 2010 „Die alte Stadt“), Vierteljahreszeitschrift für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie, Denkmalpflege und Stadtentwicklung.

### Auslobung 2014

Für das Jahr 2014 wird der Preis für Stadterneuerung (Erhaltung, Sanierung, Umnutzung, Weiterbau) ausgelobt.

Ausgezeichnet mit diesem Preis werden beispielhafte stadtpolitisch verantwortete Maßnahmen insbesondere mit folgenden Zielen:

- ▷ behutsame Entwicklung historisch prägender Stadtsubstanz,
- ▷ stadtgerechte bauliche und nutzungsmäßige Sanierung,
- ▷ Erfüllung der aktuellen Anforderungen an ein angemessenes Stadtleben, das dem Stadtcharakter entspricht.

Wesentliches Kriterium ist ein deutlich zu erkennender übergeordneter städtebaulicher Zusammenhang, der dem Leitbild der klassischen europäischen Stadt entspricht. Dabei können sowohl Maßnahmen bezüglich erhaltenswerter Einzelobjekte als auch die Resultate innerstädtischer strukturell übergreifender Planungskonzepte als preiswürdig gelten. Einzelne neue Architekturleistungen ohne konsequenten städtebaulichen Kontext stehen allerdings ebenso wenig im Mittelpunkt der Preisvergabe wie die speziellen Fachleistungen restauratorischer Sanierungsmaßnahmen. Vielmehr sollen jene Projekte gewürdigt werden, die durch bedachte Stadtpolitik baulich, stadträumlich und von der Nutzung her zum Erhalt und zur zeitgemäßen Fortschreibung der jeweiligen historischen Stadtpersönlichkeit als einem gesellschaftlich, kulturell, wirtschaftlich und sozial erstrebten und akzeptierten Lebensraum beitragen.

Teilnahmeberechtigt sind Bauherren in allen Städten im deutschsprachigen Raum, die in kommunaler Verantwortung oder als private Bauherren sowie als Planer Leistungen im Sinne der Ausschreibung vorweisen können. Der Abschluss der eingereichten Maßnahme sollte nicht länger als drei Jahre zurückliegen.

### Einzureichende Unterlagen

Zur vergleichbaren Beurteilung der Maßnahme sind die einzureichenden Unterlagen zu begrenzen. Dies hält auch den zusätzlichen Aufwand für die Bewerber gering. Die Maßnahme sollte im Kontext der Stadtpersönlichkeit auf höchstens zwei Plänen dargestellt werden. Zusätzliche schriftliche Erläuterungen sollten auf zwei DIN A 4-Seiten beschränkt werden. Diese Unterlagen werden anlässlich der Preisvergabe während der Internationalen Städtetagung von Fo-

rum Stadt e.V. 2014 ausgestellt werden. Weitere vorhandene Unterlagen wie Vorbereitende Untersuchungen, Rahmenpläne, Übersichtspläne, Sanierungsberichte usw. können ergänzend beigefügt werden, sofern sie das Projekt im Sinne der Auslobung weiter erläutern.

Die Unterlagen sollen den Umgang mit dem geschichtlich überkommenen Stadtbestand bzw. mit der historisch geprägten Bausituation sowie die nutzungsbedingten baulich-gestalterischen Veränderungen bzw. die ergänzenden Neubauten zur Würdigung nachvollziehbar machen. Neben der Papierform sind diese Unterlagen auch als pdf-Datei oder in anderer geeigneter Form.

#### **Preisvergabe**

Über die Preisvergabe entscheidet eine unabhängige, fachlich qualifizierte Jury aus dem Kreis des Forum Stadt e.V.:

Dipl.-Ing. **RAINER BRUHA**,  
Vorstand Forum Stadt e.V., Dezernent für  
Stadtentwicklung i.R., Freiberg/Sachsen;  
Dipl.-Ing. Arch. **WOLFGANG GRIESERT**,  
Vorstand Städtebau und Umwelt  
der Stadt Osnabrück;  
Dipl.-Ing. Arch. **JULIUS MIHM**,  
Baubürgermeister der Stadt Schwäbisch Gmünd;

Dipl.-Ing. **MARTIN RICHARD**,  
Bürgermeister der Stadt Limburg a.d. Lahn;  
Dipl.-Ing. Architekt **HERBERT WEISS**,  
Wangen im Allgäu.

Zur Vergabe des Preises lädt Forum Stadt e.V. die Einsender zur Internationalen Städtetagung am 15.-16. Mai 2014 in die Mitgliedsstadt Sterzing nach Italien/Südtirol ein. Dabei werden die Ergebnisse im Rahmen der Tagung präsentiert.

*Die Bewerbungsunterlagen  
(Stichwort: »Otto-Borst-Preis 2014«)  
sind bis zum 31.12.2013 einzureichen:*

*Bewerbung per mail an:*  
forum-stadt@esslingen.de

*Pläne in Papierform an:*  
Forum Stadt e.V.  
Ritterstraße 17  
D - 73728 Esslingen am Neckar

*Persönliche Auskunft erteilt:*  
Dipl.-Ing. Rainer Bruha  
Brückenstraße 7B, D - 09599 Freiberg  
Tel. +49 3731 696028  
E-mail: bruharainer@web.de

## BESPRECHUNGEN

**EBERHARD ISENMANN**, *Die Deutsche Stadt im Mittelalter 1150-1550. Stadtgestalt, Recht, Verfassung, Stadtrecht, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft, Wien / Köln: Böhlau 2012, 1.129 S., 99,- €.*

Das vorliegende Werk baut auf dem vor rund einem Vierteljahrhundert erschienen Werk des Verfassers zur „Deutschen Stadt im Spätmittelalter“ auf. Der Verfasser zeigt in der Einleitung zu seiner voluminösen Untersuchung, dass er die zeitlichen Grenzen mit den Eckdaten 1150 und 1550 bewusst überschritten hat, um nicht nur einen großen Teil des Hochmittelalters, sondern auch das Spätmittelalter zur Frühen Neuzeit hin vollständig in seine Untersuchung einzubeziehen. Er weist darauf hin, dass das Spätmittelalter nicht nur das Zeitalter war, in dem der Typus der mittelalterlichen Stadt ausgebildet wurde, sondern auch das der größten politischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit des Stadtbürgertums. Das Werk gliedert den Stoff systematisch und lässt sich daher nicht nur als Lexikon zur mittelalterlichen Stadtgeschichte nutzen, sondern auch als Nachschlagewerk und Handbuch. Obwohl erwähnt, sind Kunst- und Literaturgeschichte der Stadt jedoch nicht tiefschürfend behandelt.

In zehn umfangreichen Kapiteln legt der Verfasser die Geschichte der Stadt des Mittelalters vor. Das erste Kapitel ist der „Stadt und ihren Bewohnern“ gewidmet. Einleitend werden hier die verschiedenen Definitionen abgehandelt, was eine Stadt darstellt, wobei Mauern und Markt eine wichtige Rolle spielen. Mit der Periodisierung des Städtewesens und der Betrachtung der Stadtbevölkerung wird übergeleitet zur Stadt und allen ihren Gestaltungen im Grund- und Aufriss, den verschiedenen Bauten, den Befestigungen und einzelnen besonderen Gebäuden bis hin zur Topographie mit den gewerblichen Standorten, dem Markt und dem Hafen sowie der Sozialtopographie.



Das zweite Kapitel befasst sich mit dem Stadtbürger, ausgehend vom Bürgerbegriff über die Rechte und Pflichten der Bürger bis hin zu Sondergruppen im Bürgerrecht. Dazu werden der städtische Frieden, die Freiheit und Gleichheit der Stadt, das Stadtrecht und die zahlreichen verschiedenen Formen der Stadtverfassung und ihrer Ausprägungen bis hin zu den Verfassungs- und Zunftkämpfen, den Unruhen und der Bürgeropposition untersucht. Das folgende Kapitel greift die verschiedenen Typen der Stadt auf, wie Bischofsstädte, freie Städte, Reichsstädte, Landstädte aber auch grundherrschaftliche Städte und dazu die Städtebünde insbesondere im Rheinland und im deutschen Südwesten.

Das vierte Kapitel ist mit seinen fast 300 Seiten das umfangreichste des ganzen Werkes. Es behandelt das Stadtrecht und die städtischen Einrichtungen, Rat und Gemeinde, die Organisation der Ratsregierung, die Ratsordnungen, die Gerichtsbarkeit, die Finanzen sowie das Bildungs- und Fürsorgewesen. So werden in diesem Kapitel

auch das Schriftwesen und die Geschichtsschreibung der Städte mit ihren zahlreichen verschiedenen Quellen und Darstellungsformen behandelt.

Das fünfte Kapitel widmet sich Stadt und Kirche mit den Verflechtungen auf zahlreichen Gebieten, der Sonderstellung des Klerus und der Kirche, deren Institutionen und den Orden, den Beginen und Begarden, aber auch der Kritik an der Kirche und den offenen Konflikten sowie der stadtbürgerlichen Frömmigkeit, ihren Andenkenformen und den häretischen Bewegungen in den Städten.

Das sechste Kapitel mit Stadt und Umland, den Städtellandschaften und Städtenetzen ist überraschend kurz geraten, während das siebte Kapitel mit der Abhandlung über die Sozialstruktur der Stadt und ihren Schichten, Ständen und Sozialgruppen, den Armen und weiteren Randgruppen sowie den Juden und dem Patriziat wieder ein mittleres Umfangmaß einnimmt, was auch für das achte Kapitel mit der Behandlung von Familie, Verwandtschaft, Haus, Gilden, Gesellschaften und Zünften mit all ihren Einzelheiten wie Status und Lebensweise der Handwerker, Gesellen und niederen Mitarbeitern gilt.

Das neunte Kapitel ist durch die Darstellung der Wirtschaftsformen und des Wirtschaftslebens geprägt: Handwerk, Produktion, Einzel- und Fernhandel, die Hanse, Kredite, Zahlungsverkehr und Rentengeschäft, Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsethik, aber auch die städtische Wirtschaftspolitik und die Strukturen der Stadtwirtschaft werden vorgestellt.

Ein zehntes Kapitel bietet Quellen und Literatur in umfassender Weise. Der Verfasser hat ein bedeutendes Werk geschaffen, das eine zentrale Arbeit über die kommenden Generationsgrenzen hinweg darstellt. Der „Isenmann“ wird in der künftigen Stadtgeschichtsforschung eine ebenso zentrale Rolle spielen wie in anderen Sparten der Geschichtsforschung vergleichbare Untersuchungen dieses auch heute noch nach Jahrzehnten tun. Ein begrüßenswertes Grundlagenwerk für die Sparte der Stadtgeschichtsforschung liegt damit vor uns.

*Immo Eberl, Ellwangen/ Tübingen*

**MARINA MORITZ/KAI BRODERSEN (Hrsg.)**  
*Amplonius. Die Zeit. Der Mensch. Die Stiftung. 600 Jahre Bibliotheca Amploniana in Erfurt (Schriften des Museums für Thüringer Volkskunde Erfurt 34), Erfurt 2012, 155 Abb., 261 S., 26,-€.*

Am 1. Mai 1412 beurkundete der Doktor der Medizin, Prälat und Kanoniker mehrerer Stifte, Amplonius de Bercka, dass er unter den Universitäten im Reich die in Erfurt ausgewählt habe für die Errichtung eines Kollegs, in dem junge Männer, mehrheitlich aus der Heimatstadt Rheinberg in der Diözese Köln, unentgeltlich mit allem versorgt werden sollten, was sie bis zum Abschluss des Studiums benötigten. Das Grundstück mit den Gebäuden hatte der Stadtrat dem Stifter, der einer der ersten Rektoren der im Jahre 1392 gegründeten Universität gewesen war, übereignet und von allen Lasten befreit. Neben dem Kapital, dessen Zinsen nachmals 15 Kollegiaturen finanzierten, stiftete Amplonius auch seine eigene, im Laufe vieler Jahre zusammengetragene, überaus reichhaltige und kostbare Bibliothek mit weit mehr als 600 Handschriften aus allen Wissensgebieten. Sie suchte weit und breit ihresgleichen. Um ihren Nutzen für die Zukunft zu sichern, bestimmte Amplonius, dass die Bibliothek weiter wuchs. Das tat sie auch bis zur Schließung des Kollegs und der älteren Erfurter Universität im Jahre 1816. Danach untermalt sie wechselnden, ihrer Erhaltung zeitweise abträglichen Schicksalen, ehe sie im Jahre 1908 in den Besitz der Stadt gelangte, von der sie als Dauerleihgabe im Jahre 2001 an die neue Erfurter Universität kam.

Trotz Verlusten in der Vergangenheit umfasst die Bibliothek immer noch nahezu 1.000 Handschriften und mehr als 1.600 Druckwerke. Die Stiftungsurkunde vom Mai 1412 nahm die Universität als Anlass, gemeinsam mit dem Erfurter Museum für Thüringer Volkskunde eine Ausstellung zu veranstalten, die den Mäzen Amplonius im „gesellschaftlichen Kontext“ zeigen wollte (S. 13) und eine „Symbiose von Gesellschafts-, Kultur- und Alltagsgeschichte“ versuchte (S. 12). Es ging also weniger um den Stifter und seine Stiftung als um die Zeit, die ihn geprägt und in der er gewirkt hatte. Daher behandelt Horst Moritz im ersten und umfassends-



ten Beitrag des Begleitbuches in einer Zusammenfassung von Reichs-, Kirchen-, Sozial- und Stadtgeschichte „Das dramatische 15. Jahrhundert“. Die sich anschließenden kürzeren Beiträge sind einzelnen, mehr oder weniger mit dem Anlass der Ausstellung verbundenen Themen gewidmet; engen Bezug haben Nina Pleugers „Biographische Notizen“ zu Amplonius, Thomas Bouillons Erläuterungen zu knapp 30 Handschriften und Kai Brodersens Ausführungen zum ältesten deutschen Weihnachtslied im Kodex Quart 332; sehr anschaulich unterrichtet Christian Misch über die „Erfurter Universitätsgebäude bis zum Ende des 15. Jahrhunderts“ und Robert Gramsch über „Studentisches Leben an der Universität Erfurt im späten Mittelalter“, während Benedikt Kranemann über „Liturgie in Erfurt zur Zeit des Amplonius“ schreibt.

Sabine Sweetsir untersucht die „Wirkungsgeschichte von Amplonius Rating de Berka und seinen Stiftungen in Rheinfelden von 1816 bis 2012“. Auf den zeitlich vorausgehenden Beitrag zur Wirkungsgeschichte in Erfurt ist verzichtet worden. Dafür finden sich Beiträge über das spätmittelalterliche Erfurt als „sakrale Gemeinschaft“ (Josef Pilvousek), über „Ketzer und Ketzerverfolger“ (Dietmar Mieth), über „Sprachsituation, Sprachgebrauch und Sprachgestaltung“ (Brigitte Döring), über verschiedene Kunstwerke (Karsten Horn, Gerhard Kaiser, Oliver Mecking, Marina Moritz, Chlothilde Müller) sowie über das zu Lebzei-

ten des Amplonius errichtete Hospital, dem Ort der Ausstellung (Andrea Steiner-Sohn). Mit dem konzeptionell als „Symbiose“ angelegten Konzept antwortet die Ausstellung auf eine andere, die im Jahre 2001 in hervorragender Weise den „Schatz des Amplonius“ präsentierte und in den Beiträgen des von Kathrin Paasch herausgegebenen Begleitbuches mit neuen Forschungen zu Amplonius und zur Bibliothek bekanntgemacht hatte.

*Ulman Weiß, Erfurt*

**KARL-HEINZ MEISSNER, *Die Reglerkirche in Erfurt und ihr Altar*, Berlin: Lukas Verlag 2011, 102 S., 55 farbige Abb., 15,- €.**

Erfurt zählte im mittelalterlichen Reich zu den größten und zu den kirchenreichsten Städten. Der Ursprung der ältesten Kirchen liegt weithin in einem schwer aufhellbaren Dunkel, das auch die Reglerkirche umgibt. Den ihr seit jeher anhaftenden Namen verdankt sie der aus den Schriften des Heiligen Augustinus zusammengestellten Regel, der die Klerikergemeinschaft nachlebte; im Unterschied zu den Klerikergemeinschaften an St. Mariae und St. Severi wohnten die regulierten Augustiner-Chorherren nicht in eigenen Häusern und hatten kein eigenes Vermögen. Der Regel gemäß widmeten sie sich vor allem der Seelsorge und den Wissenschaften. Insofern verstand es sich von selbst, dass das Gotteshaus auch als Pfarrkirche und die Stiftsgebäude auch als Schule dienten. Diese bildete mit den Schulen der Stifte St. Mariae und St. Severi sowie mit denen der beiden Benediktinerklöster St. Peter und St. Jakob einen im ganzen Reich als studium generale gerühmten Verbund, der im ausgehenden 14. Jahrhundert päpstlich privilegiert wurde.

Nach einer im Geiste des Nikolaus von Kues getragenen, anfangs erfolgreichen Reform verfiel das Reglerstift seit den Jahren der Reformation und starb dann aus. An die Zeit der Augustiner-Chorherren erinnert nur noch der Rest des Kreuzgan-



ges; das Kirchengebäude aber beherbergt nach wie vor die Reglergemeinde. Weniger auf die Kirche als auf ihren Altar richtete sich seit den Untersuchungen von Wilhelm Pinder zur mittelalterlichen deutschen Plastik wiederholt das Interesse der Kunsthistoriker. Karl-Heinz Meißner ist sowohl Kunsthistoriker als Theologe. In den vergangenen Jahren wandte er sich mehrfach der Reglerkirche zu, nun legt er eine Darstellung vor, die kurz die Baugeschichte (S. 13-21) und ausführlich den Altar beschreibt (S. 22-97). Dieser wird in die 1460er Jahre datiert und gilt als das letzte große Werk der Erfurter Kunst im ausgehenden Mittelalter.

Der unbekanntere, auch sonst mit Arbeiten nachzuweisende Künstler ist als „Meister des Erfurter Regleraltars“ bekannt. Im geschlossenen Zustand zeigen die beiden Tafeln zwölf in eine Architektur hineingestellte Heiligenfiguren, die in zwei Reihen übereinander angeordnet sind; im geöffneten Zustand sind auf den vier Tafeln die Dornenkrönung und die Geißelung Christi sowie die Himmelfahrt und das Pfingstwunder zu sehen. Im zweimal geöffneten Zustand zeigen sich Schnitzereien, links die Freuden der Maria, rechts die Schmerzen, in der Mitte die Krönung als Himmelskönigin. Den Malereien und Schnitzereien korrespondieren die der Predella, in der Maria von jeweils drei Heiligen flankiert und das Leben der Heiligen Katharina dargestellt wird. Am bedeutsamsten sind zweifellos die Malereien. Walter

Grundmann glaubte in ihnen Kerngedanken des Nikolaus von Kues, der im Jahre 1451 zu einer Visitation in Erfurt gewesen war, aufs vortrefflichste ausgedrückt zu sehen: die Aufhebung aller das irdische Leben charakterisierenden Gegensätze und unvereinbaren Widersprüche im Göttlichen.

Darauf geht Meißner nicht ein, wie er auch andere theologische Erwägungen unterlässt. Stattdessen unterrichtet er über weitere Werke des unbekannteren Meisters, die ihm die Forschung in letzter Zeit zugeschrieben hat. Das Buch wird sehr bereichert durch die in den Zusammenhang des Textes gestellten vorzüglichen Fotografien von Lutz Naumann.

*Ulman Weiß, Erfurt*

**YVES HOFFMAN / UWE RICHTER, Entstehung und Blüte der Stadt Freiberg. Die bauliche Entwicklung der Bergstadt vom 12. bis zum Ende des 17. Jahrhunderts; Halle: Mitteldeutscher Verlag 2012; zahlr. Abb., 707 S., 49,95 €.**

Die Universitätsstadt Freiberg teilt als älteste Bergstadt Sachsens mit vielen Städten in Sachsen den Umstand, dass es keine Gründungsurkunde gibt, man also nicht ganz genau weiß, wie alt die Stadt ist. Dessen ungeachtet wurde im Jahr 2012 „850 Jahre Freiberg“ gefeiert, denn immerhin ist nachweisbar, dass die Besiedlung im Jahr 1162 begonnen hat und im Jahr 1168 der erste Fund von Silbererz erwähnt wird. Seither ist die Stadt und die Region von Traditionen des Bergbaus und des Hüttenwesens geprägt und hat sich beim zeitweisen oder bislang endgültigen Niedergang des Bergbaus im Jahr 1969 immer wieder industriell neu orientiert und als Stadt damit erneuert.

Wohl und Wehe der Stadt waren naturgemäß immer sehr stark von der Intensität und vom Ertrag dieser Industrien abhängig. Bergbau und Stadtentwicklung bedingten einander. Das traf zu für die rasante Entwicklung der Stadt während der ersten Blütezeit des Bergbaus im ausge-



henden 12. Jahrhundert – die Stadtwerdung war in nur wenigen Jahrzehnten quasi abgeschlossen, die Stadt war umwehrt und konnte sich auf diesem Grundriss über Jahrhunderte weiter entwickeln. Dies traf genauso zu für die zweite Blüte des Bergbaus zu Beginn des 16. Jahrhunderts, als eine Reihe von nachmals bedeutenden Bergstädten im oberen Erzgebirge wie Annaberg, Schneeberg und Joachimsthal/Jachymov (Tschechische Republik) gegründet wurden.

Nach Betrachtungen zur Besiedlung des Freiburger Raumes wird in der vorgelegten Publikation umfangreich und vielschichtig die Stadtentwicklung bis 1484 dargestellt; eingegangen wird auf Grubenhäuser, mittelalterliche Steinhäuser, Bauvorschriften und auf die Sozialtopographie der Stadt.

Ein bedeutender Einschnitt in der Stadtentwicklung war der letzte große Stadtbrand im Jahr 1484, in dessen Folge die Stadt in wenigen Jahrzehnten wieder aufgebaut wurde. Dazu gibt es eine ausführliche Darstellung des Hausbaus in Freiberg in dieser „Boomzeit“ und darüber hinaus bis um 1700. Dieser Bauboom führte zu einem überdurchschnittlich hohen Bestand an Gebäuden aus Spätgotik und Renaissance sowie wegen des Dreißigjährigen Krieges nur zu wenigen frühbarocken Gebäuden, die im Katalogteil der Publikation hinsichtlich ihrer baulichen Gestalt und ih-

res Baualters beschrieben werden.

Aus den Beschreibungen der einzelnen Häuser resultiert ein Baualtersplan für die Häuser der Altstadt, die nach derzeitiger Erkenntnis zwischen der Stadtgründung im 12. Jahrhundert und etwa 1700 errichtet worden sind.

Die Publikation beruht auf einem Promotionsverfahren an der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz, das inzwischen erfolgreich abgeschlossen wurde.

Die Autoren – Yves Hoffmann ist langjähriger Mitarbeiter im Sächsischen Landesamt für Archäologie, Uwe Richter arbeitet seit vielen Jahren in der Unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Freiberg – hatten sich bereits seit 2002 als Herausgeber der bisherigen drei Bände der Denkmaltopographie für die Stadt Freiberg verdient gemacht, womit Freiberg zur vergleichsweise geringen Zahl von Städten in der Bundesrepublik Deutschland gehört, in denen mit Erfolg an einem solchen Werk gearbeitet wird. Gleichwohl fehlte noch die Darstellung und Würdigung des Hausbestandes der Stadt. Mit dem vorliegenden Werk ist diese Lücke bis um das Jahr 1700 geschlossen worden.

Dabei wird die ausführliche und umfassende Beschreibung jedes einzelnen Hauses der Fortführung der Denkmaltopographie vorbehalten sein und kann und soll nicht Gegenstand dieser Veröffentlichung sein.

Mit mehr als 700 Seiten Umfang wurde nicht nur ein äußerlich, sondern vor allem inhaltlich gewichtiges Werk vorgelegt, das Freiburger Stadtgeschichte abbildet, aus dem aber darüber hinaus Schlussfolgerungen für die Stadtgeschichtsforschung im allgemeinen gezogen werden können und sollen. Der interdisziplinäre Ansatz des Werkes zu Landesgeschichte, Stadtgeschichte, Denkmalpflege sowie Bau- und Kunstgeschichte macht das Buch nicht nur lokalgeschichtlich interessant, sondern weit darüber hinaus.

*Rainer Bruha, Freiberg/Sachsen*

FRITZ-SCHUMACHER-INSTITUT (Hrsg.),  
DIETER SCHÄDEL/GISELA SCHÄDEL (Red.),  
*Die Reform der Großstadtkultur. Das Lebenswerk Fritz Schumachers (1869-1947); Hamburg: Verlag der Fachbuchhandlung Sautter + Lackmann 2013, zahlr. Abb., 228 S., 27,- €.*

Als der Vf. dieser Rezension zur Jahreswende 1979/80 als Stipendiat der Baubehörde nach Hamburg kam, hatte er nur sehr vage Vorstellungen davon, welche Leistungen des Städtebaus und namentlich des Wohnungsbaus für breite Bevölkerungsschichten Hamburg (und Altona) in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts aufzuweisen hatten. Mit einem erst wenige Jahre alten Diplom der TU Dresden und ersten Berufserfahrungen im ungarischen Landesdenkmalamt in der Tasche, hatte er zwar Kenntnis von Ernst May und Frankfurt, schon weniger vom Baugeschehen in Berlin und fast gar keine von Hamburg. Seine Vorstellungen von Siedlungsbauten der 1920er Jahre waren sozusagen von der Nachbarschaft geprägt, etwa den Wiener Gemeindebauten eines Karl Ehn, dessen Karl-Marx-Hof erkennbar auf Klassenkampf geformt war und in seiner massiven Aura von Wehrhaftigkeit beeindruckte. Unbewusst hatte er in Hamburg wohl Ähnliches erwartet, zumal damals in Ungarn mit der äußerst dürftig verfügbaren Literatur keine rechte Vorbereitung möglich war. Bei einer ersten Besichtigung der Jarrestadt in Hamburg, ganz nach Art eines Kulturtouristen ausgesucht aus dem Dehio-Handbuch, war Vf. fasziniert von der zivilen Gelassenheit sowohl des städtebaulichen Konzepts, als auch der einzelnen Gebäude. Die Schule an der Meerweinstraße, obwohl damals schon 50 Jahre alt, hatte bereits auf den ersten flüchtigen Blick eine andere, modernere Botschaft als die fast unveränderten gründerzeitlichen Schulgebäude seiner Kindheit. Der zentrale Wohnblock der Jarrestadt, geschlossen, jedoch an einer Seite mit symmetrisch leicht betonten Kopfbauten zur Fassung einer Öffnung des Blockrandes errichtet, war von zurückhaltender Eleganz, wozu auch die leicht gebogene Bebauung der auf den Block zuführenden Straße beitrug. Verblüffung stellte sich



ein: Mehr „Leichtigkeit des Seins“ ausgerechnet bei den Hanseaten als bei den Wienern? Bei einer Stadterkundung war dann zu erfahren, dass noch vieles mehr von Fritz Schumacher stammte: das Dienstgebäude der Finanzbehörde am Gänsemarkt mit der gekonnten zylindrischen Ecklösung, das Museum für Hamburgische Geschichte, welches das Kunststück fertigbringt, gleichzeitig malerisch und nüchtern-sachlich zu wirken, die Handwerkskammer mit der großartigen Treppenhalle, zahlreiche Schulen, genau wie das städtebauliche Konzept mehrerer, vom Vf. später „entdeckter“ Siedlungen. Es waren zwar deutliche Unterschiede der Formensprache zwischen den Vor- und Nachkriegsbauten zu entdecken, beides war aber verbunden durch die feinen Farbabstufungen des jeweils verwendeten Klinkers. So begann Vf. das leichte Naserümpfen der Vertreter der „weißen Moderne“ über Schumacher nachzuvollziehen, wenn auch keineswegs zu teilen, und so begann ihm allmählich auch die Bedeutung Schumachers zu dämmern.

Das Fritz-Schumacher-Institut und namentlich dessen engagierte Mitarbeiter Gisela und Dieter Schädel, die sowohl den hier anzuzeigenden Band als Mitherausgeber, als auch die gleichnamige Ausstellung im Hamburger Kunsthaus als Kuratoren betreut haben, hatten freilich derlei Initiationserlebnisse nicht nötig. Die Publikation ist kein Ausstellungskatalog: Zwar enthält er

zahlreiche Abbildungen, deren Originale auch in der Ausstellung zu sehen sind, diese ist textlich jedoch konsequent mit Zitaten Schumachers selbst erläutert, während die Publikation eine Reihe von Essays enthält. Zusammen ergeben sie das Bild einer auch über den säkularen Einschnitt des Ersten Weltkrieges hinweg dynamischen Epoche der Stadtentwicklungspolitik des norddeutschen Metropolraumes, beleuchten aber darüber hinaus die facettenreiche Persönlichkeit Schumachers. Allein schon die Fülle an Aktivitäten über seine eigentlichen Aufgaben hinaus, die Tätigkeit als Schriftsteller, Bühnenbildner, die Mitgründung des Werkbundes, die umfangreiche Korrespondenz – heute würde man von Netzwerkbildung sprechen –, und das alles ohne unsere heutigen modernen Kommunikationsmittel, nötigt Respekt ab. Dies erst recht, wenn man im biographischen Abriss, den der Mediziner Adolf-Friedrich Holstein beigezeichnet hat, erfährt, mit welchen körperlichen Gebrechen Schumacher seit seiner Kölner Zeit kämpfen musste, an deren Ende er offenbar im Zusammenhang mit beruflicher Überbelastung schwer erkrankt war.

Die Kölner Zeit Schumachers wird in einem Beitrag von Hans-Günter Burkhardt behandelt. Auch wenn die Tatsache der engen Zusammenarbeit zwischen Adenauer und Schumacher an sich bekannt ist, wird die Intensität der freundschaftlichen Beziehung zwischen dem denkbar ungleichen Duo aus katholischem Rheinländer und protestantischem Norddeutschen auch anhand eines Briefwechsels deutlich, der erst kürzlich in den Besitz des Fritz-Schumacher-Instituts gelangte. Deutlich herausgearbeitet wird auch eine Konstante des städtebaulichen Schaffens von Schumacher, nämlich die gliedernde Funktion von Grünflächen im Bebauungskontinuum und zugleich ihre architektonische Fassung. Bevor es das Wort und das Problem Klimawandel überhaupt gab, hat Schumacher die Bedeutung ausreichend bemessen, richtig zugeordneter und funktional gut nutzbarer Grünflächen für die klimagerechte Stadtentwicklung erkannt.

Aus Dirk Schuberts Beitrag über die von Schumacher möglichst im Konsens mit Preußen vorangetriebene Regional- und Landesplanung wird

letztlich erkennbar, dass das berühmte Fächerkonzept Schumachers mit der „natürlichen“ Entwicklung des Großraums Hamburg eher die Beschreibung eines zu erwartenden Zustandes als ein Leitbild darstellt. Schubert zufolge hat sich bereits Schumacher selbst – wie später Generationen von Regionalplanern – Sorgen um das bauliche Zuwachsen der Freiräume an den Achsenwurzeln gemacht. Der polyzentrische Gedanke mit Wachstumszentren an den Achsenendpunkten kam erst viel später hinzu.

Klaus-Dieter Ebert, früherer Erster Baudirektor für den Städtebau, danach Leiter des Hochbauamtes in Hamburg und somit ein Amtsnachfolger Schumachers, untersucht die behördlichen Arbeitsstrukturen und -abläufe, in denen Schumacher in Hamburg tätig war. Der Beitrag verdeutlicht, dass man Schumachers Arbeit keineswegs idealisiert als von Anfang an unangefochten und von allgemeinem Beifall begleitet sehen darf. Vielmehr musste er am Anfang seiner Hamburger Behördenlaufbahn einen täglichen Kleinkrieg mit seinem Kollegen Fritz Sperber vom Ingenieurwesen ausfechten, der zunächst für den Städtebau zuständig und keineswegs gewillt war, sich von Schumacher allzu viel hereinreden zu lassen. Erst 1923, nach seiner Rückkehr aus Köln und nach Sperbers Pensionierung, bekam Schumacher vom Senat die Zuständigkeit für den Städtebau übertragen, die er sich zuvor nur mittelbar, quasi durch die Hintertür verschaffen konnte. Den heutigen Baubeamten stimmt der im Vergleich zu heute minimale Abstimmungsaufwand bei öffentlichen Baumaßnahmen leicht melancholisch – ob dieser Aufwand oder zumindest dessen Steuerung etwas mit dem Gelingen von Großprojekten zu tun hat? Ebert zitiert eine Dienstanweisung von 1910, der zufolge der Bedarfsträger beim Kostenanschlag „zur Einsichtnahme hergeben“ wurde.

Thomas Völlmar beschreibt anschaulich, wie Schumacher beim Typus seiner Schulbauten in den 1920er Jahren gänzlich unideologisch den Konflikt „Steildach versus Flachdach“ aus zwei Gründen zugunsten des Letzteren entschied. Zum einen kam er beim Mittelflur-Grundriss im Gegensatz zu Vorkriegslösungen fast auf die

doppelte Bautiefe und hätte dergestalt keine wirtschaftlich lösbaren Steildächer mehr planen können, zum anderen musste er die Reserve-Kubatur für Fach- und Werkräume, die seinen pädagogischen Vorstellungen entsprachen, nicht mehr in großen, zunächst ungenutzten Dachräumen verstecken, weil aufgrund der offiziell gewordenen reformpädagogischen Konzepte solche Räume ohnehin einzuplanen waren. Völlmar befasst sich auch mit Schumachers Bauten vor Hamburg, namentlich dem Krematorium in Dresden-Tolkewitz. Hier könnte man den Vergleich mit dem Grabmal Theoderichs in Ravenna ziehen – die architektonische Parallele ist hier und noch stärker bei der frühen Studie für ein Nietzsche-Denkmal auffällig. Auch die Behandlung von Fritz Schumachers Bühnenräumen durch Völlmar ist interessant: dort ist ein hoher Abstraktionsgrad ebenso spürbar, wie die Nähe zu Tessenows einheitlichem Theaterraum unter Abkehr vom „Guckkasten-Theater“ in Hellerau.

In ihrem Beitrag zu den Kleinwohnsiedlungen der 1920er Jahre spricht Susanne Harth ein Problem der vorangegangenen Epoche an: die gründerzeitlichen Schlitzbauten, die von Schumacher und anderen Reformern – ähnlich wie die Berliner Hinterhöfe – für ein städtebauliches Erzübel gehalten wurden, damals durchaus mit einer gewissen Berechtigung. Die enorme Belegungsdichte der Wohnungen in Verbindung mit völlig unzureichenden sanitären Verhältnissen sowie – auf der Ebene der städtebaulichen Betrachtung – einem schweren Mangel an öffentlichen Grünflächen im Nahbereich musste zwangsläufig zu katastrophalen Zuständen führen. Harth deutet selbst an, dass heute diese Schlitzbauten, soweit sie die schweren Luftangriffe des Zweiten Weltkrieges überdauert haben, durchaus zu den bevorzugten Wohnstandorten gehören. Sie äußert sich allerdings nicht zu den Ursachen dieses Phänomens.

Gründerzeitliche Quartiere in Großstädten weisen heute zumeist genau die urbane Mischung auf, die wir als Stadtplaner gerne – gelegentlich etwas idealisiert – predigen, zudem hat die Belegungsdichte drastisch abgenommen. Dadurch kann eine Qualität der Wohnungen auch im grün-

derzeitlichen Spekulationsbau zum Tragen kommen, die durch missbräuchliches Hineinpfuschen zu vieler Bewohner zu ihrer Entstehungszeit verdeckt war: ihre zumeist hohe Flexibilität. Wohngemeinschaften können es sich in Gründerzeit-Wohnungen ebenso behaglich einrichten, wie „normale“ Kleinfamilien oder Single-Haushalte. Das schmälert aber keineswegs die Verdienste Schumachers gerade auf städtebaulichem Gebiet – wer den Bebauungsplan von Dulsberg „vorher – nachher“ vergleicht, wird sofort die Qualität von Schumachers Entwurf erkennen. Die Spezifik von Schumachers Position wird gerade hier deutlich: keine grundsätzliche Abwendung von der Großstadt, wie sie bei der Gartenstadtbewegung zu beobachten ist, sondern der umfassende Versuch ihrer sozialen, kulturellen und baulichen Reform.

Nicht vergessen werden darf schließlich die Zusammenarbeit Schumachers mit bildenden Künstlern, die dem Beitrag von Maike Bruhns zufolge mit vergleichsweise bescheidenen Mitteln einen regelrechten Boom an Malerei und Plastik in und an öffentlichen Gebäuden ausgelöst hat. Als „work in progress“ wird die Wiederherstellung der Glasfenster des aus Wien stammenden Künstlers Carl Otto Czeschka im Gewerbehau (heute Handwerkskammer) am Holstenwall dargestellt, wobei die Autorin anmerkt, dass neben ihrer Mitarbeit auch Hella Häussler, Stadtplanerin und ehemalige Mitarbeiterin der Handwerkskammer engagiert beteiligt war.

Leider wurde der Band vor der Drucklegung keinem hinreichend sorgfältigen Schlusslektorat unterzogen, so dass sich einige ärgerliche Druckfehler eingeschlichen haben – das mindert aber keineswegs den inhaltlichen Wert der Veröffentlichung. In mehreren Beiträgen wird weiterer Forschungsbedarf angesprochen, wie z.B. eine intensivere archivalische Erkundung der dienstlichen Abläufe im Hamburger Hochbauamt. Man darf gespannt auf die weiteren Publikationen des Fritz-Schumacher-Instituts warten.

*János Brenner, Berlin*

ALEXANDER G. EICHENLAUB/THOMAS PRISTL (Hrsg.), *Umbau mit Bestand. Nachhaltige Anpassungsstrategien für Bauten, Räume und Strukturen*, Berlin: Dietrich Reimer Verlag GmbH 2012, 370 S., 39,90 €.

Das 370-seitige Kompendium im handlichen Format mit dem auf den ersten Blick unverfänglichen Titel „Umbau mit Bestand“ hat es in sich. Es ist eben nicht einfach das Thema „Umbau im Bestand“, das die Planerwelt in plakativer Unterscheidung zum Neubau ständig beschäftigt, das hier zwischen den Paperback-Deckeln behandelt wird. Es wird auch nicht lediglich das manifest gewordene Expertenwissen wie nach einer Tagung in Form eines „Tagungsbandes“ noch einmal zusammen getragen – was der häufige Hintergrund zur Entstehung vergleichbarer Sammelbände ist. Hier kommen stattdessen das weit gefächerte disziplinäre Profil, die Erkenntnisse aus Grundlagen- und angewandter Forschung sowie der Lehrtätigkeit des Personals (fast ausnahmslos) eines einzigen Fachbereichs einer Hochschule zur Sprache. Und das lässt angesichts der thematischen Breite durchaus staunen. „Fach“-Bereich im tradierten Sinn lässt da nicht mehr grüßen, da winkt breite interdisziplinäre Befassung (mit langem Schatten aus der Gesamthochschulzeit) als Grundverständnis – jeglicher Bachelorisierung zum Trotz. Die einzelnen Beiträge des Bandes kommen also aus jeweils sehr unterschiedlicher Sichtweise zu der Thematisierung dessen, was überhaupt unter „Bestand“ im Räumlichen zu verstehen ist – Bauten, Quartiere, Freiflächen, Landschaften, Städte und Regionen.

Den Beiträgen kann man hier unmöglich im Einzelnen gerecht werden. Aber es sei die Spannweite skizziert, die das Innovative und Interessante des Sammelbandes verdeutlicht, indem wir signifikante Feststellungen oder Zielvorstellungen aus einzelnen Beiträgen (ohne Nennung der Verfasser) benennen.

Ein zentraler Starter-Beitrag widmet sich einer interessanten Typisierung vorbeugender Strategien bei der Stadterneuerung. Er fordert die Abkehr von der tradierten Missstandsdefinition als allei-



nige Voraussetzung für öffentliche Förderfähigkeit des baulichen Bestandes, sondern zusätzlich für „vorbeugendes Handeln“ den Zugang zu Förderprogrammen. Auch die Bildung von Standortgemeinschaften zwischen Eigentümern und bürgerschaftlichen Initiativen spricht dieser Beitrag an, was ebenso ein anderer Autor aufgreift, um durch ein solches „Instrument“ ganz neue „Nachnutzungsperspektiven bei desolaten Bestandslagen“ zu ermöglichen. In diesen Kontext gehört die Forderung in gleich mehreren Beiträgen, dass da, wo zwecks Bestandsaufwertung Kooperationskonstruktionen zu stimulieren sind, grundstücksübergreifende „Machbarkeitskonzepte als Vorleistungen“ zur Regel werden sollten, und zwar als zugehende Leistung einer Kommune. Die Erfolge werden berichtet. Ein Beitrag mit eher architektonischem Blick fordert, die baulichen Bestände mit „Unzulänglichkeiten“ als Treiber für die Generierung phantasievoller, unkonventioneller Lösungen für neue Nutzungen und Architekturen höher zu gewichten. Dazu passend kreiert ein Architekturtheoretiker mit seinem vorgestellten praktischen Umbaubeispiel gleich den „Bestandismus“ neu. Wiederum ein Beitrag, der in diesen Komplex gehört, berichtet von Low-budget-Sanierun-

gen im baulichen Bestand, die dem einvernehmlichen Aushandlungsprozess zwischen Eigentümern und Nutzern für gemeinschaftliches Miet-Wohnen während des Planungsprozesses folgten. Solche Verfahren bedürften einer größeren Aufmerksamkeit angesichts des Defizit-Szenarios im Mietsektor. Ein Beitrag kreiert einen neu einzuführenden Bestandsersatz – als Lückenschluss zwischen traditioneller Sanierung und Neubau – und prognostiziert diesem Typ angesichts der Energieeffizienzziele seinen Einzug in die öffentliche Sanierungsförderung. Zwei Beiträge von Gewicht nehmen sich der Frage des Umgangs mit den zunehmend zu Problemlagen werdenden peripheren Eigenheimgebieten an. Leerstände und „durchgealterte“ postfamiliäre Bewohnerstrukturen erfordern teilweise öffentlichen Handlungsbedarf im „Sozialraum Eigenheimgebiet“, u.a. werden neue Bewohnerzusammenschlüsse (wie Seniorengenossenschaften) als erfolgreiches Konstrukt zur Stabilisierung der (alternden) Bewohnerschaft referiert.

Dem Freiraum in der Stadt widmen sich zwei Beiträge mit anregenden Randthemen. (Selbsternte-)Gärten sind bereits ein etabliertes Thema, aber diese großflächig als diversifizierendes Element in der urbanen Freiraumnutzung und Freiraumsicherung etablieren zu wollen, will neu diskutiert sein. Weniger etabliert ist sicher das Thema Brachflächenentwicklung auf Friedhöfen, das seine Ursache in der abnehmenden Grabnachfrage hat. Dem gilt es durch Neuaneignung urbaner Friedhofsüberhangsflächen entgegenzuwirken. Sozusagen „soziale Bestandsschutzstrategien“ behandeln zwei Beiträge. Zum einen sollen angesichts der Bevölkerungsprognosen Entwicklungsdynamiken mitgedacht werden, die eine „Bestandserhaltungsmigration“ als Planungsverbündeten betrachten. Zum anderen wird – speziell für Stadtrandsiedlungen mit Sanierungsbedarf und Verdichtungspotential – in der Einbeziehung von neuartigen Mieter-Eigentümer-Baugruppen die Möglichkeit des „Bestandsschutzes“ für die soziale Struktur der Bewohnerschaft gesehen. Grundlegend bedeutsam ist ein Beitrag, der sich von dem überlebten Wertesystem (das „Wachstumsdilemma“) der kommunalen Wirtschaftsförderung abwendet und statt seiner ein breit ansetzendes

System von „Raumangepasstheit und Verflechtungseffektivität“ aufblättert, das der Stabilisierung der regionalen Wirtschaftskreisläufe verpflichtet ist und die nicht-monetären Effekte des „guten Lebens“ im zentralen Blick hat.

Dem Ziel einer nachhaltigen „guten Landschaft“ widmet sich ein Schreiber, der dazu einen geschärften Blick auf den leisen, steten „Umbau der Landschaft“ (die kaum eine Lobby hat) wirft, um die offene Frage nach den „richtigen“ historischen Referenzen für den Umgang mit ihr breit aufzufächern. Zwei Beiträge setzen sich mit der in der Planerei oft viel zu konstruiert daher kommenden „räumlichen Identität“ auseinander und entwickeln multiple Identitätsdefinitionen zum gleichen Ort, die auch Gleichzeitigkeiten individueller Wahrnehmung vor unterschiedlichen gesellschaftlichen Hintergründen zulässt. Ein Verkehrsplaner setzt sich mit der defizitären Stadt als bloßem Punkt im Transportnetz auseinander und fordert zukunftssträchtige „verdichtete“ Unterschiedlichkeit. Schließlich kann uns ein planungshistorischer Beitrag aufzeigen, wie in unserer jüngsten Geschichte ein immer wieder sich Durchbruch verschaffender, „verbessernden“ Umgang mit den Kreationen der Moderne und Nachmoderne durch Abrisse zu der wohl größten Welle des „Umbaus ohne Bestand“ geführt hat.

Viele der 27 Autorinnen und Autoren, darunter anerkannte Experten ihres Fachs genauso wie der fachliche Nachwuchs, beziehen studentische Arbeiten beispielhaft und anschaulich mit ein. So wird manche theoretische Abhandlung gut „greifbar“. Ein interessierter Laie kann die Texte weitgehend gut lesen. Die vielen kommunalen Akteure – innerhalb und außerhalb der Ämter – sollten sich daher die Texte mit Lust am Lesen geradezu „verabreichen“. Der Band darf getrost als „Handbuch“ für die Kommunalpolitik kursieren – und kursieren sollte er unbedingt (nicht nur in den inneren Zirkeln), bevor er irgendwann mit seinen 1.020 Gramm ein Regalbrett beschwert.

Wir wissen schon so Vieles, wir können schon so komplex denken – und es wird immer noch so desolat gehandelt!

*Folkert Lüken-Isberner, Kassel*

